



Plenarprotokoll

42. Sitzung

Mittwoch, 11. Dezember 2013

Erste Lesung des Entwurfs eines
Gesetzes über die Zweckbindung
von Mitteln nach dem Entflech-
tungsgesetz (Mittelzweckbindungs-
gesetz - MiZweG)..... 3351

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1343

Beschluss: Überweisung an den In-
nen- und Rechtsausschuss..... 3351

Erste Lesung des Entwurfs eines
Gesetzes über die Zustimmung zu
dem Abkommen zwischen den
Ländern Brandenburg, Freie Han-
sestadt Bremen, Freie und Hanse-
stadt Hamburg, Mecklenburg-Vor-
pommern, Niedersachsen und
Schleswig-Holstein über die ge-
meinsame Einrichtung einer Ethik-
kommission für Präimplantations-
diagnostik bei der Ärztekammer
Hamburg..... 3351

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1364

Beschluss: Überweisung an den Sozi-
alausschuss..... 3351

Gemeinsame Beratung

- | | | | |
|--|-------------|---|-------------|
| | | Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1403 | |
| a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2014 (Haushaltsgesetz 2014)..... | 3351 | | |
| Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/941 | | | |
| b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014..... | 3351 | | |
| Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/942 | | | |
| Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1350 | | | |
| Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1345 (neu) | | | |
| Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1346 | | | |
| Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1347 | | | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1348 | | | |
| Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN
Drucksache 18/1404 | | | |
| c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur..... | 3351 | | |
| Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1236 | | | |
| Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1351 | | | |
| | | d) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 53 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein..... | 3352 |
| | | Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1291 | |
| | | Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1352 | |
| | | e) Veruntreuung von Haushaltsgeldern und Verschwendung öffentlicher Mittel bestrafen..... | 3352 |
| | | Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1344 | |
| | | f) Verbesserte Förderung der allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft.... | 3352 |
| | | Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1376 | |
| | | g) Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Haushaltsstrategie..... | 3352 |
| | | Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1387 | |
| | | h) Keine Spekulation mit Steuergeldern..... | 3352 |
| | | Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1283 | |
| | | Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1354 | |
| | | i) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2011..... | 3352 |
| | | Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/377 | |

Bemerkungen des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2011	3352	
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/1355 (neu)		
j) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012	3352	
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1360		
Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	3352	
Johannes Callsen [CDU].....	3354, 3399	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	3358	
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3365	
Dr. Heiner Garg [FDP].....	3371, 3428, 3432	
Torge Schmidt [PIRATEN].....	3380	
Lars Harms [SSW].....	3387, 3417	
Torsten Albig, Ministerpräsident...	3393	
Tobias Koch [CDU].....	3401	
Lars Winter [SPD].....	3406	
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3410	
Sven Krumbeck [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	3415	
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3415, 3419	
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	3420	
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3421	
Anita Klahn [FDP].....	3423	
Heike Franzen [CDU].....	3424	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	3425	
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3427	
Monika Heinold, Finanzministerin	3429	
		Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1403
		2. Ablehnung des Gesetzesentwurfs Drucksache 18/1236
		3. Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/1344, 18/1376, 18/1387 und 18/1283
		4. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1345 (neu) Nr. 137 in namentlicher Abstimmung
		5. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1346, Nr. 88 in namentlicher Abstimmung
		6. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1347
		7. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/1404 in namentlicher Abstimmung
		8. Erteilung der Entlastung der Landesregierung entsprechend Drucksache 18/1355 (neu) Nr. 1
		9. Annahme der Beschlussempfehlung Drucksache 18/1355 (neu) Nr. 2
		10. Verabschiedung des Gesetzes Drucksache 18/1291
		11. Überweisung des Berichts Drucksache 18/1360 an den Finanzausschuss
		12. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 18/1348
		13. Verabschiedung des Gesetzes Drucksache 18/941 in der Fassung der Drucksache 18/1350, geändert durch die Drucksache 18/1348 Nr. I
		14. Verabschiedung des Gesetzes Drucksache 18/942 in der Fassung der Drucksache 18/1350, geändert durch die Drucksache 18/1348 Nr. II.....

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch. Wir wünschen ihm weiterhin gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 6, 7, 9 bis 13, 15, 24, 28, 30, 34, 35, 38, 39, 40, 44, 45, 50 sowie 51 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 5, 16, 20, 41, 42 und 43. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 1 und 19, Aktuelle Stunde und Antrag zu den Äußerungen des Innenministers zur Vorratsdatenspeicherung, sowie die Tagesordnungspunkte 2, 3, 4, 17, 22, 33, 36, 37 und 49, zweite Lesung der Gesetzentwürfe zum Haushalt 2014 und Anträge zur Schulförderung, zur Haushaltsstrategie des Landes sowie Berichte zum Haushaltsrecht.

Meine Damen und Herren, der Sozialausschuss hat darum gebeten, zwei Gesetzentwürfe noch in dieser Tagung in zweiter Lesung zu beschließen. Ich schlage Ihnen daher vor, den Gesetzentwurf zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes, Drucksache 18/1254, als Tagesordnungspunkt 7 A in die Tagesordnung einzureihen. Als Tagesordnungspunkt 7 B schlage ich Ihnen die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz, vor. Beide Vorlagen werden nach der Ausschussberatung für Freitag ohne Aussprache zur Verabschiedung vorgesehen.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 16. Tagung. Zum Ablauf der Tagung gebe ich Ihnen noch folgende Hinweise: Heute und am Freitag wird jeweils eine einstündige Mittagspause von 13 bis 14 Uhr vorgesehen. Die heutige Sitzung endet spätestens um 17 Uhr. Mor-

(Präsident Klaus Schlie)

gen werden wir unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Auf der Tribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums aus Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zweckbindung von Mitteln nach dem Entflechtungsgesetz (Mittelzweckbindungsgesetz - MiZweG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1343

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1343 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zustimmung zu dem Abkommen zwischen den Ländern Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die gemeinsame Einrichtung einer Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik bei der Ärztekammer Hamburg

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1364

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1364 dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 3, 4, 17, 22, 33, 36, 37 und 49 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/941

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltbegleitgesetzes 2014

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/942

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1350

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1345 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1346

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1347

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/1348

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN
Drucksache 18/1404

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1236

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1351

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/1403

(Präsident Klaus Schlie)

d) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 53 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/1291

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1352

e) Veruntreuung von Haushaltsgeldern und Verschwendung öffentlicher Mittel bestrafen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1344

f) Verbesserte Förderung der allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1376

g) Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Haushaltsstrategie

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1387

h) Keine Spekulation mit Steuergeldern

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1283

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1354

i) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2011

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/377

Bemerkungen des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2011

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/1355 (neu)

j) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1360

Ich erteile das Wort zunächst dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte, in diesem Fall vom Rednerpult aus zu sprechen. - Die Haushaltsberatungen liefen in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr in geregelten Bahnen ab. Dies war der zweite Haushalt in dieser Legislaturperiode, den der Finanzausschuss und die Fachausschüsse zu beraten hatten. Der politische Wechsel hatte sich schon im letzten Haushalt widerspiegelt. Die Zeit zwischen der ersten Lesung im September und der zweiten Lesung heute wurde im Finanzausschuss zur Beratung und in den Ministerien zur Beantwortung von Fragen voll ausgereizt.

Etwas mehr Zeitnot entstand bei der Beratung der Nachschiebeliste; die aktuellen Veränderungen und insbesondere die Ergebnisse der November-Steuer-schätzung wurden dort verarbeitet, und in diesem Jahr fiel das recht umfangreich aus. Das spricht zum einen für einen Einjahreshaushalt, zum anderen aber auch für eine Überprüfung der **Beratungszeiträume**, die für alle Beteiligten doch recht knapp wurden.

Ich möchte mich von dieser Stelle aus gerne bei diesen Beteiligten ganz herzlich bedanken: bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss und in den Fachausschüssen dafür, dass Sie mir die Arbeit als Vorsitzender durch Ihre sachorientierte und konstruktive Arbeit sowie durch kollegialen Umgang bei allen Differenzen zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen leicht gemacht haben.

(Beifall)

Bedanken möchte ich mich auch beim Landesrechnungshof, unserem kritischen Begleiter - Begleiterin müsste man eigentlich zutreffenderweise sagen -, der immer die Entwicklung des Haushalts und damit das Wohl des Landes im Auge hat. Frau

(Thomas Rother)

Dr. Schäfer, wir schätzen Ihre mahnenden Worte, auch wenn wir politisch natürlich manchmal etwas anderes wollen. Dennoch herzlichen Dank für Ihre Beratung!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bedanken möchte ich mich auch ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, ohne die unsere Beratungen gar nicht möglich wären, liebe Finanzministerin. Der **Dank des Ausschusses** geht an alle Beschäftigten in den Ministerien, insbesondere im Finanzministerium, dafür, dass diese alle unsere Fragen zügig und zuverlässig beantwortet haben. Dieses Mal war wirklich eine Menge Stoff zu bewältigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Last, but not least gilt insbesondere mein Dank und mein Lob den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die trotz aller elektronischer Medien, die wir nutzen, Massen von Papier zu bewegen hatten, an der Spitze dabei unser Ausschussgeschäftsführer Ole Schmidt. Ich weiß gar nicht, ob er schon wieder gesund ist. Auf jeden Fall hoffe ich, dass wir nicht diejenigen waren, die ihn durch unsere Beratungen krankgemacht haben. Von dieser Stelle erst einmal recht herzlichen Dank, Dank natürlich auch dafür, dass er alles zuverlässig zusammengeführt hat. Schließlich möchte ich ihm von dieser Stelle aus gute Besserung wünschen. Ich hoffe, dass ihm dieser Wunsch ausgerichtet wird.

(Beifall)

Abschließend geht auch noch einmal ein kleiner Dank an den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages. Die Stellungnahme zum Wasserabgabengesetz hat Sie wahrscheinlich erreicht. Das bringt dann noch ein Stück mehr Klarheit bei einem Punkt in der langen Liste der Beratungspunkte, die heute anstehen.

Die Beratung selbst lief nach dem bewährten Verfahren ab. Nachdem die Fraktionen ihre Fragen eingereicht und die Ministerien diese Fragen beantwortet hatten, berät der Finanzausschuss mit den jeweils betroffenen Fachausschüssen und Ministerinnen, Ministern oder Staatssekretären die Einzelpläne und konzentrierte sich dabei auf politische Schwerpunkte, die in der Debatte wahrscheinlich gleich naturgemäß unterschiedlich bewertet werden.

Erleichtert wurden die **Beratungen** in diesem Jahr durch folgende drei positive Effekte. Das weiter

niedrige Zinsniveau ermöglichte wiederum Einsparungen bei den Zinsausgaben, die Entwicklung der Konjunktur und damit der Steuereinnahmen war erfreulich, und Schleswig-Holstein profitiert von den Ergebnissen des Zensus. Aus diesen ungeplanten Mehreinnahmen beziehungsweise Minderausgaben wurden bestehende Sondervermögen aufgestockt beziehungsweise - wir haben das auch vor - neue eingerichtet.

Dennoch bleibt die **finanzielle Situation des Landes** kritisch. Der Stabilitätsrat und der Landesrechnungshof, dessen Bemerkungen 2013 wir zugleich in der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung beraten haben, mahnen Parlament und Regierung, mit den Anstrengungen der Haushaltskonsolidierung nicht nachzulassen und die Schuldenbremse einzuhalten, um das Ziel ausgeglichener Haushalte spätestens 2020 zu erreichen, vielleicht ja auch schon etwas früher.

In den vom Finanzausschuss einstimmig angenommenen Voten zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs, welche uns in diesem Tagesordnungsbereich - so muss man ja fast schon sagen - ebenfalls noch begegnen werden, heißt es zur Finanzsituation, dass weitere strukturelle Einsparungen und Mehreinnahmen notwendig seien, um das strukturelle Finanzierungsdefizit vollständig abbauen zu können. Finanzielle Risiken seien zu identifizieren und zu quantifizieren. Der Aufgabenabbau müsse transparent und nachvollziehbar gemacht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Abstimmung über den Haushalt am letzten Donnerstag im Finanzausschuss wurden die Änderungsanträge der Oppositionsfraktion mit Mehrheit abgelehnt, die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen inklusive Nachschiebeliste mehrheitlich angenommen. Neben der Beschlussempfehlung des Ausschusses legen Ihnen die Anträge der Opposition zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz heute erneut vor. Über einige Punkte daraus werden wir nachher ja noch intensiver diskutieren.

Kein Haushaltsgesetz und kein Haushaltsplan kommt aus den Ausschüssen so wieder zurück, wie er hineingekommen ist. Das ist auch richtig so; denn das ist Kern der politischen Arbeit. So werden nach den Beratungen im Finanzausschuss die Ausgaben gegenüber dem Haushaltsentwurf und in der die Nettokreditaufnahme sogar zurückgeführt und die Ausgaben für Investitionen erhöht. Der Haushalt des Landes umfasst ein Volumen von rund 10 Milliarden €.

(Thomas Rother)

Im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses bitte ich Sie, das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und den Plan des Landeshaushalts für das Jahr 2014 in der Fassung der Ihnen mit der Drucksache 18/1350 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen. Alle weiteren Änderungen liegen dann bei Ihnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir folgendermaßen verfahren: Heute Morgen werden die Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen das Wort erhalten und danach der Herr Ministerpräsident.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion der CDU, der Oppositionsführer Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, dieser Haushalt 2014, den Sie diesem Landtag hier vorlegen, ist das in Zahlen gegossene Gerüst einer Politik, die Zukunft verweigert, Wirtschaft gängelt und Menschen bevormundet.

(Beifall CDU)

Noch nie hatte eine Landesregierung so hohe **Steuereinnahmen** zur Verfügung, und noch nie hat eine Landesregierung so wenig Geld in **Zukunftsinvestitionen** gesteckt, wie Sie dies im kommenden Jahr planen.

(Unruhe SPD)

8 Milliarden € - so hoch sind die Einnahmen des Landes im nächsten Jahr. Das sind 600 Millionen € mehr als am Ende der Regierungszeit von CDU und FDP. Dass die schwarze Null heute zum Greifen nahe ist, ist das Verdienst der schwarz geführten Vorgängerregierung unter Peter Harry Carstensen und von CDU und FDP.

(Beifall CDU und FDP)

Es ist einer riesigen Portion Glück für die jetzige Landesregierung geschuldet. Ohne **zusätzliche Steuereinnahmen** und ohne die plötzlichen **Zensusmittel**, die Frau Heinold in den Schoß gefallen sind, wäre die schwarze Null heute noch in sehr

weiter Ferne. Durch Ihre Politik erreichen wir sie auf jeden Fall nicht.

(Beifall CDU und FDP)

Trotz dieser guten Ausgangslage kommt diese Landesregierung mit dem Geld nicht aus. Trotz historisch hoher Steuereinnahmen planen Sie, Herr Albig, auch noch Steuererhöhungen und wollen die Bürger bei der Grunderwerbsteuer und beim Wasser- und Abwassergeld tiefer in die Tasche greifen. Ich finde, das ist ein Skandal für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Beifall CDU und FDP)

Mit dem dann bundesweit höchsten Steuersatz bei der **Grunderwerbsteuer** belasten Sie nicht nur junge Familien, sondern Sie schaden auch dem Wirtschaftsstandort. Welches Unternehmen soll sich denn hier im Land ansiedeln, wenn es von Ihnen derart zur Kasse gebeten wird? Am Ende treffen Sie mit dieser Politik auch die Mieterinnen und Mieter, die die höheren Baukosten später in Form von Nebenkosten mitbezahlen dürfen.

(Beifall CDU und FDP)

Aber damit nicht genug. Zum nächsten Jahr wollen Sie auch noch die **Wasserabgabe** erhöhen. Und weil kein schleswig-holsteinischer Haushalt auf Wasser verzichten kann, treffen Sie damit am Ende jede Bürgerin und jeden Bürger dieses Landes und auch jedes Unternehmen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf: Unerhört!)

Auch wie Sie den Bürgern hier in die Tasche greifen wollen, ist eine bodenlose Frechheit. Dies geschieht ohne ein ordentliches parlamentarisches Verfahren ruckzuck durch die Hintertür. Sie vergessen, den Tagesordnungspunkt für diese Tagung anzumelden, Sie schieben dies dann ohne Anhörung der Betroffenen im Ausschuss nach, weil Sie eben nicht wollen, dass Ihre Kritiker öffentlich zu Wort kommen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Dieses Verfahren ist nicht nur schlampig vorbereitet, sondern parlamentarisch nicht zu akzeptieren.

(Beifall CDU)

Aber nicht nur auf der Einnahmeseite steigern die Summen, auch die **Ausgaben** wachsen bei Ihnen munter weiter. Mit dieser Ausgabenpolitik kehren Sie zurück zu einer verantwortungslosen Gießkannenpolitik, die uns 2005 schon einmal vor die finanzielle Handlungsunfähigkeit gestellt hat.

(Johannes Callsen)

(Beifall CDU)

Nicht nur, dass Sie Kürzungen auf breiter Front zurücknehmen, Sie legen bei vielen Ausgaben auch noch einen drauf.

Schwerpunktsetzung für die Zukunft dieses Landes: Fehlanzeige.

(Beifall CDU)

Während die Investitionen in den Keller gehen, steigen die konsumtiven Ausgaben in diesem einen Jahr um über 500 Millionen €. Einzig die Sonderzahlungen aus dem Zensus bewahren Sie vor der finanzpolitischen Handlungsunfähigkeit.

Wer nun aber meint, diese 50 Millionen € Zensusmittel würden für Zukunftsinvestitionen, für Perspektiven in diesem Land angelegt, der wird enttäuscht. Die Finanzministerin ruft - sozusagen wie auf dem Jahrmarkt - die freie Auswahl aus, und die Fraktionen dürfen sich noch einmal hemmungslos bedienen.

(Lars Winter [SPD]: Das ist doch dummes Zeug, was Sie da sagen!)

- Dummes Zeug ist Ihre Politik, Herr Kollege.

(Beifall CDU und FDP)

Die **Grünen** bekommen mehr Zuschüsse für die Natur- und Umweltverbände. Die **SPD** darf mit der Landesnetzagentur endlich noch einmal eine neue Behörde einrichten. Der **SSW** sorgt für mehr Geld für den dänischen landwirtschaftlichen Verein.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Callsen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Andresen?

Johannes Callsen [CDU]:

Gerne.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Wenn unsere finanzpolitische Bilanz so katastrophal ist, wie Sie gerade suggerieren, warum bewegen wir uns dann eigentlich deutlich im Rahmen der Schuldenbremse? Warum haben uns eigentlich der Stabilitätsrat und unsere Finanzministerin in der vergangenen Woche ein positives Zeugnis ausgestellt?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

- Sie haben immer noch nicht begriffen, dass Ihre Finanzpolitik deswegen unsolid ist, weil Sie das strukturelle Defizit im Haushalt nicht abbauen. Sie leben und freuen sich einzig und allein über hohe Steuereinnahmen und Sondermittel aus dem Zensus. Das ist die Antwort.

(Beifall CDU und FDP - Wortmeldung Abg. Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Nein.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Callsen gestattet jetzt keine Zwischenfrage.

Johannes Callsen [CDU]:

Ich würde jetzt gerne meinen Gedanken zu Ende fassen und meine Rede fortsetzen.

Fast wäre es durch einen Handstreich von Herrn Stegner gelungen, auch noch Steuergeld für die bereits in Mecklenburg-Vorpommern gescheiterte Ausstellung von Herrn Professor Heydemann lockerzumachen.

Deswegen hat der **Landesrechnungshof** Recht mit seiner **Kritik**. Das ist auch die Antwort auf Ihre Frage, Herr Kollege. Die Landesregierung lässt nämlich offen, wie sie das restliche **strukturelle Defizit** von gut 600 Millionen € bis 2020 abbauen will.

Herr Ministerpräsident, hierzu erwarten wir von Ihnen heute konkrete Antworten. Dieser Landtag hat einen Anspruch darauf, vom Ministerpräsidenten zu erfahren, wie er das strukturelle Defizit abbauen und wie er die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten will.

(Beifall CDU und FDP)

Dazu gehört auch die Einnahmesituation. Sie verlassen sich ständig auf sprudelnde Steuereinnahmen. Das setzt aber eine vernünftige Wirtschaftspolitik voraus. Herr Albig erzählt den Menschen regelmäßig etwas von einer wachstumsorientierten Politik. In Wahrheit sorgen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW dafür, dass es erste **Alarmsignale** für den **Mittelstand** in diesem Land gibt.

Die Zahl der Arbeitlosen ist gestiegen, übrigens über dem Bundesdurchschnitt. Die Agentur für Arbeit in Schleswig-Holstein spricht von einem ausbremsenden Aufschwung. Die Konjunkturwerte der

(Johannes Callsen)

Kammern sind schlechter. Nur noch 33 % betrachten ihre Geschäftslage als gut. Das Baugewerbe verzeichnet ein Umsatzminus. Die Industriekonjunktur in Schleswig-Holstein stagniert.

All dies sind Ergebnisse Ihrer Politik; denn Sie überziehen den Mittelstand in diesem Land mit Misstrauen, mit Bürokratie und mit finanziellen Belastungen.

(Beifall CDU und FDP)

Vergabegesetz, Korruptionsregister, Erhöhung der Grunderwerbssteuer, Wasserabgabe. Die Liste der mittelstandsfeindlichen Gesetze und Verordnungen wird immer länger. Die Wirtschaft spricht von Folterinstrumenten. Sie setzen damit Arbeitsplätze und Wohlstand aufs Spiel.

Auf der Strecke bleiben bei Ihrer Politik Investitionen in die **Zukunft der Verkehrsinfrastruktur**. Erst kürzen Sie im Haushalt 2013 die Mittel für den Straßenbau. Dann lehnen Sie mehrfach unsere Anträge auf Erhöhung der Straßenbaumittel ab, bis der öffentliche Druck durch die Schlaglochpisten in diesem Land zu groß wird. Nur die unverhofften Zensusmittel - vielleicht hat die Ministerin sie auch erhofft - konnten verhindern, dass von Ihnen weiter nichts in die Infrastruktur investiert wird. Nur deswegen waren Sie willens und in der Lage, etwas gegen die Schlaglochpisten in diesem Land zu tun. Dabei wissen doch alle, dass Ihr Sondervermögen von 36 Millionen € hinten und vorne nicht ausreichen wird, um den Sanierungsstau auf unseren Landesstraßen zu beheben.

(Beifall CDU und FDP)

Das von der CDU-Fraktion mehrfach geforderte Sondervermögen Infrastruktur, das mit 60 Millionen € ausgestattet werden sollte, haben Sie beharrlich abgelehnt. Heute werden Sie das wahrscheinlich auch wieder tun, weil Sie das Geld lieber für andere konsumtive Ausgaben verwenden.

Verkehrsinfrastruktur ist aber nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage des politischen Willens. Ihr Zickzackkurs bei den großen Verkehrsprojekten dieses Landes ist für die Menschen und für die Wirtschaft mittlerweile unerträglich.

In der vergangenen Landtagssitzung haben wir über die A 20 und die westliche Elbquerung diskutiert.

(Zurufe SPD)

Wir haben Konsequenzen gefordert, damit es mit dem Bau der A 20 auch westlich der A 7 weitergeht.

(Beifall CDU und FDP)

Wir haben Konsequenzen gefordert, damit die **Westküste** wieder Perspektiven hat. Passiert ist trotz zahlreicher Lippenbekenntnisse nichts. Der Ministerpräsident streut den Menschen mit seinem Gerede von der westlichen Elbquerung Sand in die Augen. Die Grünen feiern sich als Bremser und Blockierer. Man fragt sich, wer in dieser Regierung tatsächlich die Hosen anhat.

(Beifall CDU und FDP - Christopher Vogt
[FDP]: Wer überhaupt Hosen anhat!)

Die Frage nach der Richtlinienkompetenz stellt sich übrigens auch beim **Bürokratieabbau**. Herr Albig, dies war im Wahlkampf eines Ihrer Lieblingsthemen. Auch heute werden Sie nicht müde, vom Bürokratieabbau zu reden. Ihr eigener Bericht darüber, was diese Landesregierung bisher getan hat, war allerdings eine einzige Nullnummer. Stattdessen kommt Ihre Koalition mit immer neuen Gesetzen, Auflagen, Kontrollpflichten, Berichtspflichten und anderen Vorschriften, die die Freiräume der Menschen in diesem Land einengen.

Keine Landesregierung vor Ihnen hat es geschafft, in nur einem Jahr so viele neue **Behörden** und **Prüfstellen** auf den Weg zu bringen. Es gibt eine Prüfstelle für die Überwachung des Vergabegesetzes, eine Informationsstelle für das Korruptionsregister. Es soll eine neue Prüfstelle zum Gender-Mainstreaming bei EU-Förderprogrammen geben, von der noch keiner weiß, was sie eigentlich soll und was sie kostet. Außerdem soll eine Landesnetzagentur eingerichtet werden, obwohl es auf Bundesebene eine funktionierende Bundesnetzagentur gibt.

(Beifall CDU)

Beim Denkmalschutz - auch das ist ein Rückblick auf den Wahlkampf - wollte Herr Albig so richtig sparen. Er wollte eine Ebene und damit Personal einsparen. Jetzt passiert das genaue Gegenteil. Die Kulturministerin darf neue Mitarbeiter durchs Land schicken, um 16.000 historische Gebäude neu zu bewerten und zu erfassen, wohlgemerkt, weil die Landesregierung mit dem neuen Landesdenkmalschutzgesetz für neue bürokratische Aufgaben sorgt.

(Beifall CDU)

Frau Spoorendonk, Sie sollten nicht nur auf das bürokratische neue **Denkmalschutzgesetz** verzichten, sondern Sie sollten die Mittel, die Sie dafür verwenden wollen, besser dafür einsetzen, um die personelle Situation am Landgericht Kiel zu verbessern. Das wäre Ihre Aufgabe als Justizministerin.

(Johannes Callsen)

(Beifall CDU)

Damit die Grünen ihr bürokratisches Netz noch enger über Schleswig-Holstein legen dürfen, wird es eine **landesweite Biotopkartierung** geben, die als neue Aufgabe auf die Behörden zukommt und von der ebenfalls völlig unklar ist, welchen Aufwand sie in den kommenden Jahren verursachen wird.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

Herr Ministerpräsident, all dies ist das genaue Gegenteil von Bürokratieabbau. Das ist die Schaffung unnötiger Bürokratie, die die Zukunft in diesem Land behindert. In diesem Land hat es noch keine Landesregierung gegeben, die derart schlampig gearbeitet hat wie Ihre Landesregierung. Dies gilt auch für die Regierungsfractionen.

(Beifall CDU und FDP - Lachen SPD)

In Anhörungen werden rechtliche und fachliche Bedenken selbst Ihrer eigenen Fachleute, etwa des Generalstaatsanwalts, regelmäßig vom Tisch gewischt, wenn sie nicht Ihrer Ideologie entsprechen. Gute **parlamentarische Verfahren** werden missachtet. Gesetze werden durchgepeitscht. Bei Anhörungen ist es Ihnen völlig egal, was die Betroffenen an guten Argumenten vortragen. Der von Ihnen immer wieder gepredigte Dialog ist in Schleswig-Holstein längst zur Farce geworden. Die Menschen merken, dass sie damit von Ihnen eigentlich nur noch verschaukelt werden.

(Beifall CDU)

Vergabegesetz, Knickverordnung, Fischerei, das Wassergesetz, das Korruptionsregister und das Schulgesetz sind nur einige Beispiele einer schlampigen Regierungsarbeit, die die Sicht von Fachleuten und Betroffenen mit Füßen tritt. Herr Albig, gutes Regieren sieht anders aus.

(Beifall CDU)

Die Zeche für Ihr Scheitern, Herr Albig, zahlen die Steuerzahler. Der Kompromiss mit den Kommunen bei der Konnexität dokumentiert Ihr Scheitern auf Euro und Cent. Sie wollten Verwaltungskosten einsparen. Jetzt bezahlen Sie die Kommunen dafür, dass sie Ihre schlechten Gesetze ausführen dürfen. Gut, dass der CDU-Antrag Sie überhaupt erst auf die Sprünge gebracht hat

(Lachen SPD)

- ich weiß gar nicht, warum Sie lachen -, nachdem Sie als Koalition regelmäßig abgelehnt haben, dass Konnexität überhaupt entstehen kann. Das ist die Wahrheit.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, die **CDU-Landtagsfraktion** legt mit ihren Haushaltsanträgen eine klare und eine bessere **Alternative** zu Ihrer Finanzpolitik vor. Wir wollen keine Erhöhung der Grunderwerbsteuer für die Menschen in Schleswig-Holstein. Wir setzen Akzente für Zukunftsinvestitionen, etwa bei der Infrastruktur durch ein Sondervermögen von 60 Millionen € und durch Erhöhung der Zuweisungen an den Landesbetrieb Straßenbau. Wir senken trotzdem die Neuverschuldung auf 230 Millionen € ab, das sind fast 60 Millionen weniger, als in Ihrem Haushalt vorgesehen. Damit bleibt die CDU die Partei der soliden Finanzpolitik, einer Finanzpolitik, die Zukunft in diesem Land sichert.

(Beifall CDU)

Wir setzen weitere **Schwerpunkte**. Wir bekämpfen den Unterrichtsausfall wirksam durch die Aufstockung des Vertretungsfonds. Wir wollen einen Fonds für Barrierefreiheit, um allen Menschen mit Behinderung den Alltag zu erleichtern. Es war in der letzten Landtagssitzung ein Armutszeugnis, Frau Kollegin Bohn, dass die Koalitionsfraktionen zum Bericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderung nicht einen einzigen konkreten Vorschlag parat hatten.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir wollen 200 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Pflege finanzieren und mit einer Informationskampagne für Pflegeberufe werben. Um den umfangreichen Sanierungsbedarf bei den öffentlichen Sportanlagen zu reduzieren und endlich in Angriff zu nehmen, will die CDU-Fraktion für ein Förderprogramm 2,5 Millionen € bereitstellen. Außerdem stocken wir die Mittel für den Verband politischer Jugend auf und wollen eine Koordinierungsstelle Trauma-Ambulanzen auf den Weg bringen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die von der Landesregierung vorgesehene Kürzung beim Schleswig-Holsteinischen Heimatbund wollen wir rückgängig machen; denn diese Kürzung ist in keiner Weise erklärbar. Es ist den Menschen in diesem Land nicht erklärbar, dass die Einrichtungen der dänischen Minderheit allesamt gleich viel oder sogar mehr Landesgeld bekommen, dass aber das Landesgeld für den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund um 50.000 € gekürzt werden soll.

(Beifall CDU und FDP)

(Johannes Callsen)

Alle diese Maßnahmen haben wir solide gegenfinanziert. Das ist unser Anspruch an eine **zukunftsgerichtete Finanzpolitik**. Die CDU steht für solide Finanzen. Sie steht für Investitionen in die Zukunft. Sie steht für Verantwortung und Freiraum für die Menschen, für Arbeitsplätze und für Wirtschaftspolitik. Ihre Politik, Herr Ministerpräsident, die Politik von SPD, Grünen und SSW, macht aus dem echten Norden einen schlechten Norden. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzender, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Generalsekretär in spe!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur ersten Lesung des Haushalts 2014 habe ich meine Rede basierend auf dem Anspruch Willy Brandts an die Politik unter den Titel „Das Leben der Menschen besser machen“ gestellt oder, wie es der Sozialdemokrat Carlo Schmid formuliert hat: „Politik ist der richtige, vom erkennenden Verstande und der Sorge um die anvertrauten Menschen inspirierte Umgang mit der Macht.“

Schon der Haushaltsentwurf der Landesregierung machte das deutlich. Mein Dank dafür gilt dem rotgrün-blauen Regierungsteam von Ministerpräsident Torsten Albig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unserer guten Zusammenarbeit in der Küstenkoalition ist es zu verdanken, dass es uns trotz enger Spielräume gelungen ist, diesen Entwurf gemeinsam zu verbessern.

Die Opposition spricht von Klientelpolitik auf Kosten des Landes. Ich bin sicher, die Menschen in diesem Land werden selbst darüber urteilen. Sie haben im Mai 2012 schon einmal das Urteil über Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FDP, gesprochen. Ein anderes Mal musste das das Landesverfassungsgericht tun. Mir ist nicht bange vor dem **Urteil der Bürgerinnen und Bürger**. Denn ich sage Ihnen: Was wir tun, ist genau das, was wir den Menschen vor der Wahl versprochen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir machen eine bessere Politik für Bildung, Umwelt, gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wir tun etwas für die Schwächsten in unserer Gesellschaft, wir gestalten eine Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert. Schwarz-Gelb stand für das Gegenteil. Mit dem Haushalt 2013 haben wir deshalb den notwendigen **Politikwechsel** eingeleitet. Sie waren der Meinung, dass Ihre Rotstift-Selbstgerechtigkeit die höchste Form der Gerechtigkeit sei. Die schwarze Null war der kalte Leitstern Ihrer Politik. Die Menschen haben das eher als Mondfinsternis wahrgenommen. Diese schwarze Null erreichen wir zwar auch, aber ohne Ihre Ungerechtigkeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass Sie ärgert, wie gut unser Haushalt läuft, merkt man. Selbst Risiken wie bei der HSH oder den Zinsen sichern wir sorgfältigst ab.

Die schlimmsten Fehler von Ihnen wurden rückgängig gemacht, besinnungsloses Kürzen wurde durch eine vorsorgende Finanzpolitik ersetzt, die Ausrichtung der Politik auf die Lauten und Starken wurde zugunsten der Schwachen und im Sinne des Gemeinwohls verändert. Den Politikwechsel können Sie klar erkennen.

Erstens. **Bildung** ist endlich Priorität Nummer eins. Die Unterrichtsversorgung wird verbessert. Die Politik für die da oben wird geändert.

Zweitens. Wir investieren in unsere Jüngsten und in den **Kita-Ausbau**.

Drittens. **Minderheitenpolitik** wird wieder als etwas Wertvolles und Besonderes anerkannt, nachdem Sie entsetzlich viel Porzellan zerdeppert hatten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Auch die **Kulturpolitik** verdient diesen Namen wieder.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fünftens. Unsere **Sozialpolitik** wird in vielen kleinen Schritten neu gestaltet, etwa durch Verbesserungen für Frauenhäuser oder zusätzliche Stellen in der Altenpflegeausbildung. Sie wollen immer noch, dass die blinden Menschen zusätzlich Verkehrsin-

(Dr. Ralf Stegner)

frastruktur bezahlen. So sind Ihre Anträge, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sechstens. Der **Erhalt unserer Infrastruktur** wird durch zusätzliche Mittel untermauert und die Mobilität der Menschen gesichert.

Siebtens. Die **Energiewende** wird als Zukunftschance begriffen.

Achtens. Wir behandeln die **Kommunen** als Partner der Landespolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Lachen FDP)

Erst dieser Tage wieder haben wir gezeigt, was uns von Ihnen unterscheidet: Sie wurden von der kommunalen Familie verklagt, wir einigen uns politisch mit den Kommunen, ob bei der Kinderbetreuung oder den Konnexitätsfragen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich könnte diese Liste weiter fortführen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Küstenkoalition.

(Christopher Vogt [FDP]: Bitte!)

Wir können darauf stolz sein. Hier kann wirklich keiner sagen, es sei egal, wen man gewählt hat, die Parteien seien doch irgendwie alle gleich.

Die **Opposition**, vorrangig die Union, hat dagegen ihre alte Politik reaktiviert, ohne nennenswerten Mehrwert oder auch nur Erkenntnisfortschritte. Lassen Sie mich als Beispiel einen Aspekt der Minderheitenpolitik nennen. Sie schlagen für die kulturelle Arbeit der dänischen Minderheit, das Nordfriesische Institut und die Kulturarbeit der Sinti und Roma eine Rückführung der Finanzmittel auf den Stand vor 2012 vor, das ist eine Gesamtkürzung um 160.000 €. Das finden Sie gut und richtig? Ich sage Ihnen, das ist genau die Politik, die die Bürgerinnen und Bürger 2012 abgewählt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn man Ihre Anträge liest, stellt man fest: alles alte schwarz-gelbe Kamellen. Die FDP will 60 Millionen € mehr Schulden machen. Das passt ja super zu Ihrer Musterknaben-Haushaltsattitüde. Und die Union? Sie kassiert ihre eigenen vollmundigen Ankündigungen bei der Beamtenbesoldung einfach ein. Und die wackeren PIRATEN? Null Euro für die Verkehrsinfrastruktur zu Lande, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wo man hinsieht, eine Mäkel- und Meckeropposition ohne vernünftige

Konzepte oder gar eine tragfähige, sinnvolle Alternative. Das ist das, was wir hier vorfinden.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz anders ist die **Regierungspolitik** der Küstenkoalition. Ohne den Weg zur Konsolidierung des Haushalts und zur Einhaltung der Schuldenbremse zu verlassen, gestalten wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Zukunft unseres Landes. All das, was Sie uns nie zugetraut haben, mit immer neuen Kassandrarufen, wir könnten das nicht, all das kriegen wir hin.

Die **Schuldenbremse** wird ohne Wenn und Aber eingehalten.

Wir erkennen die Zeichen des **demografischen Wandels** und handeln. Der öffentliche Dienst wird kleiner werden. Dafür gelten aber zwei wichtige Regeln: Es gibt keine Entlassungen, und wir stärken die Schulen, indem wir die Hälfte der demografischen Rendite im System belassen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie erinnern sich? So weit war die Union schon einmal, bevor sie von der FDP auf wahrhaft unkluge Abwege geführt worden ist.

Öffentliche Aufgaben werden weiter reduziert.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

In Ordnung, warum nicht? Wir können ja einmal versuchen, ob es Sinn macht.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Dr. Stegner, könnten Sie uns erklären, an welcher Stelle wir einen Ansatz für Verkehrsinfrastruktur auf null gesetzt hätten? Das entspricht nicht meiner Kenntnis.

- Ich habe mich zu dem Punkt verhalten, dass die PIRATEN erklärt haben, dass sie das Sondervermögen, das wir einrichten, um die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, rundweg ablehnen. Das nehme ich zur Kenntnis und folgere, dass Sie der Meinung

(Dr. Ralf Stegner)

sind, das sei zusätzlich nicht nötig, wenn man sich Ihre Anträge anguckt. So ist das. Herr Kollege Breyer, ich nehme Sie einfach einmal beim Wort. Das mag ungewöhnlich sein, aber man kann es ja einmal versuchen - jedenfalls einmal.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, es gibt den Bedarf nach einer weiteren Zusatzfrage von Herrn Dr. Breyer.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich befinde mich im voradventlichen Frieden. Bitte!

(Heiterkeit)

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Würden Sie dann dem Hohen Haus bitte bestätigen, dass wir exakt den Betrag, der für Sondervermögen vorgesehen war, an anderer Stelle für den Straßenbau in den Haushalt einstellen wollen?

- Nein, das möchte ich nicht bestätigen, denn wenn man sich das Gesamtkonzept anschaut, das Sie Ihren Anträgen zugrunde legen, kann ich hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur unseres Landes kein sinnvolles Konzept erkennen.

(Lachen Christopher Vogt [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, nunmehr gibt es den Bedarf des Abgeordneten Kubicki nach einer Zwischenfrage.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident, es hätte mich sehr gewundert, wenn dieser Bedarf nicht entstanden wäre. Es wundert mich nur, dass er schon so früh in der Debatte entsteht. Bitte!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, würden Sie mir freundlicherweise erklären, ob ich Sie richtig verstanden habe, dass die Sozialdemokratie oder die Küstenkoalition bis zum Jahr 2020 weniger Personal im öffentlichen Dienst einsparen will, als es die Vorgängerregierung vorgesehen hat?

- Wissen Sie, Ihre Fragen sind sozusagen immer von einer Ansammlung von Unterstellungen gekennzeichnet,

(Christopher Vogt [FDP]: Antworten Sie doch einmal konkret!)

deswegen beantworte ich Ihre Frage, ob Sie mich richtig verstanden haben, einfach so: Offenkundig nicht; Sie müssen meine ganze Rede bis zum Ende hören, dann verstehen Sie vielleicht auch etwas. Das ist meine große Hoffnung. Sie sind ja in einem Alter, in dem Sie im Gegensatz zu anderen noch dazulernen. Das will ich Ihnen zugestehen. Also, wenn Sie meine ganze Rede anhören, kommen Sie am Ende vielleicht zu einem Erkenntnisfortschritt, den Sie ganz gut brauchen können. Vielen Dank.

Der Stabilitätsrat lobt zu Recht die kluge Politik unserer Finanzministerin Monika Heinold und der gesamten Küstenkoalition.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das könnten Sie ruhig einmal anerkennen, meine Damen und Herren von der Opposition, wo Sie uns doch immer prophezeit haben, der Stabilitätsrat würde uns tadeln, alles wäre ganz schrecklich, was wir tun. Er tadelt momentan andere Länder, aber nicht das Land Schleswig-Holstein, das in der Konstellation, die wir haben, gut geführt wird.

Wir machen deutlich, wofür wir die **Mehreinnahmen** aus der **Volkszählung**, die Zensusmittel, einsetzen. 2013 und 2014 stärken wir damit zusätzlich Kitas, Hochschulen und öffentliche Infrastruktur, und wir tun etwas für die Situation der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen. Mit den strukturellen Veränderungen im Vertretungsfonds verbessern wir konkret die beruflichen Perspektiven ausgebildeter Lehrer, die auf eine Festanstellung warten und die wir nicht an Nachbarländer verlieren wollen.

Ab 2015 stehen Mittel für die aufwachsenden Gehälter zur Verfügung. Nur ein gut bezahlter und motivierter öffentlicher Dienst wird die Herausforderungen der Zukunft meistern. Das ist gut investiertes Geld, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann können Sie ja unseren Anträgen für die Polizei zustimmen!)

Darüber hinaus ist es uns gelungen, mit circa 2 Millionen € Umschichtungen weitere **Schwerpunkte** zu setzen. Auch das gehört zur Haushaltsklarheit und zur Haushaltswahrheit. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Bildung bleibt in der Haushaltspolitik dieser Koalition erste Priorität. Für uns gilt die Leitlinie, die Vernunft und Gerechtigkeit zusammenfügt: Wer heute in die Köpfe unserer Kin-

(Dr. Ralf Stegner)

der und Jugendlichen investiert, wird morgen Folgekosten mangelnder Bildungschancen einsparen und ganz vielseitige Gewinne einfahren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir lassen kein Kind zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war ja 20 Jahre anders!)

Die Qualität der Bildung in diesem Land und die Chancengleichheit unserer Kinder und Enkel zu erhöhen, das bleibt unser Ziel. Das werden wir 2014 unter anderem mit dem neuen Schulgesetz untermauern. Da mögen Sie noch so zetern und auf Ihren CDU-Parteitag alte Bildungshüte als neue Kreationen anpreisen; Sie hecheln der Realität hinterher. Ihr **Bildungsangebot** von der Opposition ist Ramschware. Das, was wir anbieten, ist das, was insgesamt bei den Expertinnen und Experten, von den Beteiligten im Bildungsbereich, auch gewünscht wird.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ach!)

Bildung in ihrer gesamten Bandbreite, von den Kindertagesstätten bis zu den Hochschulen, von der beruflichen Aus- und Weiterbildung über die politische Bildung bis zum **lebenslangen Lernen** ist das wichtigste Politikfeld der Länder. Ich werbe dafür, Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen. Deshalb bedauern wir, dass bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin das vom Landtag einmütig geforderte Ende des Kooperationsverbotes wegen des Widerstandes der Union immer noch nicht beschlossen werden konnte, obwohl Frau Merkel im Wahlkampf ziemlich genau das Gegenteil gesagt hat. Aber es hat immerhin eine Einigung auf erhebliche Entlastungen für die Länder gegeben, die uns die Möglichkeit geben, mehr in Bildung zu investieren.

(Unruhe)

- Übrigens gehört zur guten Bildung gelegentlich auch das Zuhören. Das nützt, weil man daraus etwas lernen kann. Das Lernen allein bringt Sie doch nicht weiter. Im Übrigen übertreffen Sie mich sowieso nicht, egal, wie laut Sie hier reden. Wir schaffen das auch so. Das Mikrofon ist hier.

(Christopher Vogt [FDP]: Oh, Herr Oberlehrer!)

Unsere Regierungskoalition leistet jedenfalls ihren Beitrag zu dem, was ich zum Thema Bildung ge-

sagt habe. Wir erhöhen nochmals den **Betriebskostenzuschuss** für **Kindertagesstätten**. Seit der Regierungsübernahme sind es mittlerweile immerhin 31 Millionen € Zuschuss für diese kommunale Aufgabe. Ein großes Projekt für das nächste Jahr wird die Neuregelung der Lehrerbildung sein. Wir belassen - anders als die Vorgängerregierung - mehr Lehrkräfte an den Schulen und stellen Finanzmittel für schulinterne Fort- und Weiterbildung zur Verfügung. Die Schulen selbst wissen am besten, wo und in welchen Bereichen Weiterbildungsbedarf besteht.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Landesregierung hat in einer Arbeitsgruppe, an der die Verbände der Privatschulen beteiligt waren, das schwierige Thema der **Zuschussberechnung** aufgegriffen. Die bisherige Regelung war ein Musterbeispiel an Intransparenz und Kompliziertheit. Es ist nun eine neue, einfachere und besser überschaubare Lösung mit sehr vielen Gewinnern gefunden worden. Klar, das ist keine Sparmaßnahme. Wir werden im kommenden Jahr fast 5,1 Millionen € mehr für die deutschen Schulen in freier Trägerschaft ausgeben.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir verkennen dabei nicht, dass das einige wenige allgemeinbildende deutsche Privatschulen und die große Mehrzahl der berufsbildenden Privatschulen vor Schwierigkeiten stellen wird, die zunächst durch mehrjährige Übergangsregelungen abgefedert werden. Ich gebe den Trägern der freien Schulen die Zusage, dass wir uns sehr genau ansehen werden, welche konkreten Auswirkungen an den von der Neuregelung negativ betroffenen Schulen eintreten werden. Sollte es zu existenzbedrohenden Notlagen kommen, werden wir im Rahmen der Beratungen des Haushalts 2015 und 2016 über eine Anhebung der Bezuschussungsgrundlage von 80 auf 81 oder 82 % der Schülerkosten an den öffentlichen Schulen zu reden haben. Das tun wir, wenn das so sein wird. Darauf können sie sich verlassen. Sie brauchen alles Mögliche, aber nicht die Opposition.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, junge Menschen sind auch der Garant für die Qualität unserer Demokratie. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und anderen Akteuren damit beginnen, einen **Aktionsplan zur Politischen Jugendbildung** zu entwickeln.

(Dr. Ralf Stegner)

Wir tun mehr für unsere **Hochschulen**. Wir wissen auch, dass wir dabei konkret die Studienbedingungen weiter verbessern müssen. Mit der Einrichtung eines Servicecenters des Studentenwerks, der Förderung des generationenverbindenden Projekts „Wohnen für Hilfe“ tun wir genau das. Übrigens ist die Sanierungsvereinbarung mit der CAU ein Meilenstein für die große Landesuniversität. Auch daran meckern Sie rum, ausgerechnet Sie mit Ihren universitären Kahlschlagphantasien. Das ist schon ein Treppenwitz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Anke Spoorendonk, es freut mich auch, dass Kulturpolitik in diesem Land endlich wieder stattfindet, dass sich **Kultur** in all ihrer **Vielfalt** weiterentwickeln kann. Als Beispiel will ich die 20 öffentlichen Musikschulen im Land nennen. Dazu zählt aber auch die ehrenamtlich durchgeführte paläontologische Ausgrabung eines 11 Millionen Jahre alten Walskeletts in Groß Pampau.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit großer Dankbarkeit für ihre Arbeit finden sie in unseren Haushaltsanträgen wieder Berücksichtigung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in der **Sozialpolitik** gelingt es uns, dieses Land ein kleines Stück gerechter zu machen. Besonders wichtig ist mir, dass wir etwas für die Hebammen und Geburtshelfer im Land tun. Das gelingt uns über Fortbildungen, aber auch über die Erarbeitung eines Konzepts, das freiberufliche Hebammen im Zuge des demografischen Wandels absichern soll. Ich bin sehr froh, dass unsere Sozialministerin Kristin Alheit hierfür 50.000 € zur Verfügung gestellt bekommt. Kinder sind unsere Zukunft. Ich finde, auch da haben wir etwas zu tun, wenn es uns damit ernst ist. Das alles sind kleine Beispiele. Ich nenne hier bewusst nicht nur die großen Beispiele, weil Sie auch Akzente sehen sollen.

Kleine Beispiele und Verbesserungen gibt es auch in anderen Bereichen, die fern der Öffentlichkeit liegen. Dazu zählen die Ausstiegsberatung für Prostituierte, der Kampf gegen Homophobie oder die Umsetzung von Inklusion. Das sind alles Bausteine für eine bessere Sozialpolitik in Schleswig-Holstein.

Und wir nehmen uns des wichtigen Feldes der **Palliativmedizin** an, indem wir ein Konzept des

UKSH für Lübeck anschieben. Auch das ist ein Punkt, der uns wichtig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch im Bereich der **Innen- und der Justizpolitik** sehen wir konkrete Veränderungen vor, die nicht nur gesellschaftspolitisch notwendig, sondern für handlungsfähige Kommunen auch unverzichtbar sind. Eine **humanitäre Flüchtlingspolitik** bleibt ein Markenzeichen dieser Regierungskoalition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dafür stehen wir auf Bundes- und Europaebene ein und setzen gleichzeitig dort konkret etwas um, wo das möglich ist, beispielsweise mit dem Aktionsplan Integration, zusätzlichen 80.000 € für Unterstützungsangebote, die Flüchtlingen durch den Alltag helfen und Integrationshindernisse abbauen sollen. Wir unterstützen zudem die Kommunen mit zusätzlichen Mitteln für die Unterbringung von Flüchtlingen. Wie im Vorjahr stellen wir Mittel für Sprachkurse für Flüchtlinge zur Verfügung und stärken die Regionalen Bildungszentren und Berufsschulen, die Extraklassen für Deutsch als Zweitsprache sowie Einwandererklassen anbieten. Das alles sind wichtige Beiträge zur Integration, und sie sind wirtschaftlich sinnvoll. Wir müssen mit den Menschen, die zu uns kommen, die meistens aus Not geflohen sind, ordentlich umgehen. Das ist eine Verpflichtung für dieses reiche Deutschland und auch für dieses Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gleichzeitig stärkt das auch die **Vielfalt in Schleswig-Holstein** und damit eines der Merkmale, die dieses Land so liebenswert machen. Dass es Oppositionsanträge gibt, ausgerechnet beim Kampf gegen den rechten Ungeist kürzen wollen, ist eine Schande. Das lehnen wir ab, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

2014 wird auch die aufgabengerechte Anpassung des Gesetzes für den kommunalen Finanzausgleich ein bestimmendes Thema werden. Eine gerechtere **Verteilung der Finanzmittel**, die Kommunen Handlungsfähigkeit gewährleistet, bleibt dafür unverzichtbar. Gut ist auch, dass der kommunale Finanzausgleich von 2013 auf 2014 um fast 19 % auf 1,4 Milliarden € steigt.

(Dr. Ralf Stegner)

Dennoch haben wir schwierige Beratungen vor uns. Ich will aber deutlich sagen: Wir werden das Notwendige tun, selbstverständlich im Dialog mit allen Beteiligten und mit dem Blick auf das gesamte Land sowie das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger. Die Tonlage mancher Einlassungen von Funktionären ist allerdings deutlich bemerkenswerter als ihr Inhalt.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Am Ende wird ein vernünftiges Konzept stehen, und es wird auch bis zur Verabschiedung hier im Landtag die notwendigen Kompromisse geben. Das sage ich ausdrücklich zu. Das strucksche Gesetz gilt gerade auch hier. Darauf können sich alle Beteiligten verlassen. Das ist bei so einem komplizierten Werk, das eine Generation halten soll, richtig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darauf können sich die Nordfriesen verlassen, darauf können sich die Stormarner verlassen. Ich füge hinzu: Trotzdem wird es nicht so sein, dass alle mehr bekommen können. Das wissen alle Beteiligten. Wir haben auch Aufgaben zu lösen, etwa bei der Schulsozialarbeit; ich sehe da durchaus Kompromissmöglichkeiten.

Den Antrag der FDP auf zusätzliche **Prüfrechte des Landesrechnungshofs** halten wir für nicht erforderlich.

(Lachen FDP)

Herr Kollege Garg, warum haben Sie das eigentlich nicht selbst gemacht, wenn das so wichtig ist? Warum?

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Tolles Argument!)

Über eine mögliche Erweiterung von Prüf- und Steuerungsmöglichkeiten werden wir in aller Ruhe beraten. Ich sage Ihnen aber auch: Lieber werden wir verdächtigt, der Anwalt der Menschen mit Behinderung zu sein als der Schutzpatron von Banken und Zockerlobby. Unterschiede müssen schon sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gute Arbeit in Schleswig-Holstein wird uns auch wirtschaftlich stärken. Dazu gehören das Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs, die Gesetze zur Mitbestimmung, zum Mindestlohn und zur Tariftreue, die nicht nur gute Löhne und eine Altersver-

sorgung garantieren sollen, sondern auch Respekt vor der **Arbeitsleistung der Menschen** in unserem Land sind. Das haben wir vor der Wahl angekündigt, und - Proteste von Funktionären hin oder her - das setzen wir auch durch. Mit der Dumpinglohnsubventionierung und dem Niedriglohnland Schleswig-Holstein muss endlich Schluss sein!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was ist das eigentlich für eine soziale Marktwirtschaft, die glaubt, dass man schlecht zahlende Unternehmen mit Steuermilliarden unterstützen soll?

(Christopher Vogt [FDP]: Was verstehen Sie denn von Marktwirtschaft?)

Das ist Planwirtschaft und Misswirtschaft. Wir wollen das nicht. Wir wollen gute Arbeit.

(Zurufe FDP)

Deshalb machen wir das auch bei uns selbst: Wir haben den Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes auch für unsere schleswig-holsteinischen Beamtinnen und Beamten wirkungsgleich übernommen.

Eine effektive **Wirtschaftspolitik** sind unsere **Investitionen** in die öffentliche Infrastruktur, in Landesstraßen, die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs, wichtige Projekte wie die A 20 - die übrigens Sie im Planungsverfahren verpfuscht haben, um es noch einmal deutlich zu sagen - oder der Nord-Ostsee-Kanal auf Bundesebene sowie die Intensivierung des Breitbandausbaus.

Wir wollen außerdem die **Ernährungswirtschaft** als einen wichtigen Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein zukunftssicher gestalten. Schwerpunkt sind dabei gesunde Ernährung und die Förderung der Herstellung und des Absatzes regionaler Produkte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der **Energiewende** setzen wir uns für eine dezentrale Energieversorgung ein. Wir wollen die Einrichtung einer eigenen Landesnetzagentur prüfen und, wenn möglich, im Verbund mit den norddeutschen Ländern umsetzen. Die Energiewende bleibt die große Wertschöpfungschance für Arbeitsplätze und das Klima in unserem Lande. Daran arbeiten wir.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie streuen immer nur Sand ins Getriebe. Bleiben Sie uns mit Ihren liberalen Konzepten vom Hals. Sie sind zu Recht aus dem Deutschen Bundestag gewählt worden.

(Dr. Ralf Stegner)

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb kriegen die Kohlekraftwerke in NRW jetzt auch eine Subvention!)

Auch im Umweltbereich sehen wir Verbesserungen vor. Die Stärkung des Landes geht dabei mit der Bewahrung unserer Ressourcen und unserer natürlichen Umwelt einher. Dafür stehen unser Pilotprojekt zum Wiesenvogelschutz, Monitoring der Bienen oder die Beratung der Imkerinnen und Imker. Großes und Kleines. Wir freuen uns über ausreichend Mittel für eine landesweite, flächendeckende Biotopkartierung, die übrigens die SPD seit Langem fordert, Herr Kollege Callsen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das ist die unabdingbare Grundlage für eine **strategische Ausrichtung der Landesentwicklung**. Sie ist notwendig, wenn man Regelungen im Naturschutz umzusetzen will.

Da ich gerade vom Erhalt der natürlichen Umgebung spreche, erlauben Sie mir bitte, das Folgende zu sagen. Man mag über einzelne Projekte dieser Koalition unterschiedlicher Auffassung sein. Es klappt nicht immer alles so, wie man es sich vorstellt. Aber in den Äußerungen Einzelner in diesem Hause über die Arbeit und das Lebenswerk des ehemaligen Umweltministers Professor Dr. Heydemann habe ich jegliche Achtung und jegliches Niveau vermisst. Jemand, der von Umweltverbänden und Experten weit über die Grenzen unseres Landes hinaus respektiert wird, hat eine andere Achtung verdient, als Sie das hier mit Ihrer haltlosen Polemik und Ihren unverschämten Einlassungen immer wieder zum Ausdruck bringen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Meinen Sie die Grünen? Er kann nur euch meinen!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Anfang der Rede zurück. Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, sich selbst ein Urteil über unsere Politik zu bilden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann haben wir Neuwahlen!)

Ist dieser Politikwechsel rot-grün-blaue Klientelpolitik zulasten des Landes, wie es die Opposition behauptet?

(Christopher Vogt [FDP]: Jawohl!)

Sind die Menschen mit Behinderung, sind die blinden Menschen, sind die Anhänger und Zugehörigen

der Minderheit, sind diejenigen, die sich für bedrohte Frauen einsetzen, sind diejenigen, die Kultur- und Flüchtlingsarbeit machen, sind die, die etwas gegen Rechts tun, eine Klientel, um die wir uns kümmern? Meine Damen und Herren, das ist Gemeinwohl. Kapiieren Sie das endlich!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das machen wir alles nicht?)

Über Ihre Klientel zu reden, daran hindert mich meine Höflichkeit heute im Laufe dieser Landtags- tagung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Argumentieren können Sie nicht, nur polemisieren! Erklären Sie doch mal Ihre 25 % bei der Bundestags- wahl!)

Ich glaube, dass sich die Menschen angucken werden, ob es uns tatsächlich gelingt, das Leben der Menschen besser zu machen mit dem, was wir tun. - Der Frust ist überall zu hören. Reißen Sie sich doch einmal bisschen zusammen! Es ist kurz vor Weihnachten. Da muss ich doch nicht so gefrustet sein, nur weil das auf Bundesebene nicht geklappt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Betreuungsgeld! - Christopher Vogt [FDP]: Für Sie wird es leider auch nichts!)

Ich will einmal etwas Freundliches sagen: Natürlich haben Sie recht, wir haben auch ein bisschen Glück bei der Haushaltsentwicklung. Das ist wahr.

(Beifall Hauke Götttsch [CDU])

Aber schon Moltke wusste: Das Glück ist auf Dauer nur mit den Tüchtigen. Und Sie beißen doch jeden Tag in die Tischkante, dass das so ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es macht aber nicht fröhlich, wenn man in die Tischkante beißt. Dann muss man nur zum Zahnarzt gehen, und das ist schmerzhaft. Also lassen Sie es, freuen Sie sich mit uns! Es ist gut für das Land.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie sprechen aus Erfahrung!)

Erkennen Sie unsere Leistungen an! Ich sage es noch einmal: Monika Heinold hat mitnichten gesagt: Jetzt haben wir Geld und können tun, was uns gefällt. Sie weist vielmehr zu Recht darauf hin, welche strukturellen Probleme wir zu lösen haben. Auch beim kleinsten Antrag, den wir formulieren und hier beschließen, orientieren wir uns an der

(Dr. Ralf Stegner)

Frage: Ist das eigentlich etwas, was nützlich ist für die Menschen? Oder handeln wir nach Ihrem Motto: Hauptsache, wir kürzen, egal wen es trifft, und wenn es die Schwächsten trifft, ist es besonders mutig? Das war Ihre Philosophie.

(Unruhe)

Ich nenne Ihnen unsere Philosophie: Wir legen uns lieber mit den **Mächtigen** und Starken an und kürzen nicht zulasten der **Schwachen**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lieber Herr Kollege Callsen, ich weiß ja, Sie hatten eine schwere Weihnachtsfeier gestern Abend.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie offenbar auch!)

Als ich Sie hier heute gehört habe, habe ich wieder gedacht: Na ja, Lautsprecher verstärken die Stimme, aber nicht die Argumente.

(Heiterkeit und Beifall CDU, FDP und PI-RATEN)

Lieber Herr Kollege Callsen, Ihre Redebausteine - auch wenn Sie in der Opposition tapfer darüber hinweggeklatscht haben - sind nicht nur zur Weihnachtszeit ein echter Langweiler, nichts Neues.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei Ihnen nicht anders!)

Modernisierung und Konsolidierung gehen bei uns Hand in Hand. Wir halten die Schuldenbremse ein, und wir stehen zu unserer sozialen Verantwortung. Wir legen Schwerpunkte bei Bildung und sozialer Gerechtigkeit.

(Heike Franzen [CDU]: Wo denn?)

Wir erhalten unsere Infrastruktur und stellen moderne Mobilität sicher. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein für die Menschen, die hier leben, und für die Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und sichern, attraktiv bleibt. Dafür steht der Haushalt 2014.

Die Küstenkoalition arbeitet gut für die Menschen in unserem schönen Land Schleswig-Holstein, wir halten das, was wir versprochen haben. Die Menschen können sich darauf verlassen. Stimmen Sie unserem Haushalt zu! Er ist gut für unser Land. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen sollen die glücklichsten Menschen der Welt sein, jedenfalls der Republik. Zur **Zufriedenheit** der **Schleswig-Holsteiner**, wahrscheinlich auch der Welt - darüber können wir jetzt debattieren, oder wir reden über den Haushalt - tragen sicher viele Dinge bei: Wind, Wasser, Wellen. Aber zur Zufriedenheit gehört auch, ob ich für mich selbst sorgen kann, ob ich mich in die Gesellschaft einbringen kann, ob ich durch Bildung meinen Horizont erweitern und aufsteigen kann, ob der Zusammenhalt und die Toleranz in einer Gesellschaft stimmen oder nicht und ob ich in einer intakten Umwelt lebe. All das befördert ganz konkret meine Lebensqualität. Nun fragen Sie sich, was das mit dem Haushalt 2014 zu tun hat.

(Heike Franzen [CDU]: Nichts!)

Ich sage Ihnen: eine Menge! Denn es ist unser Landeshaushalt, welcher auch im Jahr 2014 eine ganze Menge dazu beitragen wird, die Lebensqualität der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zu verbessern -

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

mit großen Posten wie der Übernahme der Tarifsteigerungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Land und mit kleineren wie der Finanzierung eines Ausstiegsprojekts für Frauen in Zwangsprostitution oder einem Aktionsplan gegen Homophobie. Mit dem Haushalt 2014 entscheiden wir über ein Stück Zukunft für unser Land, und gerade in einem Konsolidierungsland, wo der Euro knapp ist, ist das eine sehr hohe Verantwortung.

Ein Tag in Schleswig-Holstein im Jahr 2014 - wie wird er durch dieses Zahlenwerk eigentlich beeinflusst? Was hat Lieschen Müller davon, dass sich die Regierung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Fraktionen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit Monaten mit diesem Zahlenwerk beschäftigen? - Einen herzlichen Dank vorab schon einmal an alle Beteiligten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

(Eka von Kalben)

Nun, für junge Familien beginnt der Morgen mit dem Kita-Besuch. Wir finanzieren den **Ausbau der Kleinkinderbetreuung** mit weiteren 15 Millionen € für den Ausbau von Krippenplätzen in den Kommunen. So können mehr Frauen und Männer Beruf und Familie unter einen Hut bringen und ihre Kinder von frühkindlicher Bildung profitieren. Somit ist die Küstenkoalition nun bei einem jährlichen Zuschuss von 31 Millionen €, 2017 investieren wir dafür dann sogar 80 Millionen € jährlich - ein großer Kraftakt, denn auch dieses Geld muss erwirtschaftet werden. Für uns gilt: Wir lassen die Kommunen nicht im Regen stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein Tag in Schleswig-Holstein im Jahr 2014 heißt für Eltern aber nicht nur, die Kinderbetreuung sicherzustellen, es heißt auch **Unterrichtsversorgung**, Chancengleichheit und Schulsozialarbeit. Hier handelt die Küstenkoalition. Mit insgesamt 9 Millionen € für die Jahre 2014 und 2015 verbessern wir die Unterrichtsversorgung in den Städten und im ländlichen Raum. Das ist angesichts der enormen Belastungen an den Schulen noch viel zu wenig, aber es ist ein wichtiger Schritt. Wir brauchen auch eine Verstärkung und einen Ausbau der Schulsozialarbeit. Ich verspreche Ihnen: Wir Grüne werden alle Hebel in Bewegung setzen, damit sich der Bund nicht aus seiner Verantwortung stiehlt und Länder und Kommunen ausreichend bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit unterstützt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Anstatt das überholte Betreuungsgeld zu mumifizieren, sollte sich die kommende Koalition hier ihre familienpolitischen Lorbeeren verdienen, weil wir nicht wollen, dass die Bayern mit ihrer CSU-Mehrheit darüber bestimmen, wie bei uns Kinderbetreuung funktioniert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, der Alltag meiner schleswig-holsteinischen Familie geht weiter. Der Weg zur Arbeit führt bei der Mehrheit der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sicherlich über **Landesstraßen**, deren Sanierung wir mit gut 40 Millionen € voranbringen wollen - und das nicht wie andere, indem wir bei den Fahrradwegen sparen, weil auch diese gerade von Menschen mit Kindern genutzt werden. Es reicht eben nicht, nur einen Verkehrsträger im Blick zu haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Erhalt vor Neubau!)

Zum Alltag vieler Menschen, gerade im Hamburger Rand, gehört eben auch ein guter **öffentlicher Nahverkehr** und ein funktionierendes **Radwegenetz**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Auch im **Arbeitsleben** macht die Küstenkoalition 2014 einen Unterschied: Endlich im Büro angekommen, kann man sich darauf freuen, dass bald schnelleres Internet die Arbeit effektiver machen wird,

(Christopher Vogt [FDP]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

nicht überall, denn mit 15 Millionen € für den Breitbandausbau können wir nicht aufholen, was Sie seit Jahren versäumt haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

Aber Sie können den dringend nötigen Drive in den Ausbau bringen.

Meine Damen und Herren, viele Berufsgruppen werden spüren, dass wir die Haushaltsmittel konzentriert für die Sanierung der heruntergekommenen **Infrastruktur** einsetzen. Polizisten und Polizistinnen können sich bald in einer instandgesetzten Halle auf den Ernstfall vorbereiten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie machen Sie das denn?)

Das Handwerk, das aus Ihrer Sicht von uns nur gebeutel wird, profitiert von unserem Programm zur energetischen Sanierung in Kitas, Unis und anderen Landesgebäuden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Angestellte in Theatern können besser planen, weil ihre Kommunen in den kommenden Jahren mehr Mittel bekommen. Die Hebammen erhalten einen Zuschuss für Fortbildungen.

Auch **Studierende** sind an diesem Tag 2014 mittlerweile längst wach - heutzutage soll das früher sein als zu meiner Zeit. 2014 beginnt die Planung für die Grundsanieung der Universität in Kiel. 2015 wird ausgeschrieben, und ab 2016 rollen die Bagger. Meine Damen und Herren von CDU und FDP, hätten bereits Sie diese Planung aufgelegt, würden schon im nächsten Jahr die Bagger rollen.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Alltag in Schleswig-Holstein bedeutet noch viel mehr: sich Zeit für kranke oder pflegebedürftige Verwandte zu nehmen, die in einem **Pflegeheim** versorgt werden und dort von den Auszubildenden betreut werden, deren **Ausbildungsplätze** wir jetzt finanzieren - 400 zusätzliche Ausbildungsplätze insgesamt im Jahr 2014. Das sind konkrete Auswirkungen für Lieschen Müller in Schleswig-Holstein.

Alltag in Schleswig-Holstein ist auch, als **Flüchtling** zu uns zu kommen und bei uns zu leben, mit all den Hürden, die bis dahin genommen werden mussten, mit dem Schicksal von Flucht und Verfolgung. Auch hier macht der Haushalt wirklich einen Unterschied. Aus den Zensusmitteln fließen 7 Millionen € in die Unterbringung der Flüchtlinge, 2 Millionen € gehen an die Kommunen. Doch Flüchtlinge willkommen zu heißen, bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Der Spracherwerb ist unerlässlich für eine gelungene Integration. Wir können die sogenannten DaZ-Klassen - Deutsch als Zweitsprache - an sieben beruflichen Schulen im Land erhalten, für die die Finanzierung ansonsten weggebrochen wäre.

Während die Kinder in der Schule Deutsch lernen, können die Eltern einen Deutschkurs an der Volkshochschule besuchen. Die Mittel dafür erhöhen wir 2014 auf 150.000 €.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD - Zuruf)

- Ja, gleichzeitig.

Kleine Entscheidungen können eine große Wirkung haben. Das dürfen wir bei aller Sparsamkeit niemals vergessen. Der Haushalt ist kein kaltes Zahlenwerk, er ist für viele Menschen in Schleswig-Holstein existenziell für ihren Alltag. Verschiedenste Maßnahmen, die wir fördern, betreffen nur eine kleine Minderheit in unserem Land. Sie sorgen aber für den **sozialen Zusammenhalt, Toleranz** und **Vielfalt** in diesem Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Da sind die von Gewalt betroffenen Frauen in Norderstedt, deren Frauenhaus 2014 dank einer Zuwendung von 700.000 € abgesichert wird. Da sind schwule und lesbische Teenager und ihre Freunde, die merken: Das Land tut etwas gegen Homophobie und erstellt einen Aktionsplan. Da sind Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, für deren an-

onyme medizinische Versorgung 2014 erstmals 200.000 € bereitgestellt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Gemessen am Gesamthaushalt, der von großen Entwicklungen geprägt ist - der Zinsentwicklung, der Konjunktur, den EU-Programmen, den Konsolidierungsmaßnahmen, dem Stellenabbau von über 5.000 Stellen bis 2020 -, gemessen an diesen großen Rädern sind es nur kleine Summen, über die wir hier sprechen, aber für die Bürger und Bürgerinnen und für die Küstenkoalition machen sie einen Unterschied.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Die Küstenkoalition will alles tun, damit die Menschen in Schleswig-Holstein im Glücksbarometer weiter oben bleiben. Dazu gehört unbedingt auch der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Eine Biotopkartierung zum Beispiel ist kein grünes „Gedöns“, sondern knallharte Landesplanung.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es funktioniert eben nicht, Straßen zu planen, ohne die Natur zu berücksichtigen. Das haben Sie aus Ihren Planungen zur A 20 wahrlich lernen müssen, betriebllicherweise lernen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, die Menschen nutzen die **Autobahnen** nicht als Selbstzweck, jedenfalls tun das nur einige Spezies. Sie nutzen die Autobahn, um zur Arbeit, zum Kunden oder zur **Erholungsstätte** zu kommen. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass von letzteren noch genügend Flächen übrig bleiben, auf denen noch Wiesenvögel fliegen und Bienen überleben können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Haushaltsgesetzgeber haben wir der kommenden Generation gegenüber nicht nur die Pflicht, finanzielle Schulden abzubauen. Auch die ökologischen Schulden, gemessen an Bodenerosion, Klimawandel und dem Verlust der Artenvielfalt, müssen endlich gebremst werden.

Meine Damen und Herren, im Alltag ist die **Kommune** der erste und wichtigste Bezugspunkt, den die Menschen zur Politik und zum öffentlichen Leben haben. In den Städten und Gemeinden wohnen sie. Hier gehen ihre Kinder zur Schule und in die

(Eka von Kalben)

Kita. Auch der Alltag in den Kommunen wird 2014 durch unseren Haushalt verbessert. Die Landesregierung hat eine sehr gute Vereinbarung mit den Kommunen darüber getroffen, wer die Kosten für eine Reihe von gesetzlichen Leistungen trägt. Das Land wird jährlich zusätzlich 7,5 Millionen € dafür zahlen, dass die Kommunen kein Lohndumping betreiben müssen, dass Bürgerinnen und Bürgern mehr demokratische Beteiligung vor Ort ermöglicht wird und dass das Kinderschutzgesetz umgesetzt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Hinzu kommen Einmalzahlungen für eine Verbesserung des Ganztagsangebots und die Sozialstaffel in Kitas. Diese Einigung setzen wir als Fraktion jetzt im Haushalt um. Ich hoffe auf breite Zustimmung auch bei der Opposition für diesen finanziellen Frieden mit den Kommunen, den Sie per Antrag eingefordert haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich finde es wunderbar, dass Sie der Regierung zutrauen, in so kurzer Zeit von der Einreichung Ihres Antrags bis gestern oder vorgestern Verhandlungen mit den Kommunen durchzuführen. Das muss ja eine Nacht-und-Nebel-Aktion gewesen sein, Herr Albig, dass Sie sich so schnell auf den Weg gemacht haben.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Ich halte es, um wieder ernsthaft zu werden, für eine relativ absurde Vorstellung, dass man in der Zeit nach der Einbringung Ihres Antrags die Verhandlungen mit den Kommunen aufgenommen haben soll. Ich denke, jeder, der schon einmal Regierungsverantwortung übernommen hat, sähe das ebenfalls als absurd an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dass das Land partnerschaftlich mit den Kommunen umgeht, ist umso wichtiger, da vom **Bund** für den einen wie für den anderen leider nicht so viel zu erwarten ist. Einzig die Übernahme der Eingliederungshilfe durch den Bund ist ein Lichtblick. Allerdings ist noch unklar, wann sie kommen wird.

Leider ist aus unserer Sicht von der **Großen Koalition** nicht sehr viel zu erwarten. Ein Beispiel ist das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, allen voran die Möwenpick-Steuer. Ich weiß, Sie hören das nicht mehr so sehr gern.

(Zuruf FDP: Doch! Wir hören das sehr gern!)

- Das wundert mich; denn Sie haben sich neulich davon vollkommen distanziert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Reiche Erben!)

Ich weiß, das hat allein unsere Kommune in den letzten Jahren schätzungsweise 60 Millionen € gekostet. Eine Abschaffung des Hotel-Privilegs bei der Mehrwertsteuer wäre auch für die Landesfinanzen dringend geboten gewesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe FDP)

Das Land muss die Schuldenbremse also aus eigener Kraft erreichen. Es war Merkels „Fasst-die-Steuern-nicht-an-Politik“, die verhindert hat, dass wir eine bessere Ausstattung von Land und Kommunen erreichen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Herr Stegner hat außerdem bereits das Beispiel des Kooperationsverbots genannt, das im Bereich Bildung wirklich eine Entlastung gebracht hätte.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Gar nichts hat er geschafft!)

Die Große Koalition versagt. Deshalb will ich auch nicht verschweigen, dass es auch Unangenehmes zu verkünden gibt. Eine Familie, die sich in diesem Jahr eine Wohnung kauft, bezahlt statt 5 % nun 6,5 % Grunderwerbsteuer, also für ein 500.000-€-Haus 5.500 €, damit das Land 60 Millionen € und die Kommunen 15 Millionen € mehr einnehmen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Rechnen Sie das noch einmal nach!)

Das stößt bei vielen vielleicht erst einmal auf Skepsis. Angesichts der guten Haushaltssituation könnte man meinen, dass wir diese Mehreinnahmen doch gar nicht mehr bräuchten.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine - -

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich habe mich verrechnet.

(Lachen CDU und FDP)

Aber Sie können die Frage gern trotzdem noch stellen.

Präsident Klaus Schlie:

Die Abgeordnete gestattet die Frage, obwohl ich sie noch gar nicht gefragt hatte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin, ich möchte Sie nicht fragen, sondern nur, damit die Öffentlichkeit nicht denkt, im Landtag könne man nicht rechnen, darauf hinweisen, dass 1,5 % von 500.000 nicht 5.500, sondern 7.500 sind.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank für den Hinweis.

(Barbara Ostmeier [CDU]: So rechnen Sie wahrscheinlich immer! - Lachen CDU und FDP)

Es freut mich, dass Sie meiner Rede so aufmerksam lauschen und Ihr Oberlehrerwissen noch einmal kundgetan haben.

(Zurufe)

Diese Grunderwerbsteuer wird dem Land 60 Millionen € und den Kommunen 15 Millionen € mehr bringen.

Das stößt bei Ihnen vielleicht auf Skepsis. Angesichts der **guten Haushaltssituation** könnte man vielleicht meinen, wir bräuchten diese **Mehreinnahmen** nicht. 2013 müssen wir wegen der guten Konjunktur nur sehr wenig an neuen Krediten aufnehmen. Vielleicht erreichen wir sogar erstmals die magische schwarze Null. Herr Koch erwartet ein sattes zweistelliges Plus für den Jahresabschluss.

Doch auch das macht die Annahme, wir bräuchten keine dauerhaften Mehreinnahmen, nicht richtiger. Denn zum einen befinden wir uns gerade in einem wirtschaftlichen Boom. Deshalb sprudeln die Steuereinnahmen. Nur deshalb ist der Jahresabschluss derzeit überwältigend gut. Zum anderen müssen wir die Schuldenbremse aber auch in wirtschaftlich mageren Zeiten einhalten können. Das **strukturelle Defizit** ist daher eine wichtigere Kennzahl als die Summe der bloßen **Kreditaufnahme**. Dieses dauerhafte Defizit liegt 2014 trotz aller richtigen Konsolidierungsmaßnahmen immer noch bei knapp 600 Millionen € neu aufgenommener Schulden. Ich bin davon überzeugt, dass es den Menschen in Schleswig-Holstein noch viel weniger zumutbar ist, dieses Defizit allein über Sparmaßnahmen abzutragen als über eine höhere Grunderwerbsteuer.

Politikerinnen und Politiker aller Fraktionen stehen vor Ort mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Verbän-

den, Schulen und Universitäten im Gespräch. Alle fordern mehr Geld, oft zu Recht. Unser Bildungsbereich ist chronisch unterfinanziert. Ja, unsere Straßen, das wird von Ihnen immer wieder bestätigt, gleichen mancherorts Schotterpisten. Ja, liebe PIRATEN, um Schleswig-Holstein in die digitale Moderne zu führen, müssten wir ganz andere Summen in den Breitbandausbau stecken.

(Beifall PIRATEN)

Ich gebe auch den Abgeordneten der FDP recht, wenn auch ungerne. Es wäre super, den Beamtinnen und Beamten die zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses zu bezahlen.

Wir brauchen in vielen Bereichen mehr Geld. Wir Grüne fordern zu Recht noch viel mehr Geld für Klima- und Umweltschutz sowie Flüchtlinge, um unserer globalen Verantwortung gerecht zu werden. Es gibt zahlreiche Forderungen an die öffentliche Hand. Den SSW habe ich zu erwähnen vergessen. Der stellt ja selten Forderungen. Und viele Forderungen sind berechtigt.

(Johannes Callsen [CDU]: Das war der beste Witz am Tag!)

Das zeigt: Unser Gemeinwesen ist strukturell unterfinanziert und braucht dringend die Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer.

Meine Damen und Herren, wer auf die **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** verzichten will, muss sagen, wie es anders gehen soll.

(Tobias Koch [CDU]: Das haben wir gemacht!)

Schauen wir uns Ihre **Haushaltsanträge**, die der **CDU**, an. Sie wollen nicht nur auf die Erhöhung verzichten, sondern auch noch 60 Millionen € weniger Schulden aufnehmen. Doch wie soll das gehen?

(Tobias Koch [CDU]: Das geht!)

Indem man bei der Erbschaftsteuer zusätzliche 60 Millionen €, also 68 %, Mehreinnahmen ausweist

(Tobias Koch [CDU]: Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit!)

und bei der Glücksspielabgabe noch einmal 10 Millionen € draufsetzt; indem man hofft, die Zinsausgaben würden um 17 Millionen € geringer ausfallen. Das ist unseriös. Keine dieser Einnahmen und Ausgaben kann die Landespolitik in ihrer Höhe beeinflussen. Sie konsolidieren nach dem Prinzip Hoffnung. Zusätzlich mogeln Sie sich auch noch

(Eka von Kalben)

durch, indem Sie die hier geforderte zeitgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf Beamte finanziell überhaupt nicht hinterlegen.

(Tobias Koch [CDU]: Die Gelder sind doch vorhanden!)

Der CDU ist der haushaltspolitische Kompass endgültig abhanden gekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich bin deshalb umso mehr froh, dass Monika Heihold mit ihrem Weitblick unsere Landesfinanzen Richtung schwarze Null steuert. Einen herzlichen Dank unserer Ministerin für ihren echt konservativen Konsolidierungskurs.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Da gerade die Frage aufkam, was man bei der Grunderwerbsteuer noch besser machen könnte, will ich einen Vorschlag machen. Wenn man schon die Grunderwerbsteuer erhöht, was wir nicht für richtig halten, könnte man im Gegenzug darüber nachdenken, diejenigen zu entlasten, die darunter besonders leiden, weil sie zum Beispiel einkommensschwach sind und weil es an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Man könnte also die Einnahmen oder doch zumindest einen großen Teil davon gezielt für die Förderung bezahlbaren Wohnraums verwenden. Wäre das nicht eine Idee?

- Ich halte generell nicht so viel davon. Es hat auch etwas mit Haushaltsrecht zu tun, wenn man Einnahmen

(Zuruf SPD: Steuern!)

gezielt für bestimmte Aufgaben ausgibt. Es gibt ein sogenanntes Gesamtdeckungsprinzip. Alle Einnahmen werden zur Deckung aller Ausgaben genutzt. Aber ich kann Ihnen sagen: Natürlich wollen wir mehr für sozialen Wohnungsbau ausgeben, und das tun wir auch. Insofern: Ja, sicherlich wird das auch in unsere soziale Politik einfließen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wo denn?)

Die **FDP** will die Steuererhöhungen durch 60 Millionen € mehr Schulden verhindern, und das trotz einer geplanten Kürzungsorgie im sozialen Bereich, bei der dänischen Minderheit und bei der Versicherung des Landes gegen steigende Zinsen. Mehr Schulden und Risiken für die kommende Generation und Kürzungen für die Schwächsten - die FDP lässt einfach andere, Blinde und Migranten, für die niedrigen Steuersätze der Häuslebauerinnen und -bauer bezahlen.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Frau Kollegin von Kalben, würden Sie mir sagen, an welcher Stelle Sie mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau ausgeben?

- Das kann ich Ihnen nicht sagen, wie viel wir in den Landeshaushalt eingestellt haben.

(Hartmut Hamerich [CDU]: Aber erst einmal behaupten!)

- Aber Sie haben doch gerade auf die Frage des Kollegen Breyer gesagt, Sie geben mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau aus. Das haben Sie gerade geantwortet.

- Das stimmt. Wir geben genauso viel Geld für den sozialen Wohnungsbau aus und planen keine Kürzung in dem Bereich.

(Christopher Vogt [FDP]: Ach!)

Wenn wir einen Konsolidierungshaushalt vorlegen, wie wir das gemacht haben, ist das eine sinnvolle Maßnahme. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zusatzbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Dr. Heiner Garg [FDP]: Wie viel geben Sie denn für sozialen Wohnungsbau im Landeshaushalt aus?

(Präsident Klaus Schlie)

(Zuruf SPD: Mein Gott! - Lars Winter [SPD]: Man kann nicht jede Haushaltsstelle kennen!)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich kann Ihnen aus dem Kopf keinen Betrag für den sozialen Wohnungsbau nennen. Wir können Ihnen das gern nachher nachreichen. Ich habe jetzt den Haushaltsplan nicht vorliegen.

Die Küstenkoalition sagt ganz klar, wie sie den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität in Schleswig-Holstein erreichen will, und auch, wie sie ihn finanziert. Wir setzen Schwerpunkte in Bildung und Klimaschutz. Wir machen Einsparungen mit dem Ziel, die negativen Auswirkungen auf den Alltag der Menschen möglichst gering zu halten. Wir denken beim Konsolidieren die Einnahmeseite mit.

Heute legen wir die politische Basis dafür, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auch 2014 mit ihrem Leben zufrieden sind. Die Arbeit geht nach der Weihnachtspause weiter. - Danke.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Du brauchst dich nicht zu entschuldigen, wenn du hier nicht redest!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ach, Herr Dr. Stegner. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Stegner, ich freue mich, dass Sie sich so über den Morgen freuen. Ich will mich zunächst einmal zu den einleitenden Bemerkungen zu zwei Beiträgen äußern, die Sie in Richtung FDP-Fraktion gemacht haben.

Erstens zu dem Vorwurf, dass man Ihre Form der **Bekämpfung von Rechtsextremismus** ablehne, weil man auf vorhandene Strukturen aufsetzen wolle. Wenn Sie unsere Haushaltsanträge gelesen hätten, hätten Sie das auch herausgefunden. Nur weil man die drei neu eingerichteten **Koordinierungsstellen** nicht möchte, den subtilen Vorwurf zu erheben, man wolle Rechtsextremismus nicht bekämp-

fen, ist sogar für Sie, Herr Dr. Stegner, ein eher peinlicher und unwürdiger Vorwurf.

(Beifall FDP und CDU)

Sie sollten sich bei aller Auseinandersetzung in der Sache über den Haushalt nicht auf so ein Niveau herablassen.

Zweitens zum Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs zur **Wiedereingliederungshilfe**. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit ungefähr 20 Jahren wird in diesem Landtag über diese Forderung diskutiert. In schöner Regelmäßigkeit beschließen auch sozialdemokratische Finanzpolitiker im Finanzausschuss zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs genau die Forderung eines solchen Prüfungsrechts. Dieser Landtag hat es sich bisher gefallen lassen, dass die Hauptbeteiligten, nämlich die Wohlfahrtsverbände, das Hereinverhandeln eines solchen Prüfungsrechts in den Landesrahmenvertrag - das wäre immer der erste Weg gewesen - abgelehnt haben. Um Ihre Frage gleich zu beantworten: Das haben die Verbände auch in der letzten Legislaturperiode wieder abgelehnt. Auch ich als damaliger Sozialminister bin mit dem Versuch gescheitert, ein solches Prüfungsrecht in den Landesrahmenvertrag hineinzuverhandeln. Jetzt versuchen wir, das kommunale Prüfungsrecht dahin gehend zu erweitern, dass der **Landesrechnungshof** diese **Prüfkompetenz** bekommt. Auch das ist im Übrigen mit Zustimmung der sozialdemokratischen Mitglieder des Finanzausschusses passiert. Wenn es dann ernst wird, Herr Dr. Stegner, kneifen Sie hier im Parlament und behaupten auch noch, das sei alles überflüssig und nicht nötig. Ich sage Ihnen: Sie verweigern den Menschen mit Behinderung, dass dieses System auch in Zukunft dauerhaft finanzierbar bleibt. Das ist beschämend.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Aber selbstverständlich, mit dem allergrößten Vergnügen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Kollege Dr. Garg, lassen Sie mich zunächst, was den ersten Punkt angeht, feststellen, dass ich überhaupt nicht in Abrede stellen will, dass sich die FDP gegen Rechtsextremismus ein-

(Dr. Heiner Garg)

setzt. Das war auch nicht der Kern meiner Bemerkungen. Ich habe kritisiert - dazu stehe ich -, dass Sie unsere entsprechenden Haushaltsansätze abgelehnt haben. Das habe ich kritisiert, und das Recht nehme ich mir auch raus. Punkt eins.

(Christopher Vogt [FDP]: Wie ist die Frage?)

Punkt zwei. Ich habe nicht in Abrede gestellt, dass es in der Finanzpolitik die Auffassung von Finanzpolitikern gibt, man könne das so machen. Was ich Sie gefragt habe, ist: Hatten Sie nicht, nachdem das 20 Jahre diskutiert worden ist, eine schwarz-gelbe Mehrheit, um das hier im Landtag mit einfacher Mehrheit zu beschließen, wenn Sie das so dringlich fanden, wie Sie das hier mit Pathos vorgetragen haben? Die Antwort könnten Sie dem Hohen Haus ja noch geben. Oder hat die Opposition in der letzten Legislaturperiode entschieden, was hier im Landtag geschieht? Ich hatte es gar nicht so verstanden, dass wir so mächtig sind. Wir sind zwar gewählt worden, aber wir waren in der Opposition und Sie hatten die Mehrheit.

(Zurufe FDP)

- Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Stegner, auf Ihre Mächtigkeit komme ich gleich noch zu sprechen im Hinblick darauf, was Sie in Berlin alles durchgesetzt haben. Ich habe gerade versucht, Ihnen zu erklären, dass der erste Weg, den auch die von Ihnen kritisierte schwarz-gelbe Landesregierung gewählt hat, der ist, in Verhandlungen mit den Wohlfahrtsverbänden ein solches Prüfungsrecht in den Landesrahmenvertrag reinschreiben. Das haben die Verbände der Wohlfahrtspflege auch in der vergangenen Legislaturperiode abgelehnt. Sie können sich ja einmal mit der ehemaligen Kollegin Trauernicht darüber unterhalten. Auch sie hat versucht, ein solches Prüfungsrecht in den Landesrahmenvertrag hineinzuverhandeln. Sie ist daran genauso gescheitert wie ihr Nachfolger.

Wir wollen es uns einfach nicht mehr gefallen lassen - mit „wir“ meine ich die gesamten Kolleginnen und Kollegen, auch die Ihrer Fraktion im Finanzausschuss -, dass Parlamentsbeschlüsse 20 Jahre lang schlichtweg ignoriert werden. Deswegen haben wir dieses Mal zum ersten Mal den zweiten Weg gewählt, im Übrigen mit Zustimmung Ihrer Kollegen. Dass Sie ihn nicht mitgehen wollen, finde ich ausdrücklich beschämend, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP und CDU - Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung - -

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Nein, ich möchte mich jetzt gern mit dem Kollegen Stegner weiter beschäftigen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist an dieser Stelle aber schade!)

Ich möchte mich weiter mit dem Kollegen Stegner beschäftigen, der noch vor Kurzem im Bundestagswahlkampf den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern versprochen hat: Wenn es in Berlin den endlich von ihm herbeigesehnten Politikwechsel gebe - er meinte damit eine Beteiligung der SPD an der Bundesregierung -, komme auf das Land ein Geldregen von jährlich bis zu 600 Millionen € zusätzlich zu. Man kann das im „Hamburger Abendblatt“ vom 5. Juni 2012 nachlesen. Darin heißt es konkret:

„SPD-Chef Stegner baut auf bis zu 600 Millionen €, die eine rot-grüne Bundesregierung mit einer höheren Besteuerung von Spitzenverdienern, Vermögenden und Erben in die klamme Kieler Kasse spülen könnte.“

Herr Dr. Stegner, das heißt im Umkehrschluss aber doch, da Sie in Berlin mit der Union verhandelt haben, dass Sie ausschließlich auf die Grünen gesetzt haben, dass die das durchsetzen würden; denn Sie haben es in Berlin gegenüber der Union wohl nicht geschafft. Oder wo bleiben Ihre angekündigten 600 Millionen €?

(Beifall FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD]:
- Wolfgang Kubicki [FDP]: Der starke Stegner war zu schwach!)

- Herr Dr. Stegner, Sie waren doch einmal Finanzminister dieses Landes und können - -

(Christopher Vogt [FDP]: Das war eine schöne Zeit, damals! - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Kollege Arp, es tut mir leid, dass ich bei Ihnen schlechte Erinnerungen hervorrufe.

Schauen wir uns doch einfach an, was am Ende in Berlin herausgekommen ist. Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD können wir auf Seite 40 den schnörkellosen Satz lesen:

„Deutschland hat derzeit insgesamt ein zeitgemäßes und wettbewerbsfähiges **Steuerrecht**.“

(Dr. Heiner Garg)

Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall FDP und CDU)

Das ist eine wahrlich neue Erkenntnis. Kollege Arp, das richtet sich auch an die Adresse der Union: Wer in einem Koalitionsvertrag wider besseren Wissens einen solchen Unsinn formuliert, der hat in der Steuerpolitik wirklich jeden Gestaltungsanspruch aufgegeben.

(Beifall FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Landesregierung, Sie haben großes Glück, was die **Rahmendaten** anbelangt: Sie haben von der Vorgängerregierung einen grundsoliden Haushalt übernommen. Dafür konnten Sie gar nichts. Sie haben durch die Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung in jedem Jahr strukturell 50 Millionen € und einmalig 100 Millionen € mehr eingenommen. Seit Ihrem Amtsantritt segeln Sie mit **konjunkturellem Rückenwind**.

Was aber machen Sie aus all diesen guten Voraussetzungen? - Ihnen fällt nichts besseres ein, als eine Steuer zu erhöhen. Herr Kollege Stegner, ich kann verstehen, dass Sie in irgendeinem Bereich Spitze sein wollen. Dass Sie dazu die Höhe der **Grunderwerbsteuer** gewählt haben, ist zwar bedauerlich, aber es ist ehrlich, denn dies ist die Dokumentation Ihrer gescheiterten Regierungspolitik. Mit dieser Steuererhöhung erschweren Sie es jungen Familien, sich den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen. Gerade im Hinblick auf die Frage der Altersvorsorge von Menschen sage ich: Auch hier erschweren Sie den Eigentumserwerb. Das von der Frau Kollegin Kalben propagierte Konjunkturprogramm für das Handwerk, also das Baugewerbe, richten Sie dadurch eher zugrunde, statt in diesem Bereich ein Konjunkturprogramm aufzulegen.

Aber nicht nur die aus Ihrer Sicht vermögenden Eigenheimbesitzer, sondern auch die Mieter werden durch Sie durch eine höhere Grunderwerbsteuer belastet. Eine höhere Grunderwerbsteuer wird den dringend benötigten Neubau von Wohnungen in den Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten nicht begünstigen, sondern erschweren. Wir benötigen im Wohnungsbereich aber zusätzliche Angebote, denn nur so lässt sich die starke Nachfrage, die es in einigen Orten des Landes gibt, befriedigen.

Die paradoxe Antwort auf den partiellen Wohnungsmangel auch in Schleswig-Holstein ist eine Mietpreisbremse auf Bundesebene. Sie wollen das Angebot also an beiden Enden verknappen: Auf der

einen Seite beschneiden Sie die Möglichkeiten, Mieten zu erhöhen, um damit Menschen die Möglichkeit zu geben, zu bauen, und auf der anderen Seite verteuern Sie das Wohnen. Herr Dr. Stegner, wie unsinnig ist das denn?

(Beifall FDP und vereinzelt PIRATEN)

Mit Ihren Äußerungen zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer versucht die Landesregierung, die Menschen im Land für dumm zu verkaufen. Ich will dies an zwei Beispielen deutlich machen:

Erstens. Die Finanzministerin führt bei der Vorstellung der Haushaltseckwerte am 12. März dieses Jahres in ihrer Pressemitteilung „Konsolidierung mit Vernunft und Perspektive“ folgendes Argument für die Erhöhung der Grunderwerbsteuer an:

„Für private Immobilienkäufer wird die höhere Belastung gegenwärtig durch das sehr niedrige Zinsniveau aufgefangen.“

Frau Heinold, hier versuchen Sie, mit Halbwahrheiten die unnötige und schädliche Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu begründen. Fakt ist: Eine **Koppelung der Grunderwerbsteuer an das Zinsniveau** ist nirgends verankert, noch war diese je vorgesehen. Sie senken die Grunderwerbsteuer ja nicht, wenn sich das Zinsniveau wieder ändert. Die höhere Belastung für die Bürgerinnen und Bürger ist klar auf Dauer angelegt. Da hilft es auch nicht, wenn Frau von Kalben sich hier hinstellt und sagt: Im nächsten Jahr kostet das mehr. Sie sollten den Mut haben, zu sagen, das wird auf Dauer mehr kosten. Sie behaupten hier also schlicht die Unwahrheit.

Zweitens hat Herr Innenminister Breitner auf dem Landesverbandstag von „Haus & Grund“ am 14. Juni dieses Jahres gesagt, die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sei wohnungspolitisch nicht sinnvoll, aber fiskalpolitisch unvermeidlich. Hört, hört! - Herr Innenminister, mit Verlaub: Das ist schlicht falsch. Die Obergrenze beim strukturellen Defizit wäre auch ohne eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer eingehalten worden. Dass dies geht, können Sie an den viel kritisierten Änderungsanträgen der FDP sehen.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, in der Finanzpolitik dieses Landes sind weit und breit weder Nachhaltigkeit noch Weitsicht erkennbar. Ab **2020** muss dieses Land einen **strukturell ausgeglichenen Haushalt** vorlegen. Ab 2020 müssen wir aus eigener Kraft und ohne Unterstützung Dritter unsere Aufgaben bewältigen. Im Hinblick auf dieses Ziel ist das,

(Dr. Heiner Garg)

was uns heute als Schwerpunktsetzung der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen präsentiert wird, geradezu verhängnisvoll.

Herr Ministerpräsident, Sie scheinen der Einzige in dieser Koalition zu sein, der zumindest über die richtigen Erkenntnisse verfügt. Am 23. Januar dieses Jahres haben Sie bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs 2013 folgende weise Sätze gesagt:

„Jeder gute Haushalt muss von Wachstum reden. Jeder gute Haushalt muss die Wachstumskerne, die ein Land hat, identifizieren und freisetzen.“

Und weiter:

„Wir wissen, dass Steuermehreinnahmen im Kern nicht über Steuererhöhungen zu generieren sind. Im Kern geht es um Wachstum. Wir wollen gemeinsam wachsen, gemeinsam mit den Regionen um uns herum.“

Herr Albig, wie viel die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen von Ihren Worten halten, haben Sie mit dem uns heute präsentierten Haushaltsentwurf dokumentiert, nämlich gar nichts. Sie sind Frühstücksdirektor einer Tu-nichts-Regierung, deren Ressortchefs im Großen und Ganzen keinen Plan und keine Ahnung haben, wie sich das Land weiterentwickeln soll.

(Widerspruch Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, ich wusste, dass dieser Einwand kommt. Wenn Sie doch etwas tun, dann werden im Kabinett Gesetze durchgewinkt, die dem Land eher schaden. Ich darf an Ihr Tariftreuegesetz, an Ihr Mindestlohngesetz oder an Ihr Korruptionsregistergesetz erinnern. Wo also sind die Maßnahmen für mehr **Wachstum**? - Wo sind nach anderthalb Jahren Ihrer Regierung die Initiativen zur Erhaltung und Erhöhung der Wirtschafts- und Steuerkraft in Schleswig-Holstein geblieben? - Fehlanzeige. Ihre sogenannte Küstenkoalition dümpelt vor sich hin und veranstaltet hier und da ein bisschen Politiklimbim zur ausschließlichen Befriedigung Ihrer eigenen Klientel.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, Wachstum und Sparen sind kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Ein flächendeckendes Gemeinwesen von hoher Qualität, ein gut ausgebauter Sozialstaat, ein lebenswertes Umfeld; dies alles muss bezahlt werden. Herr Stegner, das vergessen Sie manchmal, wenn Sie sich hier mit Verve für das, was Sie für sozial

gerecht halten, einbringen. Irgendjemand muss das bezahlen. Dafür brauchen wir eine dauerhaft höhere Steuerkraft des Landes.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Ach! Eine höhere Steuerkraft heißt doch nicht höhere Steuern. Wir müssen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass mehr Steuern generiert werden können, Frau Kollegin.

(Beifall FDP - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Herr Ministerpräsident und auch der Herr Verkehrsminister haben es richtig erkannt: Unser Land braucht beispielsweise die A 20, um seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern. Es geht nicht - wie während der letzten Plenardebatte zur Verkehrsinfrastruktur von einigen Kollegen von den Grünen behauptet - um Autobahnstummel. Es geht vielmehr um die zentrale Ost-West-Achse dieses Landes. Investitionen in den Straßenbau und die Infrastruktur müssen dauerhaft gesteigert werden. Die „New York Times“ hat kürzlich in einem Artikel alarmierend festgestellt, Deutschlands Infrastruktur altere in einer Weise, die das wirtschaftliche Wachstum unterminiere. - Ihnen mag dies relativ egal sein, Herr Kollege Andresen. Mir ist das nicht egal.

(Beifall FDP)

Ich habe dazu ein passendes Zitat herausgesucht:

„Eine moderne und effiziente öffentliche Infrastruktur einschließlich einer starken Wissenschaftsbasis ist ein wesentliches Merkmal einer dynamischen Arbeitsplätze schaffenden Wirtschaft. Es ist wichtig sicherzustellen, dass sich die öffentlichen Ausgaben in ihrer Zusammensetzung auf diejenigen Tätigkeiten konzentrieren, die dem Wachstum und der Förderung des notwendigen Strukturwandels am besten dienen.“

Ich hatte eigentlich vermutet, dass die Sozialdemokraten an dieser Stelle zustimmend klatschen.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

Ich habe nämlich soeben aus dem sozialdemokratischen Jahrhundertpapier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“, dem sogenannten „Schröder-Blair-Papier“ zitiert. Es zeigt, dass die Sozialdemokraten vor einigen Jahren weitaus fortschrittlicher waren, als die Sozialdemokratie dies offensichtlich heute ist, und ihrer Zeit voraus waren.

(Dr. Heiner Garg)

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Warum zitieren Sie eigentlich so viel?)

- Ach, Herr Kollege Stegner, ich beschäftige mich leidenschaftlich gern sowohl mit mir als auch mit der Freien Demokratischen Partei. Aber heute beschäftige ich mich ausnahmsweise mal mit dem Landeshaushalt für das Land Schleswig-Holstein. Und hier hat eine kürzlich veröffentlichte Studie des Forschungsinstituts Prognos mit dem „Zukunftsatlas“ bestätigt, dass der Norden mit seiner Wirtschaftskraft zunehmend den anderen Bundesländern hinterherhinkt. Auf diese Studie angesprochen erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion - ich wusste gar nicht, dass Sie so etwas haben - den „Kieler Nachrichten“ am 9. November 2014 Folgendes:

„Schleswig-Holstein punktet durch seine sehr hohe Lebensqualität, diese lässt sich nicht allein am Einkommen festmachen.“

So ähnlich versuchte ja auch die Kollegin von Kalben uns auf ihre etwas gruselige Fahrt durch ihre schleswig-holsteinische Familie, wie sie es nannte, mitzunehmen. Herr Kollege Schulze, wenn wir den Menschen im Land keine **wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven** geben, dann werden sie bedauerlicherweise auch keine Perspektive in diesem Land haben. Dann hat Schleswig-Holstein möglicherweise eine hohe Lebensqualität, bedauerlicherweise aber eben keine jungen Menschen mehr.

Die Einlassung des Kollegen Schulze suggeriert doch, dass wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität einander ausschließen. Glauben Sie wirklich, dass es schrecklich ist, in Bayern oder Baden-Württemberg zu leben? Mit diesem Satz hat der Herr Kollege Schulze vor allem Ihre eigene Resignation offenbart. Die Einschätzung der Menschen trifft er damit jedenfalls nicht.

Im Übrigen, Kollege Stegner, regnet das Geld ja nicht wie Manna vom Himmel, auch wenn die Landesvorsitzende der Grünen, Ruth Kastner, in diesem Jahr genau das verkündet hat. Wirtschaftliche Stärke und ein hohes Steueraufkommen sind eben nicht irgendwie gegeben, sondern müssen jeden Tag neu erarbeitet werden.

Das hat zumindest der Ministerpräsident erkannt, der sich in einem Interview mit dem „Flensburger Tageblatt“ vom 4. November 2013 - das ist also noch gar nicht so lange her - auf die Volksrepublik China bezogen hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie zitieren ja schon wieder!)

Ich dachte, Herr Stegner, ich lerne einmal ein bisschen von Ihnen. Sie zitieren doch auch immer so leidenschaftlich. Und da habe ich gedacht, ich müsste diesmal auch ein paar Zitate bringen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Unsere Zitate sind aber gut, Herr Kollege! - Lachen FDP)

- Donnerwetter! Sie wollen also behaupten, wenn ich jetzt Ihren Ministerpräsidenten zitiere, dann ist das kein gutes Zitat. Das ist doch auch einmal eine Aussage.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich habe gar nicht gedacht, dass dieser Tag angesichts des vorliegenden Haushalts noch schön werden kann.

(Beifall FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der massiven vorauseilenden Kritik des Fraktionsvorsitzenden der größten regierungstragenden Fraktion erlaube ich mir trotzdem, den Ministerpräsidenten zu zitieren:

„Hier gilt noch ganz urständig das Motto, dass ich mich selber anstrengen muss, um erfolgreich zu sein. Das gerät manchmal in einem so wohlhabenden Land wie dem unseren etwas in Vergessenheit. In einer Welt wie China, die im Kindergarten anfängt, an den Wettbewerb zu denken, ist der Schritt nach Europa auch einer, der unter diesem Aspekt gesehen wird.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so schonungslos und klar hat bisher noch kein Ministerpräsident mit der bisherigen Regierungspolitik und der eigenen Schwerpunktsetzung abgerechnet.

(Beifall FDP)

Herr Albig, ich würde mich freuen, wenn Sie den Erkenntnisgewinn, den Sie offensichtlich auf Ihren Auslandsreisen gelegentlich erlangen, auch daheim in konkrete Maßnahmen einfließen lassen würden.

(Beifall FDP)

Vielleicht - das wäre die zweite Variante, die ich Herrn Stegner sozusagen als Exit-Option anbiete - war es aber auch nur der nette Versuch, den Liberalismus neu für die Sozialdemokratie zu entdecken. Das klingt aber in diesem Zusammenhang eher albern.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Wie könnte ich da widerstehen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da ich ein bisschen älter als Sie bin, erlaube ich mir, Ihnen einmal einen Rat zu geben. Ich finde es prima, wenn Sie versuchen, auch ein paar schöne Zitate zu bringen. Ich rate Ihnen trotzdem, sich a) auf wenige zu beschränken und die b) nicht nur zu lesen, sondern auch noch zu verstehen und sinngemäß anzuwenden.

Der Herr Ministerpräsident hat nämlich bei seinem Besuch in China darauf hingewiesen, welche Unterschiede es zwischen den Ländern gibt. Wenn mich nicht alles täuscht, ist Deutschland in den letzten Jahren nicht von der Sozialdemokratie regiert worden. Und das, was da festgestellt worden ist, bezog sich eher auf Ihr Mittun.

Ich habe mir mit voller Begeisterung am letzten Wochenende einmal angeguckt, wie der FDP-Bundesparteitag diese Leistung bei dem Kollegen Rösler, der das so dargestellt hat, selbst bewertet hat. Dazu habe ich keine Fragen mehr, und Zitate sind gar nicht nötig. Insofern glaube ich: Lesen, verstehen und dann, wenn Sie das verstanden haben, es auch noch zu zitieren, das ist die richtige Reihenfolge.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Ich weiß gar nicht, womit ich es verdient habe, einen solch individuellen Privatunterricht vom größten Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins zu bekommen. Ich nehme das jetzt einfach mal so mit, bedanke mich sehr herzlich für diese nicht mehr ganz so frühe Nachhilfestunde

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

und möchte trotzdem, auch wenn Sie mir gerade davon abgeraten haben, ein kurzes Zitat bringen,

(Lachen SPD)

das ich gelesen habe. Ich glaube, Herr Stegner, ich habe es sogar verstanden. Ich glaube es.

(Zuruf: Zitieren Sie jetzt Stegner?)

Nein, ich zitiere nicht Stegner, sondern ich möchte **Willy Brandt** zitieren, den Sie ja heute Abend ehren wollen. Willy Brandt hat in seiner Abschiedsrede auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin am 15. September 1992 die passenden Worte gefunden, die, wie ich meine, auch sehr schön zur jetzigen Regierungspolitik passen. Er sagte nämlich - ich zitiere -:

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer.“

Gemütlichkeit und Behäbigkeit waren und sind keine guten Begleiter für Regierungsverantwortung. Tauschen Sie diese endlich gegen Beharrlichkeit und Entschlossenheit ein, und lassen Sie sich nicht von der Kritik manch anderer aus Ihren eigenen Reihen, Herr Ministerpräsident, ins Bockshorn jagen. Sie haben nämlich den Auftrag, die Politik in diesem Land zu gestalten und nicht nur zu verwalten und dann und wann schöne Reden zu schwingen, denen man manchmal mehr und manchmal weniger gern zuhört.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die **FDP-Fraktion** hat einen **Änderungsantrag** für den Haushaltsentwurf vorgelegt, der - das sehen die regierungstragenden Fraktionen naturgemäß anders - aus unserer Sicht sehr wohl mit dem Dreiklang von „Nachhaltigkeit, Weitsicht und Sparsamkeit“ das Land auf die Herausforderungen der Zeit vorbereitet. Die FDP hat damit einen Vorschlag vorgelegt, der **Kürzungen klar benennt**.

Ich sage dies auch einmal in Richtung derjenigen, die glauben, in Einzeljets globale Minderausgaben zu buchen und damit von solider Gegenfinanzierung ihrer Vorschläge reden zu können. Auch das ist ein etwas merkwürdiges Verständnis, Herr Kollege Koch, von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

(Beifall FDP)

Wir benennen die Kürzungen klar und lassen uns auch dafür kritisieren. Ich sage trotzdem: Sparen ist für uns kein Selbstzweck. Wir haben immer gesagt, wir möchten uns Freiräume erarbeiten, um genau diese Freiräume dann auch zu investieren.

Unser Ziel richtet sich nicht danach, bereits **2017** einen **strukturell ausgeglichenen Haushalt** vorzulegen, aber bis dahin jegliche Gestaltungskraft und jegliche Wachstumsimpulse an der Garderobe abzugeben. Für uns war und bleibt Politik mehr als nur das Erstellen, Analysieren und Interpretieren von irgendwelchen Excel-Tabellen. Politik und da-

(Dr. Heiner Garg)

mit auch Haushaltspolitik müssen am Ende immer einen erkennbaren Mehrwert erzielen.

Schwerpunktsetzung bedeutet Verantwortung, **Pauschalkürzungen** dagegen Furcht und die Flucht vor Verantwortung. Deswegen, Herr Dr. Stegner, zitiere ich auch an dieser Stelle gern den Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der sagte:

„Der Rasenmäher ist ein Instrument für die Gartenpflege, aber nicht für die Finanzpolitik.“

(Beifall FDP)

Die FDP stellt sich ihrer Verantwortung und nennt ganz konkret Ross und Reiter. Kreative Buchführung hat im Übrigen schon bei den deutschen Landesbanken bleibende Spuren hinterlassen. Deswegen würde ich jeder Kollegin und jedem Kollegen auch aus der Opposition abraten, bestimmte Ausgabenwünsche durch kreative Buchführung zu finanzieren.

Herr Andresen, ich habe Ihre Pressemitteilung zu unseren Haushaltsanträgen nicht nur aufmerksam gelesen, sondern ich habe mir auch eingebildet, sie verstanden zu haben. Ich versuche es jedenfalls einmal, indem ich auf die damit aufgeworfenen Fragen eingehe.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zitieren Sie jetzt mich?)

- Ach wissen Sie, so historisch bedeutend sind Sie dann doch noch nicht, dass ich Sie jetzt zitieren würde. Da müssen Sie schon noch ein bisschen dran arbeiten, Herr Kollege Andresen.

Sie haben aber recht, wenn Sie sagen, dass unsere Änderungsanträge eine höhere **Nettokreditaufnahme** in Höhe von 58 Millionen € vorsehen. Das ist so, Herr Andresen, weil wir im Gegensatz zu den regierungstragenden Fraktionen auf die **Erhöhung der Grunderwerbsteuer** verzichten wollen. Würden wir das nicht tun, wäre die Nettoneuverschuldung geringer als bei Ihnen. Sie aber nehmen offensichtlich für Ihr Steuererhöhungsmantra auch eine konjunkturelle Abkühlung und eine höhere Belastung junger Familien in Kauf; denn genau die werden Sie mit Ihren Steuererhöhungen treffen.

(Wortmeldung Abg. Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Da können Sie gern noch einmal nachfragen. Ich gestatte also diese Zwischenfrage.

Präsident Klaus Schlie:

Damit haben Sie das Wort, Herr Abgeordneter Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Garg, glauben Sie eigentlich, dass Ihr Konzept, also der Verzicht auf die Grunderwerbsteuererhöhung und die Übernahme des Tarifabschlusses, dafür aber keine strukturellen Einsparungen zu benennen, den **Stabilitätsrat** überzeugt?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ach, wissen Sie, Herr Kollege Andresen: Glauben, das tun manche Menschen in der Kirche. Ich dagegen bin davon überzeugt, dass wir auf eine unsinnige Steuererhöhung verzichten sollten zugunsten von Wachstumsimpulsen, insbesondere für das Bauhandwerk in Schleswig-Holstein. Das sichert Arbeitsplätze. Das schafft eine höhere Wirtschaftskraft und dadurch letztlich auch höhere Steuereinnahmen. Das überzeugt den Stabilitätsrat mit Sicherheit mehr als eine Steuererhöhung.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, es besteht der Wunsch nach einer Zusatzbemerkung.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Selbstverständlich.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen - ich dachte, das wissen Sie als ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident -, dass man dem Stabilitätsrat strukturelle Blöcke benennen muss und dass man nicht auf ein mögliches Wachstum in der Zukunft verweisen kann.

- Ach, Herr Kollege Andresen, ich nehme das jetzt ganz großmütig zur Kenntnis.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Sie sind ja ein ganz Schlauer.

(Heiterkeit)

Zum ersten Mal meldet sich der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion bei diesem Thema, der übrigens im Finanzausschuss noch so tapfer für ein **Prüfungsrecht** des **Landesrechnungshofs** gestimmt hat. Das war zwar nicht in der

(Dr. Heiner Garg)

letzten Sitzung, aber Sie wissen, wovon ich spreche. Insofern freue ich mich sehr, dass Sie aufgewacht sind, Herr Kollege Winter.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

Herr Kollege Andresen, Ihr Vorwurf, unsere Kosten würden dafür sorgen, dass der Haushaltsplanentwurf explodiert, ist überhaupt nicht belegbar. Im Gegenteil, alle Ausgaben sind solide gegenfinanziert. Ihre Fraktionsvorsitzende hat zwar versucht zu erklären, unsere Vorschläge seien irgendwie unsozial und im Übrigen nicht lebensbejahend. Das mögen Sie so sehen. Sie verletzen aber nicht die verfassungsrechtlich vorgegebene Verschuldungsgrenze. Also explodiert da auch gar nichts. Es wäre nett gewesen, wenn an dieser Stelle der Intellekt explodiert wäre, bevor man eine Pressemitteilung schreibt.

Ihre Klage, die FDP würde mit dem Verzicht auf **Zinssicherungsgeschäfte** spekulieren, ist geradezu lächerlich. Mit den zusätzlichen Zinssicherungsgeschäften spekulieren nämlich Sie und niemand anderes.

(Beifall FDP)

Die Finanzministerin hat uns in der Sitzung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche erklärt, dass auch ihr derzeit keinerlei Informationen über absehbar höhere Zinsen vorlägen. Sie hat dargestellt, dass sie im kommenden Frühjahr beim Kapitalmarktgespräch mit Vertretern von Banken über das weitere Vorgehen beraten werde. Außerdem sagte sie, dass sie dann den Blick in die Glaskugel werfen werde.

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Kollege Winter. Das wird Sie freuen. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion nahm in diesem Zuge sogar das Wort „Spekulation“ in den Mund. Herr Andresen, Sie sehen also, das Eingehen und nicht der Verzicht auf solche Geschäfte bedeutet Spekulation. Sie spekulieren mit 30 Millionen € Steuergeldern.

(Beifall FDP - Zuruf Lars Winter [SPD])

- Herr Winter, natürlich sind auch frühere Landesregierungen Zinssicherungsgeschäfte eingegangen, dies sogar zu Recht. Wir kritisieren lediglich, dass die zusätzlich von Ihnen beantragten 30 Millionen € pure Spekulation sind. Dieses Geld kann man an anderer Stelle sinnvoller ausgeben. Deswegen brauchen Sie sich hier gar nicht so aufzublasen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung beziehungsweise -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Wir hatten zwar schon Privatunterricht, aber meinetwegen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege, ich bin so beeindruckt von der intellektuellen Brillanz Ihrer Rede, dass es mich einfach drängt, nachzufragen, ob ich das alles richtig verstanden habe.

Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie Ihre Rede mit der Bemerkung eingeleitet - zugegebenermaßen ein bisschen missvergnügt -, wie viel Glück diese Regierung habe. Wenn aber die Finanzministerin Vorsorge trifft, damit wir auch in Zeiten durchs Leben kommen, in denen das Glück nicht auf unserer Seite ist, dann kritisieren Sie das als einen falschen Umgang mit Steuergeldern. Spekulationen sind eher das, worauf sich Ihre Partei in einer anderen Hinsicht versteht. Was Frau Heinold macht, ist aber keine Spekulation, sondern kluge Vorsorge. Sie hat dafür die Zustimmung der gesamten Regierungskoalition.

(Vereinzelter Beifall SPD)

- Herr Dr. Stegner, zunächst einmal bin ich ganz und gar nicht missvergnügt. Natürlich gebe ich zu, dass wir uns zu unserer Regierungszeit so sprudelnde Steuerquellen gewünscht hätten. Das ist gar keine Frage. Ich freue mich aber wirklich für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, dass die Möglichkeiten gegeben sind, mehr in die Infrastruktur und in die Leistungsfähigkeit des Landes zu investieren. Dass ich Sie kritisiere, das ist meine Aufgabe, der ich auch gern gerecht werden möchte. Ich weise aber aufs Schärfste zurück, dass ich missvergnügt sei an diesem wunderschönen Mittwochvormittag.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich hält die FDP-Fraktion an der bewährten und bisher durchgeführten Praxis der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst fest. Damit sowie mit der Erhöhung der **Erschwerenizulage für Polizeibeamte** wollen wir Schleswig-Holstein und den öffentlichen Dienst im Wett-

(Dr. Heiner Garg)

bewerb um die besten Fachkräfte stärken. Vor allem wollen wir die täglich geleistete harte Arbeit der Menschen anständig honorieren. Die Erschweriszulage ist seit Mitte der 90er-Jahre nicht mehr erhöht worden. Ich finde es schlichtweg peinlich, wenn Sie dazu sagen, das würde den Stabilitätsrat nicht begeistern.

Ich glaube auch nicht, dass es die Beamtinnen und Beamten begeistert, wenn man ihnen das nicht zukommen lässt, was ihnen zusteht, Herr Kollege Andresen. Da muss man gar nicht erst mit Ihren merkwürdigen Philosophien über die Abschaffung des Berufsbeamtentums kommen. Man muss sich einfach einmal fragen, wie wir zukünftig die anspruchsvollen Aufgaben des Landes bewältigen wollen, wenn man durch Arbeitsverdichtung infolge eines anspruchsvollen Personalabbautableaus den Menschen noch nicht einmal den Lohn zukommen lässt, der ihnen zusteht.

(Beifall FDP)

Wir bekennen uns dazu, dass wir in den Haushalt 2014 die **zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifvertrages** einstellen wollen.

Zudem wollen wir mit zusätzlichen Mitteln den Zustand der Landesstraßen verbessern und den über Jahrzehnte aufgelaufenen Sanierungsstau bei den schleswig-holsteinischen Krankenhäusern abbauen. Damit wollen wir Ihre falsche **Schwerpunktsetzung** korrigieren. So gönnen Sie sich zum Beispiel für eine **Biotopkartierung**, die Sie sich noch so schönreden können, Frau von Kalben, im kommenden Jahr 1,2 Millionen € und weitere 8,5 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen in den folgenden Jahren. Ich glaube, in den schleswig-holsteinischen Krankenhäusern sind 10 Millionen € für den Abbau des Sanierungsstaus besser angelegt angesichts der immer älter werdenden Gesellschaft.

(Beifall FDP)

Es ließen sich weitere Beispiele für Ihre vollkommen fehlgeleitete Schwerpunktsetzung aufzählen. Sie halten an zwei kleinen **Haftanstalten in Flensburg und Itzehoe** fest, obwohl Sie genau wissen, dass daraus Nachteile für die Häftlinge erwachsen werden. Sie wissen doch, dass gerade in kleinen Gefängnissen die Möglichkeiten für Therapieangebote im Vergleich zu den großen Haftanstalten nur sehr unzureichend sind. Das schadet sowohl den betroffenen Häftlingen als auch der Gesellschaft; denn die Resozialisierung wird so unnötig erschwert. Meine Damen und Herren, das ist rein regionalpolitische Klientelpolitik, die Sie da veran-

stalten, aber keine weit vorausschauende Haushaltspolitik.

(Beifall FDP)

Lassen Sie mich zu Ihrer großartigen Bildungspolitik kommen. Unverständlich sind die von Ihnen geplanten Änderungen im Bereich der Ersatzschulfinanzierung. Ich weiß gar nicht genau, ob Sie wirklich alle wissen - auch nach dem fulminanten und brillanten Beitrag des Kollegen Stegner -, welche Auswirkungen diese geplanten Änderungen bei der Ersatzschulfinanzierung tatsächlich haben werden.

Sowohl die Bildungsministerin als auch die Sozialministerin sprechen immer davon, den Fachkräftemangel bekämpfen zu wollen, und loben ihre Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“ über den grünen Klee. Wie können wir Sie bei diesem Thema eigentlich noch ernst nehmen, wenn Sie gleichzeitig den Ersatzschulen, den privaten beruflichen Schulen, aber auch den Gymnasien die Luft zum Atmen nehmen und damit den Fachkräftemangel aus rein ideologischen Gründen verschärfen wollen?

(Beifall FDP)

Die Stellungnahmen aus der Wirtschaft, insbesondere aus dem lebensmittelverarbeitenden Bereich, sind doch mehr als deutlich ein Beweis dafür, dass Sie mit Ihrem Vorhaben komplett danebenliegen.

Auch die Schulen selbst haben in der schriftlichen und mündlichen Anhörung unmissverständlich erklärt, dass sie durch die geplanten Änderungen in ihrer Existenz gefährdet seien. Da nützt es nichts zu sagen: „Wir gucken uns das im nächsten Jahr an“, oder: „Wir führen einen Dialog mit den Schulen“, und: „Wenn es schiefgeht, reden wir darüber, was wir ändern wollen“. Wenn die Schulen in entsprechenden Schwierigkeiten sind, wenn sie schließen müssen, weil Sie ihnen die Mittel verweigern, weil Sie sich möglicherweise verrechnet haben, dann helfen Ihnen ein Dialog und ein „Wir schauen einmal“ nicht weiter. Wir bieten Ihnen deshalb an: Schließen Sie sich dem Antrag der FDP-Fraktion nach einem Moratorium an! Das verhindert die grundsätzlich notwendige Reform der **Ersatzschulfinanzierung** nicht. Das verhindert aber im kommenden Jahr, im Haushaltsjahr 2014, dass sich eine Schule schlechterstellt.

Es ist richtig, dass sich nach Ihren vorliegenden Plänen einige Schulen besserstellen. Es ist aber genauso richtig, dass sich einige so schlecht stellen, dass sie um ihre Existenz bangen müssen. Deswegen appelliere ich zumindest an dieser Stelle dafür,

(Dr. Heiner Garg)

von dem reflexhaften regierungstragenden Fraktionsgehebe abzusehen, die ausgestreckte Hand der Opposition anzunehmen und sich dem Moratorium anzuschließen. Damit gewährleisten Sie nämlich das Überleben der Schulen, deren Existenz Sie mit Ihren Vorschlägen aufs Spiel setzen.

(Beifall FDP)

Lassen Sie mich von den freien Schulen zur Erwachsenenbildung kommen. In Ihrem Koalitionsvertrag heißt es:

„Unser Ziel ist es, Bildungsgerechtigkeit zu schaffen und jedem Kind, aber auch Erwachsenen mit Bildungsdefiziten unabhängig von ihrer jeweiligen sozialen Herkunft Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Sie sollen sich den eigenen Fähigkeiten nach aus-, fort- und weiterbilden können, damit sie eine realistische Chance auf einem Arbeitsmarkt erhalten, der immer größere Anforderungen an die Qualität der schulischen und beruflichen Ausbildung stellt.“

Wie wahr, meine Damen und Herren von der Küstenkoalition! Diese Ansprüche in den Koalitionsvertrag zu schreiben und dann gleichzeitig eine einmalige Weiterbildungsinfrastruktur sinnbefreit und ohne jeden Grund zu zerstören, das nenne ich schlicht zynisch.

(Beifall FDP)

Wir haben in unserem Land eine vorbildliche Weiterbildungsinfrastruktur etabliert, um die uns im Übrigen andere Länder beneiden.

Ohne **Weiterbildung** können wir weder technologischen Wandel bewerkstelligen noch unser Wohlstandsniveau halten, geschweige denn das Wohlstandsniveau erhöhen. Wenn sich nun einzelne Personen in der Landesregierung so eigensinnig, ja geradezu eigenwillig über die wenigen sinnvollen Elemente des Koalitionsvertrags hinwegsetzen, dann frage ich Sie, Herr Dr. Stegner: Warum haben Sie das überhaupt irgendwann einmal hineingeschrieben?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Bedeutungsschwanger lassen wir die Frage schweben!)

- Wie können Sie dann ja - - Nein, das wäre jetzt unparlamentarisch.

Der Landesrechnungshof hat in seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2014 den regierungstragenden Fraktionen und dieser Landesregierung ins Stammbuch geschrieben, dass sie die Schwerpunkte falsch setzen. Die Finanzministerin wies diese Kri-

tik offen zurück und erklärte gegenüber den „Kieler Nachrichten“ am 15. November:

„Der Haushaltsentwurf 2014 trägt die objektiven Merkmale eines Konsolidierungshaushalts.“

Bei allem Respekt vor der Finanzministerin, vor den Kolleginnen und Kollegen im Kabinett: Wenn Sie das, was Sie uns heute vorgelegt haben, wenn Sie das, was heute zur Beratung ansteht, ernsthaft als Konsolidierungshaushalt und als Ausweis eigenen Regierungshandelns und als richtige Schwerpunktsetzung definieren, dann glauben Sie auch noch an den Mann mit der roten Zipfelmütze und dem weißen Bart, den die Amerikaner Santa Claus nennen und der in den USA am 25. Dezember den Kindern Geschenke bringt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Der sitzt doch da drüben und hat eine rote Krawatte!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Ich habe, Herr Kollege Stegner, um Ihnen die letzte Zwischenintervention zu ersparen, nicht an Wolfgang Kubicki gedacht, sondern an den Weihnachtsmann. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums in Oldenburg und Mitglieder der AG 60plus des Kreises Schleswig-Flensburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die Piratenfraktion hat der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Herrn Kubicki wird eine rote Mütze definitiv gut stehen.

(Beifall PIRATEN)

Das jährliche Ritual der **Haushaltsberatungen** findet heute und hier seinen Höhepunkt. Wir verbringen heute den ganzen Tag damit, uns gegenseitig

(Torge Schmidt)

vorzuwerfen, dass die neue Landesregierung besser ist als die alte und umgekehrt. Notfalls gehen wir in diesem Schauspiel, in dieser Tragikomödie bis zur Regierung Barschel zurück.

(Lars Winter [SPD]: Das hat keiner gemacht!)

- Das habe ich in diesem Plenum schon gehört.

(Lars Winter [SPD]: Aber nicht heute!)

- Nicht heute, aber generell wurde Herr Barschel in der Kritik schon genannt.

Eines ist ganz sicher: Die jeweils eigene Fraktion ist die bessere, viel Arbeit für die Galerie, und hinterher klopfen sich alle auf die eigene Schulter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, halten Sie dieses Verfahren wirklich noch für zukunftsfähig? Denn es bringt uns nicht weiter. Schließlich kennt jeder im Plenum, die Damen und Herren auf der Pressetribüne, die Gäste im oberen Bereich, auch die Leute draußen, die gerade Steuereinnahmen erarbeiten, die wir hier verteilen, den Ausgang der Debatte. Der Haushaltsentwurf der Koalition wird angenommen, die Anträge der Opposition werden abgelehnt.

(Uli König [PIRATEN]: Überraschung!)

Glauben Sie wirklich, die Menschen draußen interessiert das vorhersehbare Prozedere? Weshalb werden Sie gewählt? Vielleicht bin ich auch etwas blauäugig. Aber ich bin Pirat, weil ich Zukunft gestalten möchte und mich solche Rituale frustrieren. Wir PIRATEN sind dafür angetreten, solche Rituale zu hinterfragen. Warum gehen wir nicht gemeinsam neue Wege?

(Beifall PIRATEN)

Lassen sie uns keine Unterscheidung in konservativ oder liberal machen, keine nach rot, blau, gelb, schwarz und orange. Lassen Sie uns die politische Auseinandersetzung lösungsorientiert führen.

(Beifall PIRATEN)

Lassen Sie uns das vor allem mit gesundem Menschenverstand tun. Ich spreche damit ausdrücklich uns alle in diesem Hohen Haus an. Ich nehme auch uns PIRATEN nicht aus. Jede Fraktion hat ihre Änderungsanträge geschrieben. Es wurden viele geschrieben. Die CDU ist mit 176 Anträgen dabei, die FDP mit 130. Wir haben 48 Anträge geschrieben. Das ist wirkliche Fleißarbeit. Dafür haben Mitarbeiter und Abgeordnete Papier gewälzt und Taschenrechner bedient, einige sogar PCs. Wir alle wussten schon am Anfang, dass diese Anträge größtenteils abgelehnt werden. Ich würde mich wirklich freuen,

wenn es auch nur ein paar wenige schafften, eine Mehrheit zu finden.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Von Ihnen nehme ich immer gerne ein Lob an, Herr Stegner. Schließlich wollen Sie nicht immer eine meckernde Opposition haben. Das haben Sie vorhin doch selber gesagt.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir in diesem Hohen Haus nicht ein gemeinsames Ziel haben, das Ziel, Schleswig-Holstein zukunftsfähig zu gestalten, die Idee einer Strategie für dieses Land? Aristoteles hat einmal gesagt:

„Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.“

Er beschreibt recht gut, wieso ich das Bestehende kritisiere. Denn es sind nicht die lapidaren, oftmals unzureichenden Antworten auf die Haushaltsfragen der Opposition, es geht auch nicht um die 271 Seiten starke **Nachschiebeliste**, die uns zwei Tage vor der Beratungssitzung im Ausschuss vorgelegt wurde. Es ist auch nicht die fehlende Vision, der fehlende Weitblick, die sich im Haushaltsentwurf widerspiegeln. Es ist der gelebte Konservatismus. Denn dieses Ritual jährt sich nicht zum ersten Mal. Diese Tradition muss einmal unterbrochen werden.

Lassen Sie uns gemeinsam eine Zukunft gestalten und genau das tun, wofür wir gewählt wurden. In Zeiten von **Haushaltskonsolidierung** und Schuldenbremse dürfen wir nicht weniger Politik machen, sondern wir müssen mehr Politik machen.

(Beifall PIRATEN)

Genau das haben wir irgendwann während der Haushaltsberatungen bemerkt. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, einen anderen Weg zu gehen. Wir haben uns entschlossen, einen Antrag zu stellen, der unsere Ideen für das Land aufzeigen soll. Die Einwohnerinnen und Einwohner Schleswig-Holsteins haben sich gewünscht, dass wir genau dies tun, nämlich dass wir hier im Parlament daran erinnern, warum wir hier eigentlich sitzen. Wir möchten mit unserem Antrag eine Möglichkeit der Zukunft Schleswig-Holsteins aufzeigen, wir möchten ein Bild zeichnen, zu dem wir einladen, es miteinander zu gestalten. Dieses Miteinander prägt unser Verständnis für Demokratie. Ich bin mir sicher, der SSW sieht das genauso.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Wir bekennen uns zur in der Verfassung verankerten **Schuldenbremse**, weil wir nicht länger auf Kosten der nachfolgenden Generation leben wollen. Zur Verzinsung der in der Vergangenheit von etablierten Fraktionen angehäuften Schulden muss das Land Jahr für Jahr einen Großteil seiner Einnahmen an Banken und Finanziers weiterleiten. Diese Mittel fehlen für die Zukunftsaufgaben unseres Landes, zum Beispiel für die Bildung, was eigentlich der Generationengerechtigkeit widerspricht. Wir könnten das Geld ebenso für soziale Zwecke und andere Landesaufgaben gut gebrauchen. Außerdem macht der Schuldenberg unser Land von Zinsschwankungen und Ratingagenturen abhängig.

Auf der anderen Seite darf die Schuldenbremse nicht als Vorwand dafür genutzt werden, die politischen Handlungsspielräume des Landes zu negieren und strukturelle Veränderungen des Haushalts von vornherein abzulehnen. Denn auch ohne eine weitere **Verschuldung** des Landes verbleiben sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabeseite des Landes erhebliche Spielräume.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Kommen wir zu den harten Fakten. Zunächst muss man ganz nüchtern fragen, ob die Schuldenbremse eingehalten wird. Ich glaube, das ist der Fall. Dennoch hat dieser Haushalt ein strukturelles Defizit in Höhe von knapp 600 Millionen € aufzuweisen. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Da sind Sie, Frau Ministerin Heinold, dieses Jahr vielleicht die Glückliche, Sie sind die schwarze Null.

(Heiterkeit)

Sie sind also die erste Finanzministerin seit 1962, die es schafft, einen Haushaltsvollzug ohne neue Schulden zu erreichen. Das ist gut für Schleswig-Holstein, und eigentlich müssten wir uns darüber freuen. Das ist nicht nur das Ergebnis und der Erfolg der alten Landesregierung, sondern vielleicht auch das der neuen. Es gibt konjunkturell bedingte Effekte, die Sie jetzt glücklich machen. Jedoch muss man dazu sagen, dass wir in Schleswig-Holstein gerade sehr viel Glück haben. Die **Steuereinnahmen** liegen auf einem Rekordhoch, und wir bekommen zusätzliche Mittel aus dem Zensus. Bei all dem Glück dürfen wir nicht vergessen, dass das alles nur konjunkturell bedingte Effekte sind. Strukturell, also wenn man Einmaleffekte wie Steuereinnahmen, die weit über dem Steuertrend liegen, herausnimmt, sieht die Sache ganz anders aus.

Die einzige Antwort, die ich kenne, die wirklich substanziell etwas ändert, ist der **Stellenabbaupfad**. Meine Damen und Herren, wir

alle wissen, dass wir derzeit historisch gesehen die einmalige Chance haben, die Verwaltung und die Strukturen dieses Landes komplett zu überarbeiten. In Schleswig-Holstein werden bis zum Jahr 2020 mehr als 10.000 Beschäftigte altersbedingt ausscheiden. Nutzen wir diese Chance, stellen wir unser Lieblingsland für die Zukunft auf.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Ja, jetzt warten Sie einmal ab! Hier sind Sie auf dem richtigen Weg. Die zentrale Personalabteilung in der Staatskanzlei ist richtig und wichtig. Ich wünsche mir - Herr Albig, das wünsche ich mir wirklich ehrlich -, dass Sie stark genug sind, sich auch gegen die einzelnen Hausspitzen durchzusetzen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Denn die Synergieeffekte entstehen nur, wenn die Aufgaben aus den einzelnen Ministerien dort auch zusammengeführt werden.

Ein wenig Kritik will ich aber doch anbringen, denn, Herr Dr. Stegner, ein bisschen meckern müssen wir ja, um damit zu zeigen, dass wir das System durchaus begriffen haben. Noch einmal etwas zu einem ganz speziellen Bereich im Haushaltsentwurf, bei dem Sie uns kritisieren, und zu dem dahinterstehenden Gedanken: **Sondervermögen** sind doch Tinnef!

(Beifall PIRATEN)

Wir reden darüber, dass wir den Haushalt strukturell entlasten wollen. Mit Sondervermögen tun Sie das vielleicht, aber Sie schummeln. Sie stellen Kernaufgaben, wie die Sanierung von Hochschulen und die Sanierung von Straßen, den Kita-Ausbau und energetische Sanierung, in Sondervermögen ein. Dies tun Sie nur, weil Sie Angst davor haben, ohne dies zu tun, 2019 keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

(Beifall PIRATEN)

Herr Stegner, hierin unterscheiden wir uns. Wir kürzen das Sondervermögen Infrastruktur. Das ist richtig. Aber die volle Höhe der Mittel wird in die Titel eingefügt, in die sie eigentlich gehören, nämlich direkt in die Bereiche, in denen sie auch verwendet werden sollen.

(Beifall PIRATEN)

Herr Stegner, Sie haben uns vorhin vorgeworfen, es gebe hier nur eine Meckeropposition im Landtag. Aber ganz ehrlich muss man sagen: Sie machen es uns auch wirklich nicht leicht.

(Torge Schmidt)

Ich möchte kurz etwas zum Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs sagen. Wir haben dies im Ausschuss diskutiert. Es gibt seit 21 Jahren einen einstimmigen Beschluss des Landtags zu diesem Thema.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Wir haben mit dem Wissenschaftlichen Dienst des Landtags einen Änderungsantrag ausgearbeitet, wir haben im Ausschuss darüber diskutiert und waren der Meinung, dass wir dazu einen gemeinsamen Antrag vorlegen wollen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder -frage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern doch.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Schmidt, ich bekenne zwar freimütig, dass wir uns nicht primär bemühen, es Ihnen leicht zu machen. Ich will gern einräumen, dass das nicht der Hauptkern unseres Anliegens ist, aber das mit dem Sondervermögen möchte ich gern noch einmal erklären. Deshalb stimmte vorhin auch die Kritik. Es ging für uns darum sicherzustellen, dass die Mittel, die wir für die Projekte eingestellt haben, uns auch über Jahre hinaus zur Verfügung stehen und wir eben nicht, wenn wir gegen Ende des Jahres Schwierigkeiten haben - wie das gar nicht untypisch ist -, im Zweifelsfall Mittel für Projekte wieder verlieren. Das ist der Kern, warum wir das so ausgestalten. Bei Ihnen kommt am Ende weniger dabei heraus. Das war die Kritik an Ihrem Punkt. Wenn ich Ihnen das noch einmal erläutern durfte, dann haben Sie meinen Vormittag perfekt gemacht.

- Herr Stegner, das verstehe ich durchaus. Aber Sie umgehen doch gerade mit diesen Sondervermögen die Jährlichkeit. Das haben Sie eben doch selbst gesagt. Das kritisieren wir.

(Beifall PIRATEN)

Aber lassen Sie mich zum **Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs** bei der Eingliederungshilfe zurückkommen. Ihr Finanzpolitiker, Herr Winter, hat kurz darauf eine Pressemitteilung herausgegeben

und geschrieben: Wo öffentliche Mittel verwendet werden, müssen sie überprüfbar sein.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Das ist Gegenstand einer Pressemitteilung von Herrn Winter: Für ihn sei das eine Selbstverständlichkeit.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ab heute nicht mehr!)

Und heute, hier und jetzt kippen Sie um. Und Sie sagen, Sie wollten sich mit den Starken anlegen. Das wage ich einmal zu bezweifeln.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Lars Winter? - Bitte schön.

Lars Winter [SPD]: Kollege Schmidt, wollen Sie mir bitte zugestehen, dass der Kollege Stegner eben in seiner Rede gesagt hat, dass wir uns im nächsten Jahr zusammensetzen werden, um uns über dieses Prüfungsrecht und die Modifikation zu unterhalten, um da neue Wege zu gehen? Meine Pressemitteilung geht genau in diese Richtung. Das haben wir im Finanzausschuss auch so angekündigt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich nehme dies zur Kenntnis, wage aber einmal zu behaupten, dass nach 21 Jahren Diskussion zu diesem Punkt eigentlich schon alles gesagt worden ist.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Sie kommen, nachdem wir das wochenlang diskutiert haben, auf einmal an und haben plötzlich Zweifel. Wir wissen doch alle, dass die Sozialverbände das nicht wollen und auf Sie zukommen, dass Sie das deshalb wahrscheinlich noch einmal schieben wollen, noch einmal eine ordentliche Anhörung durchführen wollen. Aber seit 21 Jahren reden wir in diesem Land darüber, dass wir dieses Prüfungsrecht haben wollen. Warum nutzen Sie jetzt nicht einfach diese Chance und ziehen das mit uns durch?

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Winter?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja.

Lars Winter [SPD]: Wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir hinsichtlich des Prüfungsrechts keinen Kontakt zu irgendwelchen Verbänden gehabt haben und somit keine Politik der Verbände machen, sondern uns selbst Gedanken machen? Wollen Sie bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass wir im Finanzausschuss darauf hingewiesen haben, dass hinsichtlich des kommunalen Prüfungsrechts durchaus unterschiedliche Auffassungen vorhanden sind, die wir prüfen wollen?

- Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie keinen Kontakt zu Herrn Baasch haben.

(Beifall, Heiterkeit PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP - Zurufe SPD)

Kommen wir zu etwas anderem. Diese Landesregierung hat das getan, was eigentlich jede Regierung tut, sie hat uns ein neues **Schulgesetz** gegeben. Diese Regierung war aber insofern noch eifriger, als dass sie dieses gleich zweimal getan hat. Wir haben das Vorschaltgesetz bekommen, und wir befinden uns jetzt mitten in den Beratungen zum Rest des Schulgesetzes. Beiden Gesetzentwürfen ist gemeinsam, dass die allermeisten den noch so hoch gepriesenen Bildungsdialo g nicht als ergebnisoffen wahrgenommen haben. Die Wünsche und Ziele, die wir PIRATEN in vielen Punkten und Zielen durchaus teilen, passen oft nicht mit der Schulwirklichkeit zusammen. Knappe Ressourcen, dramatisch und regional sehr unterschiedlich sinkende Schülerzahlen, ein strukturelles Defizit in der Lehrerversorgung von rund 1.600 Stellen, über das keiner mehr öffentlich sprechen will, weil es sowieso niemand beseitigen kann, und mindestens 1.000 fehlende Stellen für Inklusion sind Faktoren, die unsere Schulen in ihrer Entwicklung nachhaltig lähmen.

Weil das alles sehr unbequem ist und eine Störung im Blick auf die schöne rosa Welt durch die rot-grün-blaue Brille darstellt, schweigt man sich dazu aus. Weil damit alles gesagt ist, braucht man jetzt nur noch einen Bildungsdialo g, der - so sagte die Ministerin im Ausschuss - in kleinerem Format fortgesetzt wird.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Dolgner, Sie stellen immer so viele Zwischenfragen. Ich glaube, es wird noch einmal um das Prüfungsrecht gehen, nur zu.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Nur zu - mit anderen Worten, Sie sind damit einverstanden. - Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ja, Herr Schmidt, das haben Sie an der Stelle richtig vermutet. Es tut mir leid, dass die Aufmerksamkeit, die zur Zwischenfrage geführt hat, erst so spät kam. Es wird immer behauptet, dass mit der Änderung des KPG ein Prüfungsrecht der Einrichtungen verbunden wäre, was auch die parlamentarische Forderung gewesen ist. Was sagen Sie zu dem folgenden Satz aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes vom 13. November 2013, Seite 3:

„Dies eröffnet dem Landesrechnungshof hingegen nicht die Möglichkeit, eine Prüfung der Einrichtungen der Eingliederungshilfe vorzunehmen. Prüfungsgegenstand bleibt vielmehr die Prüfung der betreffenden kommunalen Körperschaft. Die übergeleitete Prüfung bei den Einrichtungen der Eingliederung dient ausschließlich dem Zweck, zusätzliche Erkenntnisse für die Kommunalprüfung zu gewinnen.“

- Das ist mein erster Punkt, dann habe ich gleich noch eine zweite Frage.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir das im Finanzausschuss noch einmal klargestellt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Du brauchst dich nicht zu erinnern!)

Das war ein Missverständnis zwischen dem Landesrechnungshof und dem Wissenschaftlichen Dienst. Der Wissenschaftliche Dienst hat im Ausschuss gesagt, dass er die Auffassung des Landesrechnungshofs juristisch teilt.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine zweite Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgner?

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Dr. Garg, wenn Sie nur zu den Dingen reden würden, bei denen Sie dabei waren!

Torge Schmidt [PIRATEN]:

- Er war dabei.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

- Aber er redet nicht ausschließlich dazu. - Konditionalsätze muss man verstehen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die juristische Auffassung kurz darstellen würden an der Stelle.

(Unruhe)

Ist Ihnen bekannt, dass der Kreis Rendsburg-Eckernförde schon vor geraumer Zeit den Landesrechnungshof um Amtshilfe gebeten hat bezüglich der Prüfung im Bereich der Eingliederungshilfe? Können Sie sich erklären, warum das bis heute nicht stattgefunden hat? Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat das mitnichten abgelehnt. Welchen Sinn macht es, etwas reinzuschreiben, was jetzt vom Prinzip - -

(Tobias Koch [CDU]: Das sind Ausflüchte!)

- Ausflüchte? Da war ich nun dabei. Ich empfehle Ihnen, mit Herrn Dr. Schwemer darüber zu reden, dem Landrat von Rendsburg-Eckernförde. Rufen Sie ihn einfach an! Der kann Ihnen zu diesem Thema einiges erzählen. Rendsburg-Eckernförde ist ja auch Ihr Wahlkreis. Was sagen Sie denn dazu?

- Herr Dolgner, ich möchte jetzt nicht die komplette letzte Ausschusssitzung wiederholen.

(Beifall PIRATEN)

Auch dazu hat der Landesrechnungshof Ausführungen gemacht. Lesen Sie das einfach im Protokoll nach! Das alles haben wir diskutiert. Das ist jetzt nichts Neues.

(Unruhe)

In welcher Sitzung? - Das müsste vor knapp einer Woche im Finanzausschuss gewesen sein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Gern doch.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Schmidt, finden auch Sie den Versuch von Kollegen der SPD-Fraktion hilflos, davon ablenken zu wollen, dass sie schlicht in der letzten Minute, wo sie über die Hürde springen könnten, kneifen und jetzt versuchen, das durch etwas peinliche Beiträge zu kaschieren?

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Das nehme ich zur Kenntnis, und ich gebe Ihnen da durchaus recht.

Liebe Kollegen, liebe Mitglieder der Landesregierung, trotz aller Kritik wollen wir das Wesentliche nicht aus den Augen verlieren. Das Wesentliche ist nicht die Kritik am Haushaltsentwurf der Landesregierung, das Wesentliche ist das Wohl der Einwohner Schleswig-Holsteins.

(Beifall PIRATEN)

Deshalb will ich nun ausführen, welche Schwerpunkte wir PIRATEN uns für einen Haushalt vorstellen, der das Wohl der Menschen im Fokus hat. Wir wollen diese nicht nur aufzählen, wir wollen zeigen, dass die PIRATEN eine klare Strategie verfolgen.

(Unruhe)

Wie Sie unserem Antrag entnehmen können, hat der Bereich **Bildung** für uns Priorität. Ich weiß nicht mehr, wer es gesagt hat, es fiel der Satz: Letztendlich könnte jedes Problem auf der Welt mit mehr Bildung gelöst werden. Einmal zu Ende gedacht und heruntergebrochen wird jedermann klar: Der einmal begonnene Bildungsdialog muss konsequent fortgesetzt werden, er darf nicht eingeschränkt, sondern muss ausgeweitet werden - daran führt kein Weg vorbei -, wenn man die Menschen dauerhaft für seine Pläne gewinnen will und nicht nur bis zum Ende der Legislatur denkt.

(Torge Schmidt)

Sie wissen, wir fordern seit Anbeginn unserer Zeit hier eine **Schulentwicklungsplanung**. Nur so können eine zukunftsgerichtete Gestaltung der Schullandschaft und ein modernes Lernmanagement gelingen. Ja, wir sind der Meinung, dass autonome Schulen besser auf Problemstellungen reagieren können, und wollen diesen Ansatz unterstützen.

(Anhaltende Unruhe)

Ja, wir sind auch der Meinung, dass eine Demokratisierung der Schulen in absehbarer Zeit Ergebnisse bringt und eine moderne Schulaufsicht andere Probleme bereits im Vorfeld erkennt und löst, bevor diese die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Kollegien erreichen.

Wir müssen uns stärker um benachteiligte Schülerinnen und Schüler kümmern. Ja, auch dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Sonst erreichen uns diese Kosten später wieder, ob bei der **Schulsozialarbeit** oder bei Transferleistungen. Lassen Sie uns dies im Haushalt als das wichtigste Ziel dokumentieren!

Wir können aber auch das Geld der Menschen, die uns hier alle gewählt haben, sorgfältig verwalten und zeigen, dass uns die Bildung vieler Menschen wichtig ist. Dies könnte beispielsweise gelingen, indem man die Einwohner des Landes nicht doppelt zahlen lässt und wissenschaftliche Publikationen und Forschungsergebnisse, die bereits mit Steuergeldern bezahlt wurden, der Öffentlichkeit frei von Kosten zugänglich macht. Eigentlich ist das doch die fürsorgliche Pflicht einer Landesregierung.

(Beifall PIRATEN)

Wo wir gerade beim Sparen sind - in der Vergangenheit hat sich die Verwaltung aufgebläht. Das parkinsonsche Gesetz macht auch vor Schleswig-Holstein nicht halt. Wir müssen den **Stellenabbau** dort fortsetzen, wo es strukturell sinnvoll und aufgrund der Aufgaben vertretbar ist. Aufgaben und Strukturen werden nicht starr bleiben, sie verändern sich. Wir müssen mit dem Stellenabbaupfad aufzeigen, welche Strukturen und Aufgaben zukunftsorientiert verändert werden sollen. Sparen um des Sparens willens funktioniert nicht.

Das sieht man auch sehr gut an der Bezahlung unserer Mitarbeiter. Es ist doch eine Binsenweisheit, dass gute Leute ordentlich bezahlt sein wollen. Bilden Sie Mitarbeiter aus und weiter, und Sie erhalten gutes Personal, das bei anständiger Bezahlung gern in Schleswig-Holstein arbeitet und lebt. Damit Schleswig-Holstein zukunftsfähig bleibt, müssen wir ein attraktiver Arbeitgeber sein.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Kommen wir nun zu einem anderen Bereich, in dem Sie sich zurzeit noch ein wenig schwertun: **Inklusion**. Wir müssen Inklusion endlich als Prozess begreifen, der auf allen Ebenen erklärt und vermittelt werden muss. Wir als PIRATEN wollen dazu einen Aktionsplan, der gemeinsam mit betroffenen Beteiligten entwickelt wird. Wir müssen der Inklusion auch im Haushalt den Stellenwert einräumen, der in Sonntagsreden gern hervorgehoben wird.

(Beifall PIRATEN - Martin Habersaat [SPD]: Ein schöner Sonntagsredesatz!)

Wir stellen uns da tatsächlich eine Abteilung Inklusion in der Staatskanzlei vor, die personell angemessen ausgestattet ist. Das kostet Geld. Wir PIRATEN wollen in diesem Bereich Geld einsetzen, um Inklusion in Schleswig-Holstein als dauernde Pflicht zu begreifen.

Kommen wir zu einem verwandten Bereich, den die PIRATEN als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen: **Altenpflege**. Viele von Ihnen werden mit diesem Thema schneller konfrontiert werden, als es uns allen lieb ist. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen. Der demografische Wandel hat seit Langem eingesetzt. Sie und Ihre Vorgängerregierungen, aber auch die vorherigen Landtage haben unserer Ansicht nach nicht den Willen gehabt und die sich abzeichnenden Schwierigkeiten nicht gesehen. Wir brauchen mehr gute Leute in der Altenpflege. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Seien wir ehrlich: Niemand hier würde unter den jetzigen Bedingungen eine Ausbildung in der Altenpflege beginnen. Wir müssen die Ausbildung in der Altenpflege sofort schulgeldfrei gestalten.

(Beifall PIRATEN)

Wir müssen das Schulgeld für alle Ausbildungsgänge in der Altenpflege abschaffen. Wir müssen auch aktiv werben. Momentan leiden die Berufe unter einem Image, das sie nicht verdient haben. Lassen Sie uns dieses Image verbessern. Denn auch das ist der echte Norden.

Wir PIRATEN sind aber auch der Meinung, dass wir strategisch etwas verbessern können, wenn wir die Strukturen in der **Verwaltung** auf das technische Niveau des 21. Jahrhunderts heben. Wir sind davon überzeugt, dass in Zusammenarbeit mit den Ministerien für die Bürgerinnen und Bürger sinnvolle Angebote geschaffen werden sollen, die die Vorteile der digitalen Verwaltung nutzen. Lassen Sie uns Open-Data-Portale aufsetzen. Lassen Sie

(Torge Schmidt)

uns Geld dafür ausgeben zu zeigen, dass der echte Norden auch echt fortschrittlich ist, bevor wir von den anderen Bundesländern echt abgehängt werden.

(Beifall PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Lassen Sie uns weiterdenken und eine **Strategie** entwickeln, die den Namen Strategie wirklich verdient. Wir haben mit unserem Antrag den Anfang gemacht. Sie müssen dem nur zustimmen. Machen Sie mit, gestalten Sie mit! - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können heute vor allem Folgendes feststellen: Der Haushalt des Landes Schleswig-Holstein ist ein Haushalt, der sozial gerecht, bildungs- und minderheitenpolitisch fortschrittlich und auf Zukunftsinvestitionen ausgerichtet ist. Das allein ist schon ein erheblicher Unterschied zur Vergangenheit. Aber ich möchte auch deutlich machen, dass der Haushalt, den wir heute beschließen werden, ein Haushalt ist, der nicht nur die Konsolidierungskriterien gerade so erfüllt, sondern diesen in besonderem Maße entspricht. Das stellt auch der **Stabilitätsrat** fest, wenn er uns mitteilt, dass das Land insgesamt auf einem guten Weg bei der Umsetzung des Sanierungsprogramms ist.

Was unsere Haushaltsmaßnahmen angeht, so stellt der Stabilitätsrat fest, dass im kommenden Jahr, also in dem Jahr, in dem unser heute zu beschließender Haushalt gilt, Konsolidierungsmaßnahmen in beträchtlichem Umfang umgesetzt werden. Dass die Opposition hier immer wieder das Gegenteil behauptet, lässt sich sicherlich nicht vermeiden. Aber wichtiger für die Bürgerinnen und Bürger ist, glaube ich, die Einschätzung von unabhängiger Seite. Die sagt eindeutig, dass dieser Haushalt genau das ist, was dieses Land braucht.

(Beifall SSW und SPD)

Ich glaube, es ist noch einmal ganz wichtig zu betrachten, welche Auswirkungen die Meldungen an den Stabilitätsrat haben. Es sind eine Vielzahl an Maßnahmen und möglichen Entwicklungen an den Stabilitätsrat gemeldet worden, die auch eine Auswirkung darauf haben, inwieweit das Ziel der

Haushaltskonsolidierung überhaupt erreicht werden kann. Diese Maßnahmen und möglichen Entwicklungen werden angemeldet, um zu illustrieren, ob eine Haushaltskonsolidierung überhaupt erreichbar ist. Wird eine Maßnahme nicht durchgeführt oder tritt eine prognostizierte Entwicklung nicht ein, muss etwas anderes gemeldet werden. Diese Anmeldungen erfolgen in Bezug auf den Gesamthaushalt und nicht etwa auf eine einzelne Maßnahme.

Für den Stabilitätsrat ist nur wichtig, ob die angemeldeten Maßnahmen in der Gesamtheit durchgeführt werden und ob die jeweiligen Erwartungen in diese Maßnahmen und möglichen Entwicklungen auch erreicht werden. Den Stabilitätsrat interessiert es erst einmal nicht, wofür unser Geld darüber hinaus ausgeben wird. Es gibt somit für den Stabilitätsrat keinen Zusammenhang zwischen Maßnahmen oder auch erwarteten gesetzlichen Änderungen, die dort angemeldet worden sind, auf der einen Seite und konkreten Haushaltsansätzen in den einzelnen Haushalten der Häuser auf der anderen Seite.

Somit ist nicht das Maß zur Bewertung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen des Landes das Eintreten der jeweiligen angemeldeten Maßnahmen - die können auch ausgetauscht werden -, sondern zuallererst die Haushaltskonsolidierung an sich. Die Ziele, die dem Stabilitätsrat gemeldet werden, müssen eingehalten werden. Nur daran werden wir gemessen. Deshalb war es in der Vergangenheit möglich, Anmeldungen zurückzunehmen und andere Anmeldungen nachträglich vorzunehmen. Was nicht ging, war, Konsolidierungsziele zurückzunehmen. Hier gibt es eine strenge Bindung, und die haben wir auch immer eingehalten. Deshalb sind die Rückmeldungen aus dem Stabilitätsrat auch so positiv, was unsere Haushaltspolitik angeht.

Sehen wir uns einmal die wirkliche Lage an. Wir werden im nächsten Jahr rund 287,5 Millionen € neue Schulden aufnehmen. Das ist gerade einmal die Hälfte dessen, was uns nach den Regelungen des Bundes erlaubt wäre. Der Stabilitätsrat hat deshalb auch festgestellt, dass das Land Schleswig-Holstein unter der rot-grün-blauen Regierung zu einem Land wird, dem keine Haushaltsnotlage mehr droht. Wir sind damit die Einzigen derer, die mit einer drohenden Haushaltsnotlage konfrontiert waren, die jetzt ein Licht am Ende des Tunnels sehen. Wir sparen also, ohne die Aufgaben und Pflichten des Landes für unsere Gesellschaft zu vernachlässigen. Genau das ist der Kern unserer Politik.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wo denn?)

(Lars Harms)

- Lieber Kollege Arp, intelligent sparen, ohne dass gleich alles kaputtgespart wird.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wo sparen Sie denn? Ein Beispiel!)

- Das, lieber Kollege Arp, wird augenscheinlich auch vom Stabilitätsrat so gesehen, und das ist immerhin eine unabhängige Stelle. Deshalb glaube ich, dass man sehr stolz darauf sein kann, wie wir unseren Haushalt hier aufgestellt und dass wir diese Rückmeldung bekommen haben.

(Johannes Callsen [CDU]: Welche Sparbeschlüsse haben Sie denn getroffen?)

- Lieber Kollege Callsen, nicht nur der **Stabilitätsrat** zeigt sich begeistert, was die positive Entwicklung im Land angeht. Auch das **Institut der deutschen Wirtschaft** - nicht gerade eine rot-grün-blaue Vorkämpferorganisation - stellt in seinem Konsolidierungsscheck fest, dass unser Land auf dem richtigen Weg ist. Es ist richtig, wie das Institut der deutschen Wirtschaft feststellt, dass das vergleichsweise kleine Land Schleswig-Holstein relativ hohe Ausgaben für Pensionszahlungen zu leisten hat. Das ist natürlich einer Einstellungspraxis der vergangenen Jahrzehnte geschuldet, die wir heute nicht mehr beeinflussen könnten. Wenn heute jemand mit 65 Jahren in den Ruhestand geht, ist er oder sie vermutlich in den 60er-Jahren in den Landesdienst eingetreten. Die heutige Politik muss sich mit den Folgewirkungen dieser Einstellungspraxis der vergangenen Jahrzehnte auseinandersetzen, und das, ohne die Ansprüche der Betroffenen infrage zu stellen. Deshalb sind die Pensionsaufwendungen ein fester Haushaltsposten, der nicht zu ändern ist.

Vor diesem Hintergrund lobt das Institut der deutschen Wirtschaft das Land für seine Bemühungen und stellt fest, dass wir die Herausforderung angenommen haben und das Haushaltsdefizit bis 2012, dem Jahr des Regierungswechsels, real um 750 Millionen € gesenkt wurde. Die rot-grün-blaue Regierung macht aber weiter mit dem Konsolidierungskurs, und wir werden in diesem Jahr zum ersten Mal seit 1962 rechnerisch im Haushaltsvollzug für 2013 eine schwarze Null erreichen. Man mag das als virtuelles Buchungsgeld bezeichnen, aber bis Anfang letzter Woche galt dieses Buchungsgeld noch als Gegenfinanzierungsvorschlag für die Haushaltswünsche der CDU-Fraktion. Also ganz so virtuell scheint es dann doch nicht zu sein.

Übrigens, wenn wir uns die Haushaltsvorschläge der FDP ansehen, dann können wir sehen, dass der Vorschlag damit endet, dass wir mehr Schulden

machen sollen, als Rot-Grün-Blau es vorhat. Bei der FDP steigt die **Nettoneuverschuldung** um rund 58 Millionen €. Vor dem Hintergrund, dass uns Schuldenmacherei vorgeworfen wurde, ist das nun wirklich das größte Armutszeugnis, das man sich als Opposition selbst ausstellen kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich also die Wahl beispielsweise zwischen zusätzlichen Schulden und der Erhöhung der **Grunderwerbsteuer** habe, dann entscheide ich mich zum Wohle des Landes für die höhere Grunderwerbsteuer. Das sieht im Übrigen auch der Stabilitätsrat so. Er begrüßt die Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 5 auf 6,5 % als „eine wichtige Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung“. Schließlich spült sie 66,7 Millionen € zusätzlich in unsere Kassen. So falsch scheinen wir also nicht zu liegen, wenn man vielleicht einmal unabhängigen Quellen sein Gehör schenkt.

Der Haushalt, der heute beschlossen wird, wird in der Tat eine vergleichsweise geringe **Investitionsquote** enthalten. Das war schon in der Vergangenheit der Fall, und im Rahmen des allgemeinen Haushaltsvollzugs wird sich daran sicherlich auch nicht so fürchterlich viel ändern können. Das heißt für uns zweierlei: Erstens müssen wir europäische Gelder so geschickt wie möglich einsetzen, und zweitens müssen wir einmalig eingehende Gelder für Investitionen nutzbar machen. Was die erste Herausforderung angeht - die europäischen Gelder -, ist das Land gerade dabei, die Mittel in den einzelnen Programmen zu bündeln. Es gibt hierbei eine Vielzahl von Programmen, die sich jeweils am gewünschten Förderobjekt ausrichten. Das ist nicht neu, und da setzt jede Regierung ihre eigenen Schwerpunkte. Neu ist aber, dass diese Regierung einen Schwerpunkt an der **Westküste** setzt. Die rot-grün-blaue Koalition stellt der Westküste aus EU-Strukturfonds-Mitteln 30 Millionen € für die wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung.

(Beifall SSW, Kirsten Eickhoff-Weber [SPD] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Damit reserviert erstmals eine Landesregierung konkret Fördermittel ausschließlich für die Westküste. Bisher hat diese stets mit besser strukturierten Regionen um diese Fördermittel konkurrieren müssen. Im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Westküsteninitiative“ werden nun im Dialog mit den Regionalvertretern konkrete Projekte erarbeitet, die die Struktur und Wirtschaftskraft der gesamten

(Lars Harms)

Westküste verbessern. Ziel ist unter anderem der Aufbau einer Tourismus- und Energiekompetenzregion Westküste. Damit kümmert sich zum ersten Mal eine Landesregierung wirklich um die Westküste, statt nur darüber zu reden wie insbesondere der frühere Ministerpräsident.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die einmalig eingehenden Gelder angeht, so nutzen wir diese zum Teil in der Form, dass wir **Sondervermögen** bilden. Wir wissen genau, dass nicht alle Gelder in einem Jahr verbaut werden können. Das ist logistisch nicht machbar. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder die Gelder senken die Neuverschuldung und sind dann für Investitionen verloren, oder wir leiten diese Mittel in Sondervermögen um, um diese Gelder in den nächsten Jahren für notwendige Investitionen nutzen zu können. Wer also Sondervermögen aus formalen Erwägungen verteufelt, wie es die PIRATEN tun, muss auch sagen, wie die millionenschweren **Investitionen** in den nächsten Jahren für die **Hochschulen** oder den **Straßenbau** dann finanziert werden sollen. Der allgemeine Haushalt gibt dieses jedenfalls nicht her, und vom Himmel wird das Geld auch nicht fallen.

Wir haben uns für eine realistische Finanzierung dieser wichtigen Maßnahmen entschieden und investieren so in unser Landeseigentum und in die bildungspolitische und verkehrliche Infrastruktur. Wir meinen, dass einmalig auftretende Mittel durchaus in Sondervermögen geleitet werden können, um dann eben die Hochschulen zu sanieren, die Straßen zu reparieren und auch die landeseigenen Liegenschaften instandzuhalten und energetisch auf den neuesten Stand zu bringen. Für uns ist gerade dies nachhaltige Politik, und sie erhöht auch nachhaltig die reale Investitionsquote in unserem Land.

Schließlich sind gerade auch die Unternehmen in unserem Land von der Investitionsquote und von der Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur besonders abhängig. Deshalb setzen wir mit unseren Sondervermögen auch flächendeckend ein Investitionsprogramm für unsere Unternehmen im Land in Gang. Mit Rot-Grün-Blau an der Regierung verbessert sich somit auch für unsere Unternehmen einiges im Land.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Nachdem das **Tarifreue- und Vergabegesetz** bereits seit dem 1. August 2013 dafür sorgt, dass nur

jene Unternehmen an öffentlichen Vergaben teilnehmen können, die ihre Angestellten tarifgerecht entlohnen und sowohl soziale als auch ökologische Mindeststandards einhalten, haben wir vor Kurzem das Gesetzespaket komplettiert, nämlich durch die Einführung eines Korruptionsregisters zur Kontrolle und zum Schutz des fairen Wettbewerbs und durch ein Mindestlohngesetz, das bundesweit seinesgleichen sucht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Das sind wahrlich gute Nachrichten - nicht nur für die Angestellten in unserem Land, sondern auch für die heimischen Unternehmen, die künftig unter fairen Bedingungen öffentliche Aufträge erhalten können, ohne das Lohndumping einiger schwarzer Branchenschafe fürchten zu müssen. Auch das unterscheidet uns von Schwarz-Gelb: Wir schützen unsere Unternehmen vor unlauterer Konkurrenz, und wir sorgen für vernünftige Arbeitsbedingungen in unserem Land. Das sichert gute Arbeitsplätze, schafft fairen Wettbewerb und führt dazu, dass die, die hier Steuern zahlen, das auch in Zukunft tun können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So gesehen tragen gerade auch diese Gesetze zur Haushaltskonsolidierung bei.

Lassen Sie mich nun auf einige Schwerpunkte unserer Haushaltspolitik eingehen, die gerade den Haushalt 2014 prägen.

Für den SSW nicht ungewöhnlich möchte ich auf die erfolgreiche **Minderheitenpolitik** dieser rot-grün-blauen Koalition eingehen. Der Haushalt für 2014 ist der erste Haushalt, in den die Einigung mit den dänischen Schulen und den Schulen in freier Trägerschaft über die Berechnungsgrundlage ihrer Finanzierung eingeht. Diese Einigung ist ein Quantensprung in der Frage der Berechnungsgrundlagen. In der Vergangenheit hat es immer wieder Auseinandersetzungen darüber gegeben, welche Kosten wie berücksichtigt werden sollen. In Zukunft wird das nicht mehr der Fall sein. Die **dänischen Schulen** erhalten jetzt wieder 100 % der Förderung, die ihnen als Minderheitenschulsystem zusteht. Darin enthalten sind nicht nur die reinen Aufwendungen für den Unterricht, sondern auch die Kosten für die bauliche Unterhaltung der Gebäude, die Arbeiten des Schulträgers als sozusagen eigene Schulbehörde und die Finanzierung der Schülerbeförderung. All dies führt dazu, dass der Dänische Schulverein Planungssicherheit erhält und die Schulen

(Lars Harms)

der dänischen Minderheit mit öffentlichen Schulen gleichgestellt werden.

(Beifall SSW und SPD)

Meine Damen und Herren, diese Gleichstellung ist ein Grundprinzip der Minderheitenpolitik in Europa. Minderheiten sollen mit der Mehrheitsbevölkerung gleichgestellt werden, um ihnen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Das ist, wenn man so will, das Grundprinzip einer liberalen Gesellschaft, in der alle Bevölkerungsgruppen die gleichen Chancen haben sollen, sich zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund ist es für uns als SSW völlig unverständlich, dass die FDP immer noch an der Ungleichbehandlung der dänischen Minderheit in diesem Bereich festhalten will.

(Beifall Angelika Beer [PIRATEN])

In der Minderheitenpolitik, meine Damen und Herren, ist die FDP damit im negativen Sinne einzigartig im liberalen Spektrum in Europa. Das ist sehr schade.

Dass es auch anders geht, zeigt die CDU. Nachdem ihr Landesvorsitzender Böge die Unsinnigkeit der Ungleichbehandlung der dänischen Schulen festgestellt hat, ist die CDU umgeschwenkt. Ich nenne das einen wichtigen Schritt in der gemeinsamen Minderheitenpolitik im Landtag und hoffe, dass das auch eine Inspiration für die Junge Union sein wird.

(Beifall SSW)

Für die dänische Minderheit wird sich aber noch mehr tun. Wir erhöhen weiterhin Zuschüsse für die kulturelle Arbeit der Minderheit. Zum einen geht es dabei um die einmalige Förderung eines Jugendprojekts in Schleswig und zum anderen um die verbesserte Unterstützung des Nordischen Literaturfestes, das inzwischen zu einem unverkennbaren Teil der Kulturlandschaft in der Grenzregion geworden ist.

Ein weiterer wichtiger Zuschuss ist der Zuschuss an den dänischen Landwirtschaftlichen Verein, der unter Schwarz-Gelb auf null gefahren wurde. Der Verein leistet intensive kulturelle Arbeit bei seinen Mitgliedern im ländlichen Raum und in der Museumsarbeit. Darüber hinaus ist er ein wichtiger Partner, wenn es um die grenzüberschreitende Arbeit geht. Für diese Arbeit erhält der Verein jetzt wieder eine Unterstützung und daneben finanzielle Hilfe bei der Renovierung des vereinseigenen landwirtschaftlichen Museums. Diese vielen Schritte zeigen, dass die Landesregierung und die Koalition es ernst mit ihrer Minderheitenpolitik meinen.

Gleiches gilt auch für die **friesische Minderheit**. Mit der getroffenen Ziel- und Leistungsvereinbarung mit dem Nordfriisk Instituut setzt die rot-grünblaue Koalition einen weiteren Meilenstein in der Minderheiten- und Sprachenpolitik des Landes Schleswig-Holstein. Zum ersten Mal in der Geschichte wird die Förderung eines Teils der friesischen Arbeit - der Spracharbeit - auf eine stabile und verlässliche Grundlage gestellt. Zugleich werden die damit verbundenen Aufgaben detailliert beschrieben.

Die Küstenkoalition hat sich eine aktive und gelebte Sprachenpolitik auf die Fahnen geschrieben. Deshalb betrachten wir im Gegensatz zur schwarzgelben Vorgängerregierung die friesische Spracharbeit nicht als eine weitere Möglichkeit für Kürzungen. Wir sehen und schätzen nicht nur den enormen Beitrag, den das Nordfriisk Instituut in der friesischen Spracharbeit leistet, wir wollen dieses auch angemessen fördern. Deshalb nehmen wir nicht nur die Kürzung der Vorgängerregierung zurück, sondern werden die Förderung für das Institut schrittweise von 230.000 € im Jahr 2013 auf knapp 440.000 € im Jahr 2017 anheben. Das hat es in der Vergangenheit noch nie gegeben. So erreicht unsere Minderheitenpolitik wirklich eine neue Qualität.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der zusätzlichen Förderung der Friesenstiftung aus Glücksspieleinnahmen sichern wir eine weitere Grundlage für die Kulturarbeit der friesischen Minderheit ab. Die Einnahmen aus den Zinsen werden für die Friesenstiftung aufgrund sinkender Zinsen fallen. Deshalb galt es, jetzt gegenzusteuern, indem die Einnahmen für die Stiftung erhöht werden. Ein höherer Kapitalgrundstock kann hier einen Ausgleich schaffen. Deshalb ist es gut, dass wir diesem Grundstock in diesem Jahr mindestens 150.000 € zuführen und dass auch in der kommenden Zeit noch Einnahmen für die Stiftung aus Glücksspielmitteln generiert werden können.

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren, der sich ebenfalls in diesem Haushalt widerspiegelt, ist die Professur in Flensburg, die für die Ausbildung von Friesischlehrern zuständig sein wird. Im Rahmen der Zuweisungen für die Ausgestaltung der Lehrerbildung in Flensburg wird Geld für eine Professur für Minderheitenpädagogik, die schwerpunktmäßig die Belange des Friesischen beinhaltet, bereitgestellt. Damit erfüllt sich eine jahrzehntelange Forderung der friesischen Minderheit. Die seinerzeit abgeschaffte Friesisch-Professur, die durch eine Honorarprofessur ersetzt wurde, sollte wieder

(Lars Harms)

zu einer echten Professur werden. Dies erfolgt jetzt. Es macht Sinn, sowohl Friesischlehrer auszubilden als auch eine moderne Minderheitenpädagogik für diesen Bereich des Sprachunterrichts zu entwickeln.

All diese Punkte in der Minderheitenpolitik zeigen, meine Damen und Herren, dass die rot-grün-blaue Regierung hier einen neuen Schwerpunkt setzt. Somit wird Schleswig-Holstein in Zukunft wieder seiner Vorbildfunktion in der europäischen Minderheitenpolitik gerecht werden können. Darüber sind wir sehr froh.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der **Bildungspolitik** setzen wir Maßstäbe. Ich verlange Ihnen jetzt viel ab. Denken Sie nur zwei Jahre zurück. Ich weiß, dass das manch einem schwerfällt. Damals gab es Bildungschaos mit zwei konkurrierenden Bildungswegen und einer **Lehrerbildung** auf Basis eines Schulsystems des vergangenen Jahrhunderts.

(Heike Franzen [CDU]: Quatsch!)

Unsere Lehrerbildung passte nicht einmal zu den Bildungsgängen, die wir in unseren eigenen Schulen angeboten haben. Bildungspolitik war somit das reinste Chaos. Doch das wird jetzt geändert. Die Lehrerbildung wird jetzt in Kiel und Flensburg neu aufgestellt und auf unser schleswig-holsteinisches Bildungssystem abgestellt. Wir schaffen jetzt ein durchlässiges Bildungssystem zum Wohle aller Schülerinnen und Schüler.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch wenn es um die Finanzierung der freien Schulen ging, gab es kein nachvollziehbares Finanzierungssystem. Im Gegenteil, die Berechnung der Zuschüsse war unübersichtlich und intransparent. Dass hiermit jetzt aufgeräumt wird, war dringend notwendig. Die **freien Schulen** haben jetzt zum ersten Mal eine genaue Berechnungsgrundlage für ihre Zuschüsse. Sie erhalten somit Planungssicherheit, wie es sie auch für sie noch nie gab.

Die freien Schulen werden in ihrer Gesamtheit mehr Zuschüsse bekommen als in der Vergangenheit. Diese Umstellung auf eine neue Finanzierung führt dazu, dass die freien Schulen schon 2014 mehr als 5 Millionen € mehr an Zuschuss bekommen werden. Das sind fast 9 % der Zuschüsse und stellt somit einen unheimlichen finanziellen Kraftakt für uns und für das Land Schleswig-Holstein dar. Die Küstenkoalition sieht die freien

Schulen nämlich nicht als Spardose an, sondern auch hier wollen wir in die Bildung investieren.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir räumen mit dem Schulchaos der Vergangenheit auf und stecken mehr Geld in die Bildung.

Wir geben auch den Lehrern bessere Perspektiven. In der Vergangenheit gab es eine Vielzahl zeitbegrenzter Verträge für Lehrerinnen und Lehrer. Auch nach Ende der Verträge konnte man nicht immer sicher sein, dass man eine Weiterbeschäftigung erreicht.

Natürlich ist beispielsweise eine Mutterschaftsvertretung zeitbegrenzt. Es wird immer Situationen geben, in denen eine lückenlose Übernahme nicht möglich sein wird. Trotzdem wollen wir so vielen Lehrerinnen und Lehrern wie möglich eine Perspektive geben. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren neue **Lehrerstellen** schaffen, die in Stellen übergehen, die durch Pensionierung frei werden. So wird eine sichere Überbrückung geschaffen. Die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer sollen dann die Möglichkeit einer dauerhaften Beschäftigung erhalten können. Wir fördern dies mit Millionenaufwand. Auch dies zeigt, dass wir einen wichtigen Schwerpunkt setzen, über den wir nicht nur reden, sondern der uns echtes Geld wert ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der **Flüchtlingspolitik** gehen wir neue Wege. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen dafür Sorge tragen, dass wir diejenigen, die zu uns kommen, adäquat unterbringen können. Hierfür ist ein gemeinsames Konzept vonnöten. Das Land übernimmt hierbei eine koordinierende Aufgabe.

Dies kann man aber nur als einen ersten Schritt sehen. Wir müssen akzeptieren, dass diejenigen, die zu uns kommen, oft bleiben werden. Deshalb wird es in Zukunft wichtig sein, nicht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen. In der Vergangenheit hat man immer an der theoretischen Maxime festgehalten, dass Menschen, die geduldet werden oder Asyl erhalten, irgendwann schon wieder gehen werden, wenn es in ihren Ländern wieder bergauf geht. Die Wirklichkeit ist aber eine andere. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Viele bleiben. Deshalb ist es nötig, dass wir ihnen die Möglichkeiten schaffen, sich zu integrieren.

Das Angebot von Sprachkursen darf dabei nicht vom Status der Betroffenen abhängig sein, sondern wir müssen allen, die zu uns kommen, die Chance

(Lars Harms)

geben, Deutsch zu lernen. Die Rechtslage gibt das als Anspruch bislang nicht her. Deshalb wollen wir denjenigen, die diesen Anspruch formal nicht haben, unbürokratisch helfen und finanzieren jetzt entsprechende **Sprachkurse**.

Genauso werden wir jetzt Pilotprojekte auf kommunaler Ebene fördern, die zum Ziel haben, Flüchtlinge vom ersten Tag an zu integrieren. Flüchtlinge sollen in die Vereine und in das Leben vor Ort einbezogen werden, und dafür sollen ihnen ehrenamtliche Menschen zur Seite stehen, die ihnen bei den ersten Schritten im Dorf oder im Verein helfen. In dem Moment, in dem die Menschen auch nur etwas unsere Sprache sprechen und merken, dass sie willkommen sind, steigen auch die Chancen, dass diese Menschen eine Zukunft für sich und ihre Familien aufbauen können, ohne dauerhaft vom Staat abhängig sein zu müssen. Genau das wollen wir mit unseren Maßnahmen erreichen.

Dazu passen im Übrigen auch unsere Anstrengungen, Deutsch als Zweitsprache in den beruflichen Schulen noch besser zu implementieren, und unser Nachwuchskonzept für den öffentlichen Dienst, das dafür sorgen soll, dass sich noch mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst interessieren. Auch das sind Maßnahmen, um Menschen mit Migrationshintergrund bei uns noch besser zu integrieren.

Schon bei der Einbringung unseres Haushaltsentwurfs in der September-Tagung habe ich deutlich gemacht, dass sich viel verändert hat. Ich habe die verbesserte Situation der Sucht- und Schuldnerberatung und die verstärkte Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungseinrichtungen angesprochen. Hinzu kommt jetzt auch noch die Förderung einer Einrichtung, die sich um Hilfe für männliche Betroffene von sexueller Gewalt kümmert. Das alles ist nicht nice to have, sondern ein unabdingbarer Teil der **sozialen Infrastruktur**.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die Umsetzung eines Demenzplanes, um auf die Herausforderungen des demografischen Wandels vorbereitet zu sein und Betroffenen wie Angehörigen zur Seite zu stehen. Hier sind wir fortschrittlicher als in anderen Ländern.

Andererseits stecken wir aber gerade auch viele Mittel in den Ausbau der **Kindertagesstätten**. Insbesondere die Betreuung der unter Dreijährigen liegt uns hier am Herzen. Hier stecken wir viel Geld in den Ausbau der Kindertagesstätten, und wir sehen dieses natürlich als eine Maßnahme, die dazu

führt, dass beide Elternteile wieder eine Chance haben, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Aber auch hier ist es wichtig, die soziale Dimension dieser Maßnahme deutlich zu machen, die mancherorts doch immer wieder einmal vergessen wird. Wenn wir wollen, dass bildungsferne Schichten und Menschen mit Migrationshintergrund mehr Chancen im Leben erhalten, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass die Kinder hier erste Schritte im Bildungssystem im Kindergarten überhaupt machen können. Dafür brauchen wir diese Infrastruktur. Hier ist das Geld auch wirklich richtig angelegt.

Sparen ist kein Selbstzweck, sondern - wenn überhaupt - Mittel zum Zweck, nämlich Mittel dazu, wieder finanzielle Spielräume in der Zukunft zu haben. Deshalb werden wir die Schuldenbremse, die wir in der Verfassung verankert haben, einhalten. Dieses ist Verfassungsauftrag und unser ureigenstes Anliegen zugleich. Wir sind auf dem richtigen Weg, wie uns dies insbesondere durch den Stabilitätsrat bescheinigt wird. Unter Rot-Grün-Blau steht das Land finanziell besser da als je zuvor, und das, ohne massiv im Sozialbereich zu kürzen, ohne den Umweltschutz zu vernachlässigen, ohne die Errungenschaften der Minderheitenpolitik preiszugeben, ohne eine Bildungswüste zu produzieren und ohne das gesellschaftliche Miteinander zu gefährden.

Haushalt sanieren und ordentliche sowie gerechte Politik machen schließen sich nicht aus. Unser Haushalt ist der beste Beweis dafür.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor wir gleich in die Mittagspause gehen, will ich Ihnen mitteilen, wie viel Redezeit den einzelnen Fraktionen für den Nachmittag zur Verfügung steht: Die CDU-Fraktion verfügt noch über 19 Minuten 33 Sekunden, die SPD-Fraktion über 11 Minuten 41 Sekunden, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über 14 Minuten 43 Sekunden, die FDP über 37 Sekunden.

(Heiterkeit)

- Sie hat sogar überzogen. Ihr bleiben auf jeden Fall noch Dreiminutenbeiträge. - Die PIRATEN haben noch 18 Minuten 22 Sekunden, und der SSW hat noch 10 Minuten 49 Sekunden. Das sind die Redezeiten für den Nachmittag. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Wir sehen uns um 15 Uhr.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: 14 Uhr!)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

- Entschuldigung. Selbstverständlich sehen wir uns, wie verabredet, um 14 Uhr wieder. - Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:55 bis 14:03 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Nachmittagssitzung. Das Wort hat Herr Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zweite Haushalt der rot-grün-blauen Koalition setzt klare politische Schwerpunkte. Wir bringen unser Land mit diesem Haushalt weiter voran, und wir rüsten es für die Zukunft.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

- Herr Callsen, es sind erst wenige da. Das wird schon noch mit dem Jubel.

(Tobias Koch [CDU]: Die, die da sind, jubeln auch nicht!)

- Nur zu, Herr Koch. Sie können ja einmal zeigen, wie Jubeln geht. - Der Landtag beschließt heute ein Landesbudget, bei dem die finanzpolitischen Eckdaten stimmen. Unser Haushalt 2014 ist grundsollide. Wir senken das strukturelle Defizit um 189 Millionen €. Wir konkretisieren den Personalabbau, und wir lösen in vielen Bereichen einen langjährigen Sanierungsstau auf.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben schon viel getan, um das **strukturelle Defizit** abzubauen. Wir stehen im Ländervergleich gut da. Unser Land bleibt mit diesem Haushalt 496 Millionen € unter dem zulässigen strukturellen Defizit, das mit dem Bund vereinbart wurde. Die Auszahlung der Konsolidierungshilfe in Höhe von 80 Millionen € ist damit auch in diesem Jahr gesichert.

Meine Damen und Herren, Xaver hat es uns gezeigt: Politik darf niemals allein auf Haushaltsdaten und Abbaupfade reduziert werden. Wenn es um **Küstenschutz** geht, hat dieses Land immer seine Herausforderungen erkannt und angenommen. Nach der Sturmflut von 1962 haben wir Deiche erhöht. Seitdem der Klimawandel eine immer größer werdende Rolle spielt, bereiten wir diese Bollwerke gegen das Meer auf steigende Meeresspiegel vor.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein hat zu jeder Zeit in den Küstenschutz investiert, und zwar ohne zu fragen, ob wir uns dies leisten können. Es war uns immer klar: Wir müssen es uns leisten, um überhaupt eine Zukunft zu haben. Was für Deiche gilt, das gilt auch für die anderen großen Zukunftsfragen unseres Landes. Kluge Finanzpolitik ist - wie der Deichbau - vorausschauend. Sie schaut, wo uns unterlassene Ausgaben der Vergangenheit in Zukunft ungleich teurer zu stehen kommen. Wir machen eine solche kluge Finanzpolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Keiner behauptet, dass dieser Haushalt oder die Landespolitik überhaupt alle Unterlassungen und Sünden der Vergangenheit hier und jetzt lösen könnten oder dass wir schon die Antwort auf alle Herausforderungen der Zukunft hätten. Nein, wir haben sie nicht. Wir haben auch nicht das Geld dafür. Wir sind aber in der Lage, einen Haushalt vorzulegen, der politisch gestalten will, und wir tun dies mit diesem Haushalt auch. Es ist ein **Haushalt**, der die **finanzpolitischen Realitäten** anerkennt, aber es ist auch ein Haushalt, der über 2020 hinausblickt. Dieser Haushalt tut das, wozu ein Landshaushalt da ist. Er ist kein Selbstzweck, er ist keine Anhäufung von Zahlen und Summen, deren Auswirkungen wieder nur in Geldbeträgen gemessen werden. Nein, unser Haushalt soll **Schleswig-Holstein voranbringen**, und er tut dies Schritt für Schritt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Haushalt 2014 bringt Schleswig-Holstein in der **Bildung** voran, damit alle Menschen in unserem Land die gleichen Chancen haben und damit unsere Volkswirtschaft wettbewerbsfähig bleibt und wachsen kann. Um dies zu erreichen, investieren wir in unsere Bildungseinrichtungen. Für die dringend notwendige Sanierung der Hochschulen in unserem Land stellen wir erneut und überjährig zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung und stocken diese - wo immer möglich - immer weiter auf. Ende 2012 standen dafür 40 Millionen € zur Verfügung. Ende dieses Jahres werden 77 Millionen € bereitstehen.

Am Montag haben die Bildungsministerin und die Finanzministerin erstmals in der Geschichte unseres Landes einen **Vertrag** mit einer **Hochschule** unterzeichnet, der eine langjährige Planungssicherheit bei der Sanierung der Hochschulgebäude mit sich

(Ministerpräsident Torsten Albig)

bringt. Das Land wird für die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren 165 Millionen € bereitstellen, damit die Universitätsgebäude grundsaniert werden. Das ist ein Deich, der gegen Verfall schützt. Das ist ein Zeichen einer Finanzpolitik, die Infrastruktur ernst nimmt und die weiß, wo Wachstum geboren wird, nämlich in unseren Hochschulgebäuden und nirgendwo anders. Dort bauen wir Deiche, um sie vor dem Verfall zu schützen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir bauen mit solchen Investitionen schrittweise den **Sanierungstau** ab. Wir schaffen die Voraussetzungen für moderne Forschungseinrichtungen in unserem Land. Wir verbessern die Studienbedingungen und geben der Hochschule Planungssicherheit. Das ist vorsorgende Finanzpolitik, die sich mehrfach auszahlt.

Im Kampf gegen den **Unterrichtsausfall** an unseren Schulen erhält die Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 9 Millionen € aus den Zensusmillionen, die auf die beiden kommenden Jahre verteilt werden. Das sind keine konsumtiven Ausgaben, die wir einfach so nachschieben. Nein, das sind Investitionen in unsere Kinder und in unsere Zukunft.

Es ist gut, dass die Große Koalition, die gerade dabei ist, zu entstehen, künftig 6 Milliarden € zusätzlich für Kitas, Schulen und Hochschulen zur Verfügung stellen will. Das, was CDU/CSU und SPD dort vereinbart haben, wird auch unserem Land zugute kommen. Es ist gut, dass der Aufwuchs im Bereich der **außeruniversitären Forschung** künftig vom Bund finanziert wird. 3 Milliarden € werden zur Verfügung stehen. Auch das wird hier im Land einen nennenswerten Beitrag dazu leisten, dass wir vorankommen. Hier müssen - und so wird es in der Zukunft ja sein - die Kollegen von der CDU kräftig klatschen, denn das wird unserem Land helfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es geht um diese Infrastruktur, und wir kümmern uns um sie.

Wir kümmern uns mit dem Haushalt 2014 auch um die **Verkehrsinfrastruktur**. Dieser Haushalt sorgt dafür, dass unsere Infrastruktur erhalten bleibt. Wir brauchen ein funktionsfähiges Land mit funktionsfähigen Straßen. Die Erfahrungen der ersten anderthalb Jahre unserer Regierungszeit haben uns jedoch gezeigt, dass wir große Erblasten mit uns herumschleppen. Das gilt nicht nur für den Nord-Ostsee-

Kanal oder die Rader Hochbrücke. Unsere Landesstraßen haben eine Länge von 3.600 km; 40 % davon sind sanierungsbedürftig.

Keiner behauptet, dass dieser Sanierungstau allein in der letzten Regierungszeit entstanden ist. Er ist in den letzten Jahrzehnten entstanden. Er ist ein Zeichen dafür, dass wir alle gemeinsam falsche Schwerpunkte gesetzt haben. Keiner soll behaupten, dieses Problem sei im Rahmen eines Haushalts zu beheben. Es ist auch nicht mit den Mitteln zu beheben, die wir jetzt eingestellt haben. Die Höhe dieser Mittel ist nur ansatzweise so, wie es nötig wäre. Das wissen wir. Das ist aber die Kraftanstrengung, die wir jetzt vernünftigerweise leisten können, um einen ersten Schritt in die richtige Richtung zu gehen, nachdem so viele falsche Schritte in die falsche Richtung gegangen wurden. Deswegen drehen wir um und gehen jetzt einen anderen Weg.

Wir stellen Haushaltsmittel für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung, und wir tun das - das ist bundesweit einmalig - überjährig. Erstmals hat auch auf Bundesebene in einen Koalitionsvertrag des Bundes Eingang gefunden, so zu denken, dass **Überjährigkeit** für die Verkehrsinfrastruktur von Bedeutung ist. Wir sind froh darüber, dass dieses, wenn auch nur kleine, schleswig-holsteinische Beispiel musterbildend, maßgebend war auch für das, was gerade auf Bundesebene verhandelt worden ist. Wir füllen diesen Topf und stocken ihn immer weiter bei uns auf: 2013 sind es 26 Millionen € aus Zensus und PROFI B, 2014 Aufstockung um weitere 12,5 Millionen €, wenn Sie heute zustimmen. 38,5 Millionen € können ab 2014 genutzt werden, um unsere Landesstraßen nachhaltig zu sanieren.

Noch einmal: Das wird natürlich nicht zur Rundumerneuerung reichen. Aber es ist ein richtiger Sprung nach vorn. Wir ermöglichen unserer Straßenbauverwaltung, dass sie die notwendige Instandhaltung unserer Straßen und der sonstigen Verkehrsinfrastruktur planungssicher und flexibel über mehrere Jahre hinweg angehen kann.

Im Landshaushalt 2014 werden 8 Millionen € für den Erhalt, 8 Millionen € für den Um- und Ausbau der Landesstraßen eingestellt, und wir heben den Zuschuss des Landes für den LBV um 4,5 % auf insgesamt 91,3 Millionen € an. Auch damit setzen wir Prioritäten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da ich gelernt habe, dass ein Ministerpräsident keine Rede halten kann, ohne sich auch einmal zur A 20 zu äu-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Bern, sage ich: Wir wollen die **A 20**. Wir stehen zur A 20. Wir werden die A 20 schaffen. Wir wären ein ganzes Stück weiter, wenn wir das Gerichtsverfahren in Leipzig besser vorbereitet hätten, und zwar nicht nur wir, sondern auch die Verantwortlichen vor uns - das waren ja nicht nur Sie, sondern auch andere -, wenn wir sorgfältiger geplant hätten, wenn wir die Belange von Umweltschutz intensiver ernst genommen hätten und Alternativen beschrieben hätten, die für das Gericht nachvollziehbarer gewesen wären. Auch da sehen wir, dass sich Fehler über lange Zeit auszuwirken beginnen. Wenn Fehler einmal gemacht wurden, wenn ich einmal sage, ich prüfe gar keine Südumgehung, dann ist das in dem Verfahren von dem Moment an nicht mehr einholbar. Das ist auch nicht nachzuschieben. Das muss uns überall, wo wir Infrastruktur planen, zumindest als Lehre dienen, um bei den nächsten Verfahren besser vorbereitet zu sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will solche **Verfahren** gewinnen. Ich will zeigen, dass wir das ordentlich überprüft haben. Ich will nicht den Naturschutz in die Knie zwingen, sondern ich möchte gegenüber dem Naturschutz argumentieren können: Es ist vernünftig geprüft worden, und wir haben eine kluge Antwort, die dem Naturschutzinteresse auch standhalten kann. Darum geht es, und nur dann gewinnen wir, wenn wir solche Straßen wollen, auch solche Verfahren.

Das Ministerium wird prüfen, wie wir **andere Bauabschnitte** östlich der A 7 und andere Bauvorhaben wie die A 21 und die B 5 schneller mit den frei werdenden oder nicht nutzbaren Mitteln in Angriff nehmen können.

(Zuruf: Sagten Sie östlich?)

- Ja, Sie haben richtig gehört: östlich. Sie haben sich nicht verhöhrt; Sie haben ja auch gute Ohren. Das habe ich genau so gesagt.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben wir natürlich auch im Auge, wenn wir Schwerpunkte bei der regionalen Wirtschaftsstruktur setzen. Für den Ausbau von **Breitbandnetzen** stellen wir 2014 mindestens 18,65 Millionen € zur Verfügung. Wir streben bis 2020 eine deutliche Erhöhung der Infrastruktur im Bereich Breitband mit insgesamt rund 50 Millionen € an.

Bei der Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „**Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**“ haben wir Vorsorge getroffen, um mit den

50 % Landesmitteln die zu erwartenden Bundesmittel zu sichern. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der schleswig-holsteinischen Infrastruktur. Dies setzt zudem einen Schwerpunkt im kommunalen Bereich; denn dorthin fließt das meiste dieses Geldes, das wir zusammen mit dem Bund zur Verfügung stellen. Zudem werden mit diesen Mitteln Tourismus, Infrastruktur und damit zusammenhängende Bereiche nachhaltig gestärkt.

Außerdem planen wir den Einsatz des neuen EU-Instruments der **Integrierten Territorialen Investition**, mit dem wir im Rahmen der Westküsteninitiative insgesamt 30 Millionen € aus EFRE-Mitteln bereitstellen wollen - vorausgesetzt, die EU stimmt zu. Aber sie wird dem zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist konkretes Handeln für die Westküste. Da geht es nicht darum, dass man nett miteinander redet, sondern es geht darum, dass man 30 Millionen € zur Verfügung stellt, mit denen wir vor Ort ganz konkret unterstützen und entwickeln wollen.

Wir kümmern uns um die Weiterentwicklung der **Energie- und Klimapolitik**. Wir investieren in Forschungen zur Speicherung von regenerativen Energien und zur Elektromobilität.

Zudem wollen wir **Raumordnung im Untergrund** etablieren. Wir wollen ein Land sein, in dem, was der Koalitionsvertrag in Berlin durchaus auch sagt, Fracking unmöglich gemacht wird. Wir wollen ein Land sein, das sich gegen Fracking wendet, weil **Fracking** der falsche Weg zur Stärkung unserer Wirtschaft ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Fracking vernichtet, und Fracking fördert nicht, meine Damen und Herren.

Bildung, Infrastruktur, Energiewende, das sind die Schwerpunkte unserer Politik. Dort wird die Zukunft unseres Landes gesichert. Das spiegelt sich in unserem Haushalt wider.

Aber natürlich investieren wir auch in anderen Bereichen und bringen unser Land woanders voran. Bei der **Polizei** haben wir ein Invest in Höhe von 26,5 Millionen €: Wir stellen 9 Millionen € für Fahrzeuge, 6,7 Millionen € für die Boote der Wasserschutzpolizei und für den Neubau einer Einsatztrainingshalle in Eutin - das ist schon gesagt worden - 1,5 Millionen € aus Zensusmitteln zur Verfü-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

gung. Auch das ist kein Konsum, sondern ein Invest in unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Investitionsprogramm in den **Justizvollzugsanstalten** wird fortgeführt. 2014 stehen dafür 10,5 Millionen € zur Verfügung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Ministerpräsident, Sie haben eben die Vereinbarung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zum Thema Fracking angesprochen und haben gesagt, Sie wollten verhindern, dass bei uns Fracking zum Einsatz komme. Würden Sie mir zustimmen, dass die Formulierung im Koalitionsvertrag gerade eine sehr offene ist, die auch von der Industrie als Ermöglichungsklausel gefeiert wird, das heißt, Fracking möglich sein soll, wenn Risiken ausgeschlossen werden können?

- Ich würde Ihnen darin zustimmen, dass dies eine Formulierung ist, die guten Koalitionsverträgen innewohnt, die viele Interpretationen möglich macht. Die richtige Interpretation ist, dass dort steht: Es wird kein Fracking geben, das gefährdend ist für Grundwasser, für die Umwelt und unsere Lebensgrundlagen. Wir kennen im Augenblick nur Fracking-Möglichkeiten, die mit toxischen Stoffen Grundwasser gefährden. Dieses werden wir in diesem Land - das haben wir im Bundesrat gesagt und werden dies auch an jeder Stelle als Landesregierung unter Beweis stellen - bekämpfen.

Wir haben auch eine Bundesratsentschließung auf den Weg gebracht, wonach die Nachweispflicht, dass dies nicht toxisch ist, dass dies nichts gefährdet, nicht beim Staat, sondern bei denen liegt, die diese Methode haben wollen. Wir werden abzuwarten haben, ob es irgendjemanden gibt - wir kennen niemanden, und auch unsere Fachleute kennen niemanden -, der belegen könnte, dass Fracking etwas ist, was nur gefährlich klingt, aber völlig ohne Gefahr ist. Das, was wir heute kennen, gefährdet Grundwasser. Das, was die USA machen, gefährdet Lebensgrundlagen. Das ist nichts, was wir in unserem Land haben wollen. Das steht auch so im Koalitionsvertrag. Von daher glaube ich, dass er klug formuliert ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Ergänzungsfrage?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Ministerpräsident, sind Sie nicht auch der Meinung, dass gerade die Beschränkung des Problems auf das toxische Fracking fahrlässig ist, weil ja auch die Stoffe, die aus dem Boden herauskommen, giftig sein können, weil es schon allein durch die Vermischung verschiedener Schichten zu Wassergefährdungen kommen kann?

- Herr Kollege, wenn wir Koalitionsverträge schließen - das ist in der Tat bei diesem so gewesen -, dann gibt es welche über alle Parteien hinweg, die die Dinge auch anders sehen als ich. Deswegen ist es wichtig, dass Sie in solchen Formulierungen Hebelstellen haben, an denen Sie ansetzen können, um für das zu kämpfen, was Sie für richtig halten. Ich sehe dort viele Hebel, um mit Ihnen gemeinsam und mit den Menschen im Land dafür zu kämpfen, dass sich auch die Bundesrepublik nicht weiter dieser Technologie nähert.

Es gibt andere Sichtweisen. Diese gibt es in meiner Partei, und es gibt sie in der CDU/CSU, also völlig parteiunabhängig. Daher bin ich froh, dass wir das so formuliert haben, dass die Menschen sicher sein können, dass alles getan wird, damit es keine gesundheitsgefährdende Belastung des Grundwassers oder der Erde in Deutschland gibt.

Das war das, was im Koalitionsvertrag erreichbar war. Wir haben das erreicht. Deshalb noch einmal: Das ist ein guter Koalitionsvertrag, der in diesem Bereich eine vernünftige Regelung getroffen hat und der zu dem passt, was wir in Schleswig-Holstein wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die rot-grün-blaue Regierung steht auch in diesen Zeiten, die immer noch keine leichten sind, zu ihrer **sozialen Verantwortung**. Wir investieren 2014 mehr als 16 Millionen € zusätzlich in Kindertagesstätten für die Betreuung der unter Dreijährigen. 10 Millionen € stellen wir noch in diesem Jahr zu-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

sätzlich zur Verfügung, um die Kommunen beim Kita-Ausbau weiter zu unterstützen. Wir geben 5,5 Millionen € für Investitionen in psychiatrisch-psychosomatische Tageskliniken. Auch das wird dazu beitragen, eine wohnortnahe und flächen-deckende Versorgung zu sichern. Gleiches gilt für den beschlossenen Zuschlag für Maximalversorger und die Angleichung der Landesbasisfallwerte im Jahr 2016, die uns im Land weiterhelfen werden.

Meine Damen und Herren, Sie haben schon kurz darüber gesprochen: Wir bringen Schleswig-Holstein voran, auch im Verhältnis zu den **Kommunen**. Wie gut dieses Verhältnis mittlerweile ist, zeigt, dass es uns gelungen ist, Anfang dieser Woche die sehr strittige Frage der Konnexität mit den Kommunen einvernehmlich zu regeln.

Wir stellen den Kommunen jährlich 7,5 Millionen € zusätzlich zur Verfügung. Weitere 2 Millionen € kommen in den nächsten beiden Jahren, um Familien mit geringem Einkommen von Kita-Gebühren zu entlasten. Einmalig 4,5 Millionen € erhalten die Kommunen im Jahr 2015 für die Zusatzkosten bei der Umwandlung von Regional- in Gemeinschaftsschulen.

Diese Einigung ist haushaltspolitisch solide, sie ist verantwortungsvoll und zugleich solidarisch. Sie war nur deshalb möglich, weil verlorengegangenes Vertrauen in den vergangenen 18 Monaten wiedererlangt wurde. Andere hätten sich mit den Kommunen bei dieser Frage vor Gericht getroffen. Wir tun das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Ziele sind ein besseres Leben für die Menschen und gute Bedingungen für die Wirtschaft. Unser Ziel ist nicht die Null als Selbstzweck. Trotzdem haben wir 2014 einen soliden Haushalt mit klarem Konsolidierungspfad. Wir wollen und wir werden kommenden Generationen öffentliche Kassen übergeben, die nicht nur Schulden bedienen. Diesem Ziel kommen wir näher. 2013 macht das Land deutlich weniger Schulden als noch vor einem Jahr geplant. Je nach Verlauf der Dezemberwochen - die Finanzministerin hat es bereits mitgeteilt - kann es sein, dass wir noch 50 Millionen € Schulden machen. Es kann aber auch sein, dass wir zum ersten Mal seit 51 Jahren mit der **Tilgung von Alt-schulden** beginnen können.

Die Finanzministerin ist nicht so sehr an der **schwarzen Null** interessiert. Sie will in den grünen Bereich. Liebe Monika, du hast den grünen Bereich

fast erreicht - dank der Arbeit deines Hauses und deiner persönlichen Arbeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Überlegen wir einmal, dass wir 2012 noch einen Fehlbetrag von 170 Millionen € hatten. Beides, die 50 Millionen € und die Tilgung, wäre ein Riesenerfolg solider Finanzpolitik.

Für 2014 haben wir mit der Nachschiebeliste die erwartete Kreditaufnahme von 377 Millionen € auf maximal 287 Millionen € gesenkt. Der Haushaltsverlauf wird zeigen, ob es uns wieder gelingt, dies deutlich unterbieten zu können.

Ja, die Zensusmillionen helfen uns. Ja, die gute wirtschaftliche Lage hilft uns. Ja, auch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer hilft uns beim Konsolidieren. Sie ist eine strukturell wirksame Einnahme. Schließlich geht es darum, uns strukturell auf der **Einnahme- und** auf der **Ausgabeseite** zu ändern.

Wir rechnen durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer mit Mehreinnahmen von 66 Millionen € für das Land und von 15 Millionen € für die Kommunen. Wir nutzen dies, um beides zu tun, um zu konsolidieren und zu modernisieren.

Bei allem Gestaltungswillen, den meine Regierung hat, behalten wir die haushalterische Realität im Auge, meine Damen und Herren. Wir preisen mögliche Rückschläge ein. Wir stellen uns so auf, dass wir konjunkturelle Dellen abfedern können. Wir planen für die Jahre 2014 bis 2020 durchgängig mit einem Risikopuffer von 60 Millionen €, ab 2021 sogar von 120 Millionen €. Um diesen Betrag wollen wir die strengen Vorgaben der Schuldenbremse jährlich mindestens unterschreiten. 2014 steigt der Puffer sogar auf 90 Millionen €.

Wir werden im Jahr 2020 die **strukturelle Lücke** zwischen Einnahmen und Ausgaben geschlossen haben. Wir wollen 2020 einen Überschuss erwirtschaften. Das ist gute Haushaltspolitik, die solide und nachhaltig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir versichern uns gegen Risiken. Wir wissen, dass wir auf der **Zinsseite** anfällig sind. Wir wissen, dass wir nun wahrlich keinen Einfluss auf die Entwicklung der Leitzinsen haben. Wir wissen, dass es kein Automatismus ist, dass wir auf einem historischen Zinsniveau bleiben. Deswegen versichern wir uns. Wir tun das übrigens schon seit 20 Jahren.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Nun steigern wir den Anteil der gegen den Zinsanstieg gesicherten Schulden. Um unsere Altschulden möglichst langfristig und planbar günstig bedienen zu können, wollen wir die zwischen 2015 und 2018 anstehenden Kredite nicht mehr nur zu einem Drittel, sondern zu zwei Dritteln absichern.

Wer meint, darauf verzichten zu können, und uns vorwirft, wir würden Geld verzocken, dem sagen wir: Was Sie vorschlagen, das ist Glücksspiel, weil Sie damit rechnen, dass das Zinsniveau bis in alle Ewigkeit niedrig bleibt. Wir können das nicht. Wir meinen, Planbarkeit ist ein hohes Gut, und wir wollen planbare Haushalte, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir setzen auf eine solide **Planung der Risiken**. Wir hoffen gemeinsam auf positive Rahmenbedingungen. Wenn kommt, was die künftige Große Koalition in Berlin verabredet hat, verbessern sich die Zahlen für unseren Haushalt um 200 Millionen €.

PriceWaterhouseCoopers hat uns in einer Studie bestätigt, dass wir immer noch Raum haben, um Politik zu gestalten. In der nachhaltigen Finanzpolitik liegen wir gemeinsam mit Hamburg auf Platz 4 von 16 Ländern. Der Stabilitätsrat sieht das genauso. Er hat uns erst am vergangenen Donnerstag bescheinigt, dass wir bei der Konsolidierung des Haushalts auf dem richtigen Weg sind.

Ich war einmal für das Bundesfinanzministerium tätig, das gesagt hat, dass die Erhöhung der Grunderwerbsteuer als Beitrag zur strukturellen Konsolidierung politischen Mut verlangt. Das ist genau das, was wir gemeint haben, als wir euch aufgefordert haben, euch strukturell gegen diese Verschuldung zu bewegen. Wir tun das. Wer glaubt, das bei dänischen Schulen machen zu können, wer glaubt, das beim Landesblindengeld machen zu können, wer glaubt, das bei Kultur- oder Bildungseinrichtungen machen zu können, der mag das als Wettbewerber gerne tun. Wir glauben, unser Weg ist der solidarischere Weg, der am Ende auch der erfolgreichere Weg sein wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden diesen **Konsolidierungsweg** konsequent weiter gehen. Wir werden ihn nicht verlassen. Wir werden aber auch nicht ungestüm vorantreiben. Wir wollen nicht, dass die Infrastruktur auf der Strecke bleibt. Wir wollen nicht, dass unser Bildungssystem auf der Strecke bleibt. Wenn die Infrastruktur und das Bildungssystem auf der Strecke

bleiben, werden irgendwann die Wirtschaft und schließlich auch die Menschen in unserem Land auf der Strecke bleiben.

Wachsen werden wir nur mit den Menschen, aber nie gegen sie. Wer glaubt, dass der Kahlschlag im Sozialhaushalt Wachstum in diesem Land befördert, der irrt erstens volkswirtschaftlich und verliert zweitens Wahlen. Beides hat die Vorgängerregierung feststellen müssen. Wir werden diesen Fehler nicht machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wollen konsolidieren, und wir wollen modernisieren. Wir gestalten unser Land so, dass nach der Absenkung der Neuverschuldung im Jahr 2020 keine soziale Wüste zurückbleibt.

Ich sage es ganz klar: Es ist keine Alternative, hier und da mehr Geld bereitzustellen, wenn wir dafür woanders große Lücken reißen. Natürlich wäre es möglich, noch mehr Geld für Beton und Asphalt auszugeben. Das müsste man woanders hernehmen. Es liegen heute Vorschläge auf dem Tisch, die das beschreiben. Dieses Geld könnte man bei Blinden, bei Kindern oder wo auch immer kürzen. Das ist möglich, aber das ist unsolidarisch.

Wir könnten natürlich die Neuverschuldung früher auf null reduzieren. Das hilft uns aber nicht weiter; denn das würde unser Land schwächen. Wir machen das, was für die Menschen in unserem Land vernünftig ist. Wir konsolidieren den Haushalt. Wir schaffen einen Ausgleich der Interessen. Wir haben die Zukunft im Blick. Der Haushalt 2014 wird unser Land weiter voranbringen. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltend Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Der Ministerpräsident hat die vereinbarte Redezeit um 7 Minuten 30 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht allen Fraktionen zur Verfügung.

(Zurufe SPD)

- 15 Minuten waren angemeldet.

(Zurufe SPD: 30 waren angemeldet! - Ministerpräsident Torsten Albig: 30!)

- Ich nehme das jetzt so an. Dann ist das so. Die Redezeit ist damit bisher nicht überzogen; sagen wir es einmal so. Ich habe das hier so vorliegen; deswegen muss ich es auch sagen.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Jetzt muss ich etwas anderes sagen, nämlich dass der Oppositionsführer nach § 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags das Recht zur Erwidern hat. Das Recht möchte er gern wahrnehmen. Herr Abgeordneter Johannes Callsen, Sie haben das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Bei der Restzeitbeschreibung hatte der Ministerpräsident eben recht. Damit hat es aber schon sein Bewenden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Albig, Sie haben vor dem Landtag schöne Bilder gemalt. Die Tiefenschärfe allerdings ist Ihnen wieder einmal verlorengegangen. Wenn man den Schleier Ihrer Worte lüftet, wird man feststellen: Es hat keine einzige konkrete Antwort auf die Frage gegeben, wie Sie das **strukturelle Defizit** in der Zukunft abbauen wollen und wie Sie die **Ausgabesteigerung**, die Sie verursachen, auf Dauer bezahlen wollen.

(Beifall CDU)

Sie rühmen sich - die Koalitionsredner haben es heute Morgen auch getan - Ihres guten Verhältnisses zu den Kommunen, der vertrauensvollen Dialoge. Ich habe mir die Mühe gemacht, nachzuvollziehen, wie die **Landesregierung** in den letzten Monaten offiziell mit dem Thema **Konnexität** umgegangen ist. Im Wirtschaftsausschuss hat der Innenminister zum Tarifreuegesetz gesagt, noch nicht geklärt sei, ob Konnexität überhaupt eintrete. Sie bezahlen es jetzt mit 3,8 Millionen €. Zum Kindertagesstättengesetz sagt die zuständige Staatssekretärin, das Ministerium sei zu dem Ergebnis gekommen, dass den Kommunen kein Anspruch auf Konnexitätsausgleich zustehe. Sie bezahlen es jetzt mit 2 Millionen €. In Ihrem Schulgesetzentwurf heißt es, ein Ausgleichsanspruch der kommunalen Schulträger gegenüber dem Land aufgrund des Konnexitätsgrundsatzes komme nicht in Betracht. Sie bezahlen es jetzt mit 4,5 Millionen €. Das ist die Wahrheit. Die Wahrheit ist, Sie haben Konnexität von vornherein nie anerkannt. Sie wollten die Kommunen über den Tisch ziehen. Alles andere ist eine falsche Behauptung.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Johannes Callsen [CDU]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Callsen, könnte es sein, dass es zwischen Landesregierung und Kommunen gelegentlich unterschiedliche Auffassungen über die Frage gibt, was Konnexität auslöst und was nicht, und dass das, was unsere Koalition von Ihrer unterscheidet, ist, dass wir diese Auseinandersetzung auf dem Wege von Gesprächen mit einer Einigung beenden, wohingegen Sie verklagt werden und wir die Scherben aufsammeln, die Sie hinterlassen? Könnte das vielleicht der Unterschied sein? Das erklärt auch die schönen Zitate, die man Ihnen aufgeschrieben hat.

Johannes Callsen [CDU]:

Es könnte immer sein, dass man unterschiedlicher Auffassung ist. Aber die Wahrheit ist: Sie haben alle unsere Warnungen und die Warnungen der kommunalen Landesverbände, was Konnexität angeht, in den Wind geschlagen, indem Sie auf Ihrer Auffassung beharrt haben, sowohl die Regierung als auch die Koalitionsfraktionen. Deswegen ist nicht nur unser Antrag richtig gewesen, sondern es ist auch richtig gewesen, dass wir es waren, die monatelang auf das Problem der Konnexität, das zu lösen ist, hingewiesen haben.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Johannes Callsen [CDU]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Callsen, würden Sie mir recht geben, dass ein Großteil der Kosten, die entstanden sind und für deren Übernahme sich die Landesregierung jetzt so rühmt, dafür, dass die Kommunen sie nicht tragen müssen, erst durch völlig

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

unsinnige und schädliche Gesetze entstanden sind, die diese Landesregierung auf den Weg gebracht hat,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wie zum Beispiel die Kindertagesstättenverbesserung! Wollen Sie die Kindertagesstättenverbesserung als unsinnig bezeichnen? Mein lieber Schwan!)

und dass die Kostenübernahme gar nicht notwendig gewesen wäre, hätte die Landesregierung auf diese überflüssigen und schädlichen Gesetze verzichtet?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Gut, dass das protokolliert wird! So ein Unsinn!)

Johannes Callsen [CDU]:

Ich habe es heute Morgen schon am Beispiel Tariftrueugesetz gesagt. Hier wird ein unsinniges Gesetz auf den Weg gebracht, wodurch öffentliche Vergaben mehr Geld kosten. Die Landesregierung bezahlt die Gemeinden jetzt dafür, dass sie dieses unsinnige Gesetz ausführen müssen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben uns heute an verschiedenen Stellen über die **Folgen** der hohen **Steuereinnahmen** unterhalten, über die Folgen des **Zensus**. Ich finde es gut - man muss manchmal auch loben -, dass sowohl der Ministerpräsident wie auch die Koalitionsredner zumindest zugestanden haben, dass das ein Stück Glück für ihre Finanzpolitik gewesen ist. Wenn dem aber so ist, dann ist es umso notwendiger, sich Gedanken über eine solide Finanzpolitik in der Zukunft zu machen und sich nicht einfach auf das Glück zu verlassen. Deswegen: Der Blick in die Zukunft macht erforderlich, dass die Haushaltsfragen unabhängig vom aktuellen Steueraufkommen und unabhängig vom Zensus solide aufgestellt werden. Der Landesrechnungshof hat Sie und uns, das Parlament, aber insbesondere die Landesregierung an Aufgabenabbau und an den Abbau des strukturellen Defizits erinnert. Deswegen ist und bleibt die Kernfrage, wie Sie das strukturelle Defizit in den kommenden Jahren abbauen wollen.

Herr Albig, wenn Sie sich hier hinstellen und so tun, als hätten Sie große Maßnahmen zum **Abbau des strukturellen Defizits** auf den Weg gebracht, dann will ich Ihnen sagen: Sie haben noch nicht eine konkrete Maßnahme zum Abbau des strukturellen Defizits, insbesondere zu strukturellen Einsparungen, auf den Weg gebracht, auch nicht für die

Zukunft beschlossen - nicht eine konkrete Maßnahme.

(Beifall CDU und FDP)

Das einzige, was Ihnen einfällt,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie erhöhen die Steuern!)

sind laufend strukturelle Mehrausgaben und - richtig, Herr Kollege Garg - Steuererhöhungen zulasten der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Das ist Ihr Versagen an der Zukunft Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Weil der Kollege Dr. Stegner so gerne selber zitiert, aber auch gerne Zitate hört,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Am liebsten hört er sich selbst!)

habe ich auch eines von Herrn Albig mitgebracht. Ich weiß, dass Kollege Stegner die Zitate von Herrn Albig, wie wir heute Morgen gehört haben, nicht gut findet, aber ich trage es trotzdem vor. Herr Albig, auf Ihrer Homepage ist zu lesen:

„Wir wollen neue Freiräume und Motivation schaffen für Verantwortung, Innovation und schöpferische Leistung.“

(Ministerpräsident Torsten Albig: Das tun wir!)

„Wir wollen kreative und unternehmerische Kraft freisetzen und sie nicht bürokratisch kontrollieren.“

(Beifall Tobias von Pein [SPD])

Ihre Politik ist das krasse Gegenteil dieser Worte. Sie gängeln die Menschen, Sie gängeln die Unternehmen,

(Beifall CDU und FDP)

Sie schaffen Bürokratie, Sie schaffen neue Behörden, und Sie gefährden damit am Ende die Einnahmesituation dieses Landes Schleswig-Holstein. Schöne Worte, schöne Bilder, schlecht für die Zukunft dieses Landes. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Wortmeldungen in der Regel der finanzpolitischen Sprecher. Für die CDU-Fraktion hat zunächst der Herr Abgeordnete Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die größten Fehler in der Finanzpolitik werden immer in finanziell guten Zeiten gemacht. Oder, um es andersherum mit den Worten von Charles Maurice de Talleyrand zu sagen - um mich in den heutigen Reigen der Zitierenden einzureihen -:

„Niemand vermag zu sagen, wie viele politische Dummheiten durch Mangel an Geld schon verhindert worden sind.“

Im Augenblick ist die **finanzielle Situation des Landes** so gut wie schon lange nicht mehr. Zum ersten Mal seit über 50 Jahren wird der Landeshaushalt voraussichtlich wieder mit einem Überschuss abschließen können. Das hat nichts, aber rein gar nichts mit dem Erfolg oder der Leistung dieser Landesregierung zu tun. Es ist auch kein kleines Glück, Herr Dr. Stegner, das ist schon doppeltes und dreifaches Glück, was der Landesregierung mit Steuermehreinnahmen, mit Zensusmillionen und Zinsersparnissen ohne eigenes Zutun in den Schoß fällt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jammern Sie doch nicht so viel herum, Herr Koch! - Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wissen Sie, Herr Dr. Stegner, von dem Sprichwort mit dem Glück und dem Tüchtigen gibt es auch noch eine andere Fassung.

(Christopher Vogt [FDP]: Bauern und Kartoffeln!)

- So ähnlich. - Schon die alten Lateiner sagten: Fortuna favet fatuis. - Das Glück ist mit den Dummen. - Das trifft schon eher, was wir hier mit rot-grünblauer Haushaltspolitik erleben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Immer, sehr gerne.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dass das Glück nicht mit den Dummen ist, beweist Ihre Rede.

(Zurufe SPD - Johannes Callsen [CDU]: Wenn ihm die Argumente ausgehen, dann kann er nicht anders! - Hans-Jörn Arp [CDU]: Dann wird er persönlich!)

Tobias Koch [CDU]:

Ja, dann wird er persönlich. Damit erreichen wir hier einen weiteren Tiefpunkt des Niveaus, wenn sich jetzt die einzelnen Redner persönlich beleidigen, Herr Dr. Stegner.

(Zurufe)

Wenn Sie sich nicht anders zu helfen wissen, dann soll das so sein.

(Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Lars Harms? - Bitte schön.

Lars Harms [SSW]: Herr Kollege Koch, finden Sie es dann in Ordnung, dass Sie als einzelner Redner drei Fraktionen plus eine Regierung eben als Dumme beschimpft haben?

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Das war das Florett, das der Kollegen Stegner genutzt hat, indem er Ihnen das Gleiche zurückgezahlt hat, was Sie uns vorgeworfen haben.

(Zurufe)

Tobias Koch [CDU]:

Aha. Gut, dann haben wir das jetzt ausgetauscht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ihr seid immer so empfindlich! - Widerspruch SPD - Weitere Zurufe)

So, nachdem wir das geklärt haben, können wir vielleicht jetzt - -

(Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abgeordneter Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Die Uhr mit meiner Redezeit ist angehalten, insofern tauschen Sie sich hier gern weiter aus! Ansonsten würde ich fortfahren, um Ihnen aufzuzeigen, wo die **Fehler Ihrer Haushaltspolitik** liegen.

Denn was erleben wir bei dieser rot-grünen-blauen Haushaltspolitik? - Die Regierungsfractionen erfreuen sich daran, eine Ausgabeliste nach der anderen zu verabschieden. Das ist die uralte politische Krankheit: Wohltaten zu verteilen ist natürlich viel leichter und angenehmer, als für Kürzungen einzustehen. Was macht die Landesregierung? - Die Landesregierung leistet derweil einem ungebremsten Ausgabenanstieg weiter Vorschub. Allein die Verwaltungsausgaben wachsen im nächsten Jahr um fast 7 %, meine Damen und Herren.

(Zurufe SPD)

Ich muss sagen, ich wusste bisher gar nicht, dass die **Verwaltungsausgaben** zur politischen Schwerpunktsetzung dieser Landesregierung gehören. Ich kann mich stattdessen an einen wahlkämpfenden Oberbürgermeister erinnern - -

(Unruhe)

- Wenn sich die Damen und Herren der linken Seite des Hauses wieder etwas beruhigt haben, würde ich gern fortfahren. - Ach, der Kollege Vogt sitzt auch da.

(Zurufe und Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Danke schön, Herr Präsident. - Also, ich kann mich an einen wahlkämpfenden Oberbürgermeister erinnern, der davon schwadronierte, die Verwaltungsaufgaben um 25 % absenken zu wollen. Stattdessen wachsen die Verwaltungsausgaben so stark wie die Ausgaben in keiner anderen Haushaltsgruppe. Das ist Ihre Politik.

Auch bei den **Zuschüssen und Zuweisungen**, die das Land gewährt, ist von Haushaltskonsolidierung keine Spur. Eine Ausgabesteigerung von 126 Millionen € im Jahr bedeutet einen Anstieg von fast 5 % im kommenden Jahr. Da kann doch niemand mehr davon sprechen, dass diese Finanzministerin das Geld eisern zusammenhalte.

Meine Damen und Herren, immer, wenn irgendwo ein Problem auftaucht, dann kommen entweder

Ralf Stegner oder Torsten Albig und räumen dieses Problem ab, indem sie mehr Geld ausgeben.

Das eine Beispiel haben wir gerade schon intensiv diskutiert. Da werden munter Gesetze verabschiedet, die allesamt die Kommunen mit zusätzlichem bürokratischem Aufwand belasten.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das haben Sie getan, das ist auch Ihre Verantwortung. Und alle Hinweise der Opposition auf Einhaltung des Konnexitätsgrundsatzes werden da leihthin in den Wind geschlagen. In dieser Woche nun räumte der Ministerpräsident den Konflikt mit den Kommunen ab, indem er - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Wie kann er nur!)

- Nein, das ist in Ordnung. Das hätten Sie von Anfang an tun müssen. Wenn Sie Ihre Gesetze sauber formuliert hätten - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wer ist damals von den Kommunen noch verklagt worden? - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie daran erinnern, dass wir eigentlich die Absicht hatten, um 17 Uhr fertig zu sein. Ich bitte, den Abgeordneten zu Wort kommen zu lassen.

Tobias Koch [CDU]:

Was macht der Ministerpräsident? - Er legt allein für die nächsten beiden Jahre über 20 Millionen € auf den Tisch. Meine Damen und Herren, das sind **strukturelle Mehrausgaben**, die Sie mit Ihren **Gesetzen** zu verantworten haben und die in Ihren Haushaltsanträgen bisher in keiner Weise gegenfinanziert sind.

Das Gleiche werden wir auch bei der vollkommen vermurksten **Reform des kommunalen Finanzausgleichs** erleben. Denn anders kann die Ankündigung von Ralf Stegner in dieser Woche nicht verstanden werden. Das Land wird am Ende einen zweistelligen Millionenbetrag drauflegen müssen. So wird das sein, und so haben Sie das in dieser Woche auch schon sehr deutlich formuliert. Denn nur so lässt sich kompensieren, dass das Geld, was der Bund den Kreisen durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter im Umfang von 70 Millionen € ab dem kommenden Jahr zur Verfügung stellt, mit Ihrer FAG-Reform den Kreisen wieder entzogen und munter umverteilt wird. Am Ende

(Tobias Koch)

steht also eine FAG-Reform der Küstenebelkoalition, die den Landeshaushalt strukturell in zweistelliger Millionenhöhe belasten wird. Auch das ist bislang in keiner Art und Weise gegenfinanziert.

Meine Damen und Herren, diese verfehlte Haushaltspolitik, die ausschließlich Wohltaten verteilt, die Ausgaben ungebremst ansteigen lässt und die neue strukturelle Belastungen schafft, diese verfehlte Haushaltspolitik führt am Ende dazu, dass die Landesregierung jedes Jahr mit neuen Schulden planen muss. In Zeiten, in denen man eigentlich bei der antizyklischen Finanzpolitik Überschüsse erwirtschaften und Geld zur Seite legen müsste, geht die Haushaltsrechnung dieser Regierung nur auf, wenn neue Schulden gemacht werden. Weil das alles noch nicht reicht, muss schließlich den Bürgerinnen und Bürgern am Ende noch stärker in die Tasche gegriffen werden, indem die Steuern erhöht werden. Sie hingegen haben bis heute nicht eine einzige strukturelle Ausgabekürzung vorgelegt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Märchenstunde!)

Meine Damen und Herren, die CDU beschränkt sich aber nicht nur auf das Kritisieren, sondern wir legen auch eine echte Alternative vor.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Na ja!)

Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer können wir vermeiden, nicht indem wir die Neuverschuldung erhöhen, Herr Kollege Garg, sondern indem wir die Verwaltungsausgaben kürzen, indem wir den Ausgabeanstieg bei den Zuweisungen und Zuschüssen bremsen und indem wir die veranschlagten Ausgabe- und Einnahmepositionen im Sinne von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit an die Realitäten anpassen.

(Unruhe)

Bei den Regierungsfractionen ist dagegen die **Steu-
ererhöhung** offenbar politischer Selbstzweck.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Was in Berlin nicht geklappt hat, weil die Wählerinnen und Wähler SPD und Grünen die rote Karte gezeigt haben, soll jetzt wenigstens in Schleswig-Holstein umgesetzt werden. Die Steuern zu erhöhen, ist auch der viel einfachere Weg als eine **Haushaltskonsolidierung** zu betreiben, die ihren Namen wirklich verdient.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir lehnen die Erhöhung der Grunderwerbsteuer ab, wir erhöhen dafür nicht die Neuverschuldung, sondern senken Ausgaben und schichten im Haushalt um. Das werden wir nachher auf unseren Antrag hin auch namentlich abstimmen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wir sind sehr erschreckt! - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was war noch einmal mit dem Landesblindengeld?)

Mit unserem Alternativantrag sorgen wir außerdem dafür - -

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich mache eine gedankliche Pause, da der Kollege Garg eine Zwischenfrage stellen möchte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie sind mir zuvor gekommen, das ist nett. - Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Koch, wie vereinbaren Sie denn das Einstellen von globalen Minderausgaben in Einzelressorts mit dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit?

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tobias Koch [CDU]:

Das Einstellen von globalen Minderpositionen, die wir detailliert begründet haben, als weitere Kürzung in Höhe von 2 % bei den Zuschüssen und Zuweisungen des Landes - ausgenommen Hochschulzuweisungen, Schulzuweisungen und die Eingliederungshilfe -, das ist unser Parlamentsauftrag, den wir dieser Regierung erteilen wollen. Diesen größeren Block der Zuweisungen und Zuschüsse, den Sie nicht geschafft haben, nennenswert zu dämpfen, sondern der sogar um 5 % weiter ansteigt, zu kürzen, ist unser Auftrag als Parlament an die Regierung.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann? - Oh, Entschuldigung. Es gibt noch eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

Tobias Koch [CDU]:

Alles gern.

(Tobias Koch)

Dr. Heiner Garg [FDP]: Wäre es für eine große Oppositionsfraktion nicht hilfreicher und ehrlicher gewesen, ganz klar Ross und Reiter zu benennen, anstatt lediglich einen Prozentsatz an die Landesregierung als Auftrag weiterzureichen? Wäre es nicht ehrlicher gewesen, Sie hätten ganz klar gesagt, an welchen Stellen Sie das Budget II herunternehmen wollen?

- Herr Kollege Dr. Garg, wir haben einen viel, viel umfangreicheren Änderungsantrag als Ihre Fraktion vorgelegt.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat vom Kollegen Winter das Prädikat einer Fleißarbeit verliehen bekommen. Sie können daraus ganz, ganz viele konkrete Änderungen entnehmen.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich drehe einmal Ihre Frage um: Wie ist es denn mit den Regierungsfractionen, Herr Kollege Andresen?

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da werden 370.000 € für Deutsch als Zweitsprache mit einer globalen Minderausgabe gegenfinanziert - so ist es in Ihrem Antrag aufgebaut. Wir haben den großen Block der Zuweisungen und Zuschüsse, das sind Milliardenbeträge. Davon haben wir einen Betrag von 18 Millionen € als globale Minderausgabe über alle Häuser verteilt eingestellt. Das müsste eine Regierung hinbekommen. Wir haben gemeinsam schon bewiesen, dass so etwas geht. Bei uns waren Kürzungen damals noch in einem größeren Umfang vorgesehen. Insofern halten wir diese Zahl für belastbar.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir halten das für realisierbar und trauen einer guten Regierung zu, das umzusetzen. Diese Regierung wird das nicht schaffen, das ist das Problem dabei. Aber der Antrag ist absolut berechtigt.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe SPD)

- Ach schade, jetzt ist mir die Zwischenfrage dort entgangen.

Meine Damen und Herren, mit unserem **Alternativantrag** sorgen wir außerdem dafür, dass die **Investitionen** im Landshaushalt um einen zweistelligen Millionenbetrag erhöht werden. Es ist doch ei-

ne absolute Zukunftsbremse, wenn SPD, Grüne und SSW einen Haushalt mit der niedrigsten Investitionsquote aller Zeiten vorlegen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich persönlich kann mich noch sehr gut an den August dieses Jahres erinnern, als 800 Menschen in den kleinen Gemeinden Duvensee, Klinkrade und Kühsen im Lauenburgischen für die Sanierung der Landesstraße 199 demonstriert haben. Die Herren Eichstädt und Peters haben sich zur allgemeinen Überraschung damit aus der Affäre gezogen, dass sie dort die Auflegung eines 50 Millionen € schweren Sondervermögens zur Sanierung unserer Landesstraßen angekündigt und sich damit die Forderungen der Opposition zu eigen gemacht haben. Diesen Worten sind bislang allerdings keine Taten gefolgt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Opportunismus nennt man das!)

Denn immer, wenn wir eine entsprechende Aufstockung der Mittel für unsere Landesstraßen beantragt haben, wurde dies von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Koch, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Eichstädt?

Tobias Koch [CDU]:

Darauf freue ich mich besonders.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Peter Eichstädt [SPD]: Herr Kollege Koch, wir beide hatten ja das Vergnügen, an der von Ihnen erwähnten Veranstaltung teilzunehmen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wo war das noch? Wie heißt der Ort noch mal?)

Sie sind ja auch vor Ort gewesen und haben den Straßenzustand begutachtet. Könnten Sie dem Parlament jetzt berichten, in welchem Zustand sich die Straße heute befindet?

Tobias Koch [CDU]:

Herr Kollege, es geht um Ihre Zusage, 50 Millionen € für die Sanierung von Landesstraßen bereitzustellen.

(Tobias Koch)

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Gebaut ist gebaut! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Frage finde ich trotzdem interessant!)

Die Frage ist spannend. Dass Sie sich dem Druck der Straße beugen, ist erfreulich, ändert aber nichts daran, dass Sie den Menschen dort ein X für ein U vorgemacht haben, weil Sie etwas in Aussicht gestellt haben, nämlich die 50 Millionen €, was Sie in keiner einzigen Abstimmung auch nur ansatzweise eingehalten haben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Wichtige für die Leute ist, dass die Straße heil ist!)

Wir bieten Ihnen heute erneut die Gelegenheit, Ihre Versprechen einzuhalten, indem Sie unseren Anträgen zustimmen, die genau das beinhalten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Nachfrage des Abgeordneten Eichstädt? - Bitte!

Peter Eichstädt [SPD]: Ich würde Ihnen gerne dabei helfen, über Ihren eigenen Schatten zu springen und formuliere meine Frage deshalb anders. Würden sie mir zustimmen, dass die Straße in der Zwischenzeit in einem guten Zustand ist?

Tobias Koch [CDU]:

Würden Sie mir zustimmen, Herr Kollege Eichstädt, dass wir noch ganz andere schlechte Straßenzustände in unserem Land haben? Sie benennen hier einen Einzelfall, der nichts daran ändert, dass wir einen erheblichen Sanierungsstau von deutlich über 100 Millionen € im ganzen Land haben.

(Beifall CDU)

Herr Eichstädt, Herr Peters, stimmen Sie heute unserem Änderungsantrag zu. Sie haben das Menschen in Ihrem Wahlkreis, Ihren Wählerinnen und Wählern, zugesagt. Halten Sie Ihr Versprechen ein.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Was war denn das für eine Handbewegung, Herr Kollege Peters?

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nie von 50 Millionen € gesprochen!)

Es waren 800 Bürger dabei, die das wohl bezeugen können, was Sie gesagt haben.

(Zurufe)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Tobias Koch [CDU]:

Ich kann verstehen, dass es unangenehm ist, sich all das anhören zu müssen.

Wir gehen nicht mit der Gießkanne durch das Land, sondern setzen einige wenige weitere Schwerpunkte.

(Anhaltende Unruhe)

Vielleicht können auch die Regierungsfractionen zuhören; denn es geht um wichtige Anliegen und echte Probleme in unserem Land, mit denen wir uns beschäftigen. Mit dem Fonds für Barrierefreiheit, den zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Pflege und mit der Sanierung kommunaler Sportanlagen greifen wir diese Probleme auf und führen eine Lösung herbei. Über diese Forderungen werden wir deshalb einzeln abstimmen lassen.

Ein Wort zu den **dänischen Schulen**, lieber Lars Harms. Mitnichten haben wir hier eine Kehrtwende vollzogen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nicht einmal das Lob an Ihre Adresse lassen Sie gelten!)

- Auch falsches Lob ist nicht gern gesehen. Die Kürzung des Zuschusses auf 85 % war von vornherein auf zwei Jahre bis Ende 2012 befristet und lief dann automatisch aus.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Zweijahreshaushalt!)

Es geht nicht um einen Zweijahreshaushalt, sondern es war im Haushaltbegleitgesetz explizit bis zum 31. Dezember 2012 befristet. Es war eine Maßnahme der akuten Haushaltssanierung im Zeichen einer sehr schwierigen Situation, in der sich der Landshaushalt zum Zeitpunkt der Beschlussfassung durch die Haushaltsstrukturkommission im Jahr 2010 befunden hat. Die neue Berechnungsgrundlage, die heute erwähnt wurde, geht auf die Vorarbeiten der CDU-geführten Landesregierung zurück. Nichts anderes hätten wir auch gemacht.

(Beifall CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

- Aber selbstverständlich! Die **Erarbeitung** genau dieser **Berechnungsgrundlage** war auch damals das Ziel. Auf dieser Berechnungsgrundlage kann

(Tobias Koch)

dann in der Tat ein hundertprozentiger Zuschuss gewährt werden.

Meine Damen und Herren, unzutreffend ist auch die Behauptung, wir verabschiedeten uns von der zeitgleichen Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamten, Frau Ministerin.

(Unruhe)

Neues Thema: **Tarifabschluss Beamte**. Habe ich Ihre Aufmerksamkeit? - Gut.

Frau Ministerin, bei der Diskussion zu Beginn dieses Jahres haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die im Haushalt veranschlagten Personalausgaben für eine zeitgleiche Übernahme ausreichen. Sie hätten mit den vorhandenen Mitteln eine zeitgleiche Übernahme umsetzen können. Sie wollten aber nicht. Sie haben den Beamtinnen und Beamten die zeitgleiche Besoldungsanpassung bewusst vorenthalten. Deshalb ist ein Haushaltsantrag zur Aufstockung der ohnehin ausreichenden Haushaltsmittel von unserer Seite aus nicht erforderlich. Das wird der Jahresabschluss in wenigen Wochen beweisen. Ich verspreche Ihnen, dann führen wir diese Diskussion gern erneut.

Meine Damen und Herren, die aktuell exzellenten finanziellen Rahmendbedingungen nutzt diese Regierungskoalition, um mehr Ausgaben zu tätigen, mehr Schulden zu planen und die Steuern zu erhöhen. Das einzig Gute daran ist, dass Sie mit dieser Politik selber dafür sorgen, dass die finanziell guten Zeiten in Schleswig-Holstein bald wieder vorbei sind, und damit unsere Wahlchancen 2017 deutlich erhöhen. Denn es ist die Union, die den Karren dann wieder aus dem Dreck ziehen muss. Dafür sage ich herzlichen Dank.

(Beifall CDU - Lachen SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Herr Präsident! Wehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meiner Rede komme, möchte ich auf das eingehen, was wir gerade gehört haben. Sie unterstellen, Herr Kollege Koch, dass die Finanzministerin eisern am Geld festhalten will. Aber eisern zu sparen, das war Ihre Politik, nämlich auf Kosten der sozialen Einrichtungen und der Schwachen in unserem Land. Das war Ihre Politik. Unsere Politik ist eine andere, nämlich die, so viel **Geld zu investie-**

ren, wie nötig ist, und trotzdem den **Schuldenabbau** weiter zu betreiben.

Die Alternative, die Sie hier vorlegen, Herr Kollege Koch, sind weiterhin Kürzungen im sozialen Bereich und die Ausbringung von Minderausgaben in jedem Teil des Haushalts, wodurch Sie, wie der Kollege Garg ja schon ausgeführt hat, quasi sagen: „Ministerium, nun sieh mal zu, wo du die Kohle herbekommst.“ Also null Verantwortung von Ihrer Seite. Von daher brauchen wir darauf nicht weiter einzugehen.

Herr Präsident, wehrte Kolleginnen und Kollegen, heute beraten wir in der zweiten Lesung den zweiten Haushalt der Küstenkoalition. Apropos Küstenkoalition, Herr Koch. Wir hatten gestern Weihnachtsfeier.

(Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Wir haben da eine Zitatsammlung 2013 gehört und festgestellt, dass Sie immer gern von der „Küstennebelkoalition“ sprechen. Wir haben uns die Frage gestellt, ob Sie als kleiner Junge vielleicht einmal in zu viel Küstennebel hineingefallen sind, sodass Sie ständig diesen Spruch anbringen.

(Tobias Koch [CDU]: Ha, ha!)

Wir haben heute durch meinen Fraktionsvorsitzenden und durch den Ministerpräsidenten gute und ausführliche Aussagen und Zahlen zu den unterschiedlichen Themenbereichen gehört. Ich möchte gemeinsam mit Ihnen den Haushalt einmal anders betrachten. Wir führen hier ja nicht nur Zahlen zusammen, um zu wissen, was im nächsten Jahr eingenommen und ausgegeben wird. Nein, wir bewältigen mit diesem Haushalt einen Schritt von noch vielen kommenden Schritten in die Richtung, wie wir uns die Zukunft des Landes vorstellen. Ich persönlich sehe hierbei zum Beispiel **Kinder**, die heute einen **Krippenplatz** erhalten, weil wir bereits im Haushaltsjahr 2013 Sorge dafür getragen haben und im kommenden Haushaltsjahr weiter dafür Sorge tragen werden, dass die Kommunen ausreichend Krippenplätze schaffen konnten und können.

Nebenbei haben wir jetzt gerade zum zweiten Mal bewiesen, dass man in **Verhandlungen mit den Kommunen** zu Ergebnissen kommen kann. Man muss sich nicht verklagen lassen. Erneut haben wir die Betriebskostenzuschüsse für die Kitas in Schleswig-Holstein angehoben.

Kommen wir zu den bereits angesprochenen Kindern zurück. Sie werden in drei, vier oder fünf Jahren eine **Schule** in Schleswig-Holstein besuchen. Diese Schule wird in dieser Zeit immer attraktiver

(Lars Winter)

werden, weil wir die Kommunen auch hierbei in den bisherigen und kommenden Haushalten unterstützt haben und weiter unterstützen werden. Die Lehrerinnen- und Lehrersituation wird sich stetig verbessern, weil wir weniger Stellen abbauen, als wir nach kühlem finanzpolitischem Kalkül könnten, und weil die Lehrerfortbildung bei uns keine Phrase ist.

Die Bildungsqualität wächst dadurch.

Wenn meine beschriebenen Kinder dann auf dem Gymnasium oder der Gemeinschaftsschule ihr Abitur machen, weil sie bessere Chancen haben werden, weil wir kein Kind zurücklassen werden, werden sie gute **Universitäten** und **Hochschulen** vorfinden. Mit dem von uns geschaffenen und nun aufgestockten Sondervermögen für die Hochschulsanierung setzen wir deutliche Zeichen

(Beifall SPD und SSW)

- genau! - zur Stärkung der Universitäten und Hochschulen. Die Sanierung wird fortgesetzt. Dazu hat die Landesregierung gerade Vereinbarungen mit der CAU getroffen. Wir haben es auch der Presse entnehmen können. Die materielle Ausstattung wird kontinuierlich verbessert, und es werden zusätzliche Studienplätze eingerichtet, denn 2016 kommt der doppelte Abiturjahrgang auf die Universitäten und Fachhochschulen zu.

Am Ende des Studiums haben wir junge Menschen, die gut ausgebildet sind, die motiviert sind, die unsere Wirtschaft dringend braucht. Diese Menschen werden dann erkannt haben, dass man mit Solidarität, mit Gemeinsinn, mit nachhaltiger Haushaltspolitik auch in kleinen Schritten viel erreichen kann.

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

- Du kennst dich mit kleinen Schritten aus.

(Heiterkeit - Weitere Zurufe)

Damit stärken wir die kommenden Generationen, geben ihnen das ehrliche Gefühl, dass sie etwas ganz Besonderes sind, dass sie es wert sind, dass wir uns für ihre Zukunft starkmachen.

Meine Damen und Herren, diese Kinder hätten diese Zukunft nicht, wenn wir ausschließlich darauf hingearbeitet hätten, so viel wie möglich zu sparen. Diese Kinder würden nicht lernen, dass es wichtig ist, in einer **solidarischen Gesellschaft** zu leben, sich für die Schwachen einzusetzen, damit alle die gleichen Chancen haben. Wir Sozialdemokraten wollen die solidarische Gesellschaft. Nachhaltig soll sie sein und gerecht, Chancen eröffnen, Wege aufzeigen, für Schwache sorgen und Menschen dort

abholen, wo sie stehen. Um die Gesellschaft von morgen zu gestalten, sind viele von uns in die Politik gegangen; ich gehöre zu ihnen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, in den nächsten Tagen sprechen wir über viele Themen, die auch damit zu tun haben, wie unsere Gesellschaft aufgestellt ist. Viele dieser Themen spiegeln sich im Haushalt wider. Die Orientierung auf Zukunftsaufgaben ist es, was unsere Koalition ausmacht.

Dafür stellen wir sicher, dass wir die Schuldenbremse einhalten, unseren Haushalt konsolidieren und kein Geld zum Fenster hinauswerfen.

Dafür setzen wir auf Bildung, Bildung und noch einmal Bildung: vom Ausbau der Kinderbetreuung unter und über drei Jahre, über ein gerechtes Schulsystem mit guter Personalausstattung und mit modernen Konzepten, hin zu Hochschulen, an denen praxisnah und wissenschaftlich gelernt wird, bis hin zu neuen Weiterbildungskonzepten für das lebenslange Lernen.

Dafür investieren wir in Infrastruktur, in Breitband, in Mobilität der Zukunft, in Verkehre, die den Menschen dienen.

Dafür stärken wir die Teilhabe. Jede und jeder soll die Chance haben, an der Gesellschaft zu partizipieren, gleichberechtigtes Mitglied zu sein - in der Integrations- und der Flüchtlingspolitik, beim Umgang zwischen den Generationen, in Fragen der Gleichstellung von Frauen und Männern. Hier spielt die Musik der Zukunft.

Dafür setzen wir auf eine intakte Umwelt, auf Klimaschutz, auf regenerative Energien, die wirklich funktionieren und die für nachfolgende Generationen keine Müllberge hinterlassen.

Gerade weil es die großen Themen sind, mit denen wir die Welt von morgen gestalten, brauchen wir ordentliche, sorgfältig aufgestellte Haushalte, die seriös sind, nachhaltig geplant und den Blick aufs Ganze nicht verstellen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir wollen gestalten. Dazu nutzen wir die ganze Bandbreite politischer Möglichkeiten. Eine davon ist die Haushaltspolitik. Die Vorstellungen unserer von SPD, Grünen und SSW getragenen Landesregierung haben die Fraktionen mit ihren Haushaltsanträgen ergänzt.

Ich freue mich darauf zu sehen, wie der Inhalt des Haushaltsplans 2014 in aktive gute Politik umgesetzt wird.

(Lars Winter)

Da ich noch ein bisschen Zeit habe, möchte ich auf die **Grunderwerbsteuer** eingehen. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer steht ein bisschen im Einklang mit den sehr niedrigen Grundsteuerhebesätzen, die wir in Schleswig-Holstein haben. Dadurch wird sie ein bisschen kompensiert.

(Zuruf CDU: Was? - Weitere Zurufe CDU und FDP)

- Vielleicht nicht in Lübeck, Thomas, aber im Durchschnitt!

Mit dieser Entscheidung haben wir eigene Verantwortung übernommen. Wir mussten dem Stabilitätsrat ja auch zeigen, dass wir nicht nur Ausgaben kürzen, sondern auch für entsprechende Einnahmen sorgen da, wo wir die entsprechenden Möglichkeiten haben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Lars Winter [SPD]:

Ja, bitte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege, würden Sie mir freundlicherweise erklären, was aus Ihrer Sicht die Grunderwerbsteuer mit der Grundsteuer zu tun hat

(Beifall FDP und CDU)

und wem jeweils die daraus folgenden Erträge zustehen?

- Das hat damit zu tun, Kollege Kubicki, dass Sie beziehungsweise Ihre Fraktion und auch die CDU dargestellt haben, dass, wenn wir die Grunderwerbsteuer anheben, der Hauskauf immens teuer wird, bei einem 300.000-€-Haus immerhin 4.500 € teurer. Ich will damit deutlich machen, dass dadurch, dass die Grundsteuerhebesätze geringer als im Durchschnitt der Bundesrepublik sind, dort jährlich Geld gespart wird und eine Kompensation stattfindet.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was erzählen Sie da? - Johannes Callsen [CDU]: Grundsteuer hat mit Hauskauf nichts zu tun!)

- Sie beziehungsweise Ihr Kollege hat mich gefragt; ich habe darauf geantwortet.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki, haben Sie noch eine weitere Bemerkung? - Nein. - Doch! Ich dachte, Sie wollten gehen.

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich musste das intellektuell erst verarbeiten, Frau Präsident. Jetzt habe ich es verstanden. - Um Grundsteuern bezahlen zu können, muss man den Grunderwerb erst einmal hinter sich gebracht haben. Wenn Sie den Grunderwerb nicht mehr vollziehen können, weil er zu teuer geworden ist, kann man anschließend auch keine Grundsteuer darauf bezahlen. Das ist einsichtig, nicht?

Lars Winter [SPD]:

Darauf kann ich Ihnen nur antworten, dass ich, wenn ich einen Grunderwerb tätige, als Privatmann eigentlich genauso denken sollte wie ein Unternehmen. Das heißt, ich muss sehen, wie ich die Immobilie abschreibe. Das sind in der Regel 50 Jahre, bei Kommunen 80 Jahre. Ich muss die Mehrkosten, die ich für den Erwerb habe, auf diese 80 Jahre umlegen. Genauso, wie ich die darauf umlege, muss ich dem die Ersparnis der Grundsteuer gegenrechnen. Dann sehen wir uns vielleicht nach 50 oder 80 Jahren wieder. Dann wird man feststellen, dass es in der Summe nicht teurer geworden ist.

(Martin Habersaat [SPD]: Sie dürfen fragen, was Sie wollen, er antwortet, was er will!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich frage den Abgeordneten, ob er eine weitere Frage des Abgeordneten Dornquast gestattet?

Lars Winter [SPD]:

Aber gern doch.

Volker Dornquast [CDU]: Herr Kollege, ist Ihnen eigentlich bewusst, dass wir bei der Grundsteuer über etwa 250 € im Jahr reden und bei der Grunderwerbsteuer über Beträge, die in den hohen Tausendern liegen? Wo wollen Sie denn da eine Kompensation hinkriegen? Das ist eine Rechnerei! Das passt doch überhaupt nicht. Wie viele Jahre muss ich die Grundsteuer reduzieren, damit das nach zehn oder 20 Jahren, möglicherweise ir-

(Lars Winter)

gendwann einmal kompensiert wird? Das ist doch lächerlich.

- Ich habe eben davon gesprochen, Kollege Dornquast, dass wir auf mindestens 50 Jahre abschreiben, also nicht auf zehn oder 20. Mein Haus hat 295.000 DM gekostet, sprich umgerechnet ungefähr 150.000 €. Das wären dann etwa 2.000 €, die mehr an Grunderwerbsteuer zu zahlen wären. Sie glauben doch wohl auch, dass ich diese 2.000 € in 50 Jahren Abschreibungen kompensieren kann. Das können Sie sich ausrechnen. Das ist so, auch wenn es nur 250 € Grundsteuer im Jahr sind. Außerdem prophezeie ich Ihnen, dass die anderen Länder ziemlich schnell nachziehen werden und der Nachteil, den Sie sehen, nicht mehr gegeben ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Callsen?

Lars Winter [SPD]:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Callsen.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Kollege, Sie müssen mir auch noch einmal auf die Sprünge helfen. Im Zweifel könnte das auch der Ministerpräsident, der sich im Steuerrecht auskennt. Ich verstehe den Zusammenhang nicht, wie eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu - so haben Sie es geschildert - Ersparnissen bei der Grundsteuer führen kann.

Lars Winter [SPD]:

Das habe ich so nicht gesagt.

- Doch, so haben Sie es erklärt.

- Dann haben Sie nicht richtig zugehört.

- Doch.

- Ich habe gesagt, dass die Mehraufwendungen, die ich aufgrund einer angehobenen Grunderwerbsteuer habe, in Schleswig-Holstein nicht so schwer tragen, weil die Grundsteuerhebesätze im Land im Vergleich zum Bundesgebiet unterdurchschnittlich sind. Dadurch habe ich für dieselbe Immobilie eine geringere Grundsteuer zu zahlen, und auf einen Abschreibungszeitraum von 50 Jahren egalisiert sich das.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Am Ende ist alles gut!)

Das habe ich gesagt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter Winter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Koch?

Lars Winter [SPD]:

Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Herr Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Auch wenn ich diese absurde Diskussion nur unnötig verlängere - -

Lars Winter [SPD]:

Es ist die Frage, wer dazu beiträgt, dass es eine absurde Diskussion ist.

- Ihre abstruse Argumentation!

Erste Frage: Wie ist es denn, wenn Ihre FAG-Reform dazu führt, dass zukünftig diejenigen, die sich mit niedrigeren Grundsteuern begnügen konnten, die Grundsteuern anheben müssen, was sich in vielen Gemeinden jetzt schon abzeichnet? Werden Sie anschließend die Grunderwerbsteuer wieder senken?

Zweite Frage: Trifft dann Ihre Grunderwerbsteuererhöhung insbesondere die kreisfreien Städte, weil die Grundsteuern in Kiel und in Lübeck am höchsten sind?

- Nein. Erst einmal ist das eine Glaskugelleserei, die Sie dort betreiben. Wir hatten uns im Finanzausschuss darauf verständigt, dass wir das sein lassen. Sie wissen doch gar nicht, wie der Finanzausgleich aussehen wird. Mein Fraktionsvorsitzender hat heute bereits ausgeführt, dass wir dort noch viel beraten und sicherlich auch einiges verändern werden. Das können Sie als Argumentation also nicht heranziehen, und deswegen erledigt sich das andere auch.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Es gibt noch den Wunsch einer Bemerkung des Kollegen Rother.

(Zurufe)

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Thomas Rother [SPD]: Noch eine Bemerkung. Es gibt einen guten Grund, Grundsteuer zu zahlen. Damit werden ja auch sinnvolle Sachen gemacht. Selbst die Lübecker Bürgerschaft beschließt sinnvolle Sachen.

(Heiterkeit und Beifall)

Herr Winter, stimmen Sie mir zu, dass der Finanzausschuss einstimmig beschlossen hat, dass weitere strukturelle Einsparungen und Mehreinnahmen notwendig sind, um das strukturelle Finanzdefizit vollständig abzubauen, und dass dieser Beschluss auch eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer umfassen könnte?

Lars Winter [SPD]:

Ja, selbstverständlich.

- Wunderbar. - Noch einmal die Nachfrage: Können Sie bestätigen, dass das ein einstimmiger Beschluss war?

- Das war ein einstimmiger Beschluss, soweit ich das weiß.

(Zurufe SPD: Hört, hört! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ihr Steuererhöher! - Weitere Zurufe SPD)

Ich könnte es jetzt auf die Spitze treiben, aber Herr Arp kratzt schon mit den Fingern, weil er die Debatte so schnell wie möglich beendet haben will. Ich habe noch 2 Minuten und 44 Sekunden.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp, nein, wir können die Unterhaltung gern am Rande des Plenums fortsetzen, das brauchen wir nicht mit einem Frage- und Antwortspiel hier zu machen.

Ich habe zum Schluss ausgeführt, dass ich mich darauf freue zu sehen, wie der Inhalt des Haushaltsplans 2014 in aktive gute Politik umgesetzt wird. Darauf freue ich mich gemeinsam mit Ihnen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe ich die Meldung des Kollegen Rasmus Andresen, der noch eine Restredezeit von rund 15 Minuten nutzen kann.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich das so anhört, was Sie hier veranstaltet haben - da ist er, er hört mir zwar gerade nicht zu, aber ich meine Sie, Herr Koch -, dann muss man sich doch wundern, wie das alles zusammenhängen soll. Meine Fraktionsvorsitzende hat vorhin schon deutlich gemacht, welche Schwerpunkte wir als grüne Fraktion, aber auch als Koalition insgesamt in diesem Haushalt sehen und warum wir glauben, dass das ein sehr guter und zukunftsgerichteter Haushalt ist. Gucken wir uns einmal etwas näher an, was Sie uns vorwerfen.

Sie haben damit angefangen, uns vor einem Jahr vorzuwerfen, dass wir uns auf den Lorbeeren ausruhten, die Sie durch den Doppelhaushalt 2011/2012 geschaffen haben. Sie haben behauptet, all die schönen Sachen, die wir beschließen - das ist O-Ton Tobias Koch aus der letzten Haushaltsdebatte vor einem Jahr -, müssten wir spätestens im nächsten Jahr wieder zurückdrehen. Das hat sich nicht ganz bewahrheitet.

(Unruhe)

Der neue Vorwurf lautet jetzt, wir hätten nur Glück gehabt. Alle vonseiten der Regierung und der Koalition haben gesagt, dass viele Dinge, zum Beispiel der Zensus, positiv gelaufen sind. Das ist nichts, was wir beeinflussen konnten, sondern es ist ein bisschen auf uns zugekommen. - Ja, natürlich, klar. Es ist aber ebenfalls richtig, dass man früher - man muss ehrlich sein und sagen, dass das auch für CDU-Regierungen galt - ohne die **Schuldenbremse** in Ausgaben verfallen wäre, die dazu geführt hätten, dass wir nicht versucht hätten, die Nettokreditaufnahme weiter zu senken, sondern weitere Ausgaben produziert und haushaltspolitisch etwas Kurs verloren hätten. Dass es die Schuldenbremse gibt, ist nicht allein ein Verdienst der CDU, das hätten Sie ohne uns gar nicht machen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Daran war abgesehen von den Fraktionen, die jetzt zusammen regieren, auch unsere Finanzministerin Monika Heinold maßgeblich beteiligt. Das wissen Sie ganz genau, weil Sie es auch waren.

Wenn wir uns jetzt einmal angucken, was für **Anträge** Sie hier stellen und mit was für einem Anspruch Sie gestartet sind - die **CDU-Fraktion** ist mit dem Anspruch gestartet, die Nettokreditaufnah-

(Rasmus Andresen)

me um 220 Millionen € mehr zu senken, als es unsere Koalition beabsichtigt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, dazu möchte Herr Koch eine Bemerkung machen. Gestatten Sie diese?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, klar.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Koch.

Tobias Koch [CDU]: Ich war einen Tick zu spät. Bevor Sie sich unseren Anträgen zuwenden, mögen Sie uns vielleicht noch einen Satz dazu sagen, an welcher Stelle Ihre Fraktion, die Regierungsmehrheit, durch eine strukturelle Ausgabenreduzierung dazu beigetragen hat, die Situation des Landeshaushalts zu verbessern? Eine einzige Stelle, ein Beispiel!

(Martin Habersaat [SPD]: Ersatzschulen! - Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Verbraucherzentrale!)

- Minderausgaben!

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Zum Beispiel beim Stellenabbau sind wir im Soll. Das kritisieren Sie ja auch gar nicht mehr. Das ist ein Bereich, in dem wir handeln. Es gibt andere strukturelle Maßnahmen, die wir in Gang setzen.

- Welche?

- Zum Beispiel - darauf komme ich noch bei Ihren Anträgen - die Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Das ist eine strukturelle Maßnahme. Das können Sie leugnen oder nicht, das ist nun einmal so.

- Ich habe nach Minderausgaben und nicht nach Mehreinnahmen gefragt.

- Herr Koch, Einnahmen und Ausgaben hängen miteinander zusammen. Der Haushalt muss zusammen schlüssig sein. Ich sage Ihnen, dass der Haushalt schlüssig ist. Der Vorwurf von Ihrer Seite, dass wir die Schuldenbremse reißen, ist zum zweiten Mal in Folge nicht eingetroffen. Akzeptieren Sie das doch, und geben Sie endlich einmal zu, dass Sie sich da geirrt haben!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist auch für einen CDU-Politiker keine Schande.

Nun komme ich zu dem angeblichen Schuldenabbau, den Sie betreiben. Da können Sie mir gern weiter zuhören. Sie sind mit 220 Millionen € gestartet. Sie haben selbst gemerkt, dass 150 Millionen € davon eine Luftbuchung sind, noch Restbestand von Rainer Wiegand, der vergessen hat, das in Zeiten der Schuldenbremse aufzulösen. Es bleibt noch ein Betrag von ungefähr 60 Millionen € übrig, mit dem Sie mit Ihren Haushaltsanträgen unter dem liegen wollen, was wir an Nettokreditaufnahme planen. Aber auch das passt nicht ganz zusammen. Denn allein bei der Erbschaftsteuer rechnen Sie im Vergleich zu uns mit einem Plus an Einnahmen in Höhe von 60 Millionen €. Dabei wissen Sie genauso gut wie ich, dass die Zukunft der **Erbschaftsteuer** ziemlich unsicher ist, weil der Bundesfinanzhof im Frühjahr nächsten Jahres ein Urteil dazu fällen wird. Sie können Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer nicht so leichtfertig planen, weil noch gar nicht klar ist, wie sich diese Steuer in Zukunft entwickeln wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn Sie allein den Punkt der Erbschaftsteuer ehrlich betrachteten, wären Sie bei der Nettokreditaufnahme auf dem gleichen Level wie wir. Ich will gar nicht darüber reden, was der Kollege Garg mit den globalen Kürzungen gemacht hat, die Sie gerade geleugnet haben.

Ich will auf zwei andere Beispiele eingehen: Bei der Beihilfe tricksen Sie um 7 Millionen €, und die Zinsausgaben müssen zur Gegenfinanzierung mit 17 Millionen € erhalten. Würden Sie das seriös veranschlagen, wie es die CDU zu Regierungszeiten einmal ausgezeichnet hat, würde die Nettokreditaufnahme nicht um 60 Millionen € niedriger liegen, sondern Sie würden 34 Millionen € mehr Schulden machen, als wir es tun. Seien Sie doch so ehrlich, und geben Sie das zu!

Zu dem Zeitpunkt sei noch gar nicht über die verschiedenen Kürzungsanträge gesprochen, die Sie hier auf den Tisch gelegt haben. Die haben schon sehr viele Leute kritisiert. Die kommen zusätzlich zu der Neuverschuldung hinzu, die die Konsequenz Ihrer Haushaltsanträge ist.

Herr Garg, ich muss zugeben, dass die **FDP** da wesentlich ehrlicher ist. Denn Sie beantragen ja gleich,

(Rasmus Andresen)

dass man mehr Schulden machen und die Nettokreditaufnahme im Vergleich zu unserem Vorschlag um 60 Millionen € steigen soll. Sie rutschen damit zwar gefährlich nah an die Verfassungsgrenze und haben kaum noch Sicherheitspuffer im Haushalt eingeplant, aber Sie sind ehrlicher als die Union. Das muss man Ihnen lassen.

(Beifall SSW)

Dass das allerdings die Politik der FDP ist, mehr Schulden zu machen, wundert mich. Das hatte ich bisher immer anders verstanden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es tut mir so leid, dass Sie nicht wissen, wovon Sie reden!)

Wenn Sie sich schon melden als große Freiheitsstatue Ihrer Partei - so haben Sie sich, glaube ich, selbst bezeichnet -, müssen Sie sich auch den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie bei den **Mitteln beim Kampf gegen Rechtsextremismus** kürzen. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, was das **NPD-Verbot** angeht - das wissen Sie -, anders als viele andere in der Koalition. Aber wenn man gegen ein NPD-Verbot ist, hat man die Verpflichtung, doppelt so viel beim Kampf gegen Rechtsextremismus zu machen. Was machen Sie? - Sie kürzen den Ansatz der Landesregierung beim Kampf gegen Rechtsextremismus um 200.000 €. Sie müssen unsere Konzepte in dem Bereich nicht teilen, aber da real 200.000 € von 300.000 € zu kürzen, finde ich einfach falsch. Es ist verlogen, sich hier hinzustellen und so zu tun, als ob das anders wäre, Herr Garg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Zunächst einmal, Herr Kollege Andresen, würden Sie mir freundlicherweise erklären, wo ich mich mal als Freiheitsstatue bezeichnet hätte? Das war Guido Westerwelle. Vielleicht können Sie sich daran erinnern?

Unabhängig davon: Wenn Sie so weitermachen, dass Sie das, was in diesem Haus bisher Common Sense war - der Kampf gegen Rechts -, auf so ein niedriges Niveau herun-

terziehen, dass Sie dann, wenn wir Ihre Vorstellungen nicht teilen, neue Stellen beispielsweise bei der AWO zu schaffen und zu finanzieren, den Konsens hier auflösen wollen, dann machen Sie so weiter. Dann werden Sie erleben, wie wir mit Ihnen bei der Frage des Kampfes gegen Rechts umgehen.

- Herr Kollege, Sie haben auch schon zehnmal gesagt, dass Sie mit mir kein Wort mehr reden. Das tun Sie ja trotzdem noch. Aber davon abgesehen ist es mir auch egal, ob Sie sich als Freiheitsstatue bezeichnen oder nicht. Ich rechne Ihnen hoch an, dass Sie sich in der Vergangenheit immer für Bürgerrechte eingesetzt haben und das in der Zukunft auch tun werden. Aber Ihr Kollege Garg hat vorhin in seiner Haushaltsrede gesagt, dass der Vorwurf, dass Sie bei Rechtsextremismus kürzen würden, ins Leere läuft. Da sage ich noch einmal: Sie müssen nicht teilen, was wir an konzeptioneller Arbeit machen. Ich habe allerdings, als das Ganze vorgestellt wurde,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Machen Sie mal so weiter!)

auch nicht eine kritische Pressereaktion der FDP-Fraktion vernommen. Sagen Sie doch einfach einmal, was da Ihre Ideen sind, was für Konzepte Sie haben und wie Sie das mit 200.000 € weniger umsetzen wollen. Darauf bin ich gespannt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir hatten vorher kein Konzept?)

- Sie haben ja noch nicht gesprochen, Sie können das gleich noch machen oder eine Zwischenfrage stellen. Das wäre dann auch transparenter.

Zu den **Piratenanträgen**: Ich habe bei der Rede des Kollegen Schmidt nicht so ganz verstanden, wo jetzt eigentlich Ihre grundsätzliche Kritik ansetzt, abgesehen davon, dass Sie **Sondervermögen** anders bewerten als wir. Diese Diskussion hatten wir ja auch schon im Ausschuss, dass Sie bei ein paar Anträgen noch einmal nachsteuern wollen im Hinblick auf das, was die Regierungsfaktionen vorgelegt haben. Das ist leider in der Haushaltsrede nicht so ganz deutlich. Ich habe bisher auch immer noch nicht die Änderungsanträge für heute auf den Tisch bekommen, deswegen kann ich es auch nicht so ganz nachvollziehen.

Zum Beispiel würde mich interessieren: Sind Sie für oder gegen die **Grunderwerbsteuererhöhung**? In Ihren Haushaltsanträgen haben Sie das bisher nicht abgedeckt. Der Kollege Breyer hat hier aber

(Rasmus Andresen)

gerade ein flammendes Plädoyer für ein ganz anderes Grunderwerbsteuermodell gehalten. Da muss man sich schon entscheiden. Man kann auch mal unterschiedlich abstimmen, aber mir ist jetzt nicht ganz klar, was in dieser Frage eigentlich die Position der PIRATEN ist.

Es gibt aber ein oder zwei Anträge von Ihnen, von der Fraktion der PIRATEN, die ich gut finde und die wir als grüne Fraktion gut finden, auch wenn wir heute nicht dafür stimmen, weil wir glauben, dass es dafür noch keine Grundlage gibt. Einer dieser Anträge ist der zum Thema **Rüstungsförderung**, zum Beispiel bei Werften oder auch bei anderen Unternehmen. Da fehlt uns einfach die Grundlage, um entscheiden zu können, weil wir zum einen sagen, dass bisher unklar ist, was in dem Bereich eigentlich gemacht wird und was nicht, wo es vertragliche Verbindungen gibt, an die man sich halten muss und wo nicht. Es gibt einfach keine wirkliche Grundlage, um bewerten zu können, ob man dazu einfach einen Haushaltsvermerk einführen kann.

Wir wollen aber auch durch Anfragen - das sage ich einmal für die grüne Fraktion in der Koalition, das ist nicht besprochen - den Bereich noch einmal näher untersuchen und schauen, ob wir dazu im Haushalt 2015 auch handeln können.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Entschuldigung, ich war abgelenkt. - Ich frage Sie, Herr Kollege, ob Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Breyer gestatten.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Herr Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Lieber Kollege Rasmus Andresen, erst einmal freue ich mich darüber, dass Sie diesen Antrag bemerkt haben. Würden Sie mir zustimmen, dass es, wenn es darum geht, wie wir die neuen **EU-Förderprogramme** ab nächstem Jahr ausgestalten, sinnvoll ist, von vornherein die Verwendung dieser Mittel für Rüstungs- und Überwachungszwecke auszuschließen, anstatt abzuwarten und hinterher

zu fragen: „Habt Ihr das vielleicht für Rüstungszwecke vergeben?“, wenn es vielleicht schon zu spät ist?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich gebe Ihnen recht. Es ist immer besser, so etwas vorher auszuschließen als im Nachhinein mit bösen Überraschungen aufzuwachen. Auch dazu könnte ich aus dem ersten Regierungsjahr viele Geschichten erzählen.

(Zuruf)

Nichtsdestotrotz war der Ausgangspunkt, dass wir erst einmal eine Grundlage brauchen, um uns einen Überblick darüber zu verschaffen. Das muss trotz alledem sein, wenn man Sachen beschließen will, damit man weiß, worüber man beschließen will und welche Konsequenzen das hat. Aber das heißt nicht, dass man da nicht zusammenkommen kann. Zumindest würden wir als grüne Fraktion das anregen.

Zur **Grunderwerbsteuer** möchte ich noch ein oder zwei Sätze sagen. Ich finde es auch hier wieder äußerst verlogen, wie Schwarz-Gelb hier teilweise auftritt, weil Sie es anders gemacht haben. Natürlich kann man auch, wenn man vorher einmal einer Grunderwerbsteuererhöhung zugestimmt hat, jetzt zu einer anderen Meinung kommen. Das ist ganz klar. Aber man muss mindestens so ehrlich sein und in den Reden - das habe ich hier vermisst, zum Beispiel bei Ihnen, Herr Koch - sagen: „Wir haben das selbst gemacht, das war vielleicht ein Fehler“, oder „jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht“ oder „das interessiert uns alles nicht, weil wir jetzt in der Opposition sind“. Aber sich hier einfach hinzustellen und etwas zu verteufeln, was man selbst gemacht hat, finde ich falsch.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg? - Ja.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Andresen, ist Ihnen möglicherweise entgangen, dass zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode der Satz der Grunderwerbsteuer in Schleswig-Holstein mit 3,5 % bundesweit ganz am unteren Ende der Skala stand, dass wir auch auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung, den die vergangene Regierung begonnen hat, gesagt haben: Wir machen ein Benchmarking und bei den Punkten, wo wir unterhalb des Bundesdurchschnitts sind, ist

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

es vertretbar, auf den Bundesschnitt zu kommen. - Was Sie jetzt tun, ist, dass Sie die Grunderwerbsteuer auf den höchsten Satz bundesweit anheben. Dass da möglicherweise ein kleiner Unterschied besteht, das könnten Sie zumindest freundlich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das nehme ich sehr gern zur Kenntnis, Herr Kollege, genauso wie Sie sicherlich auch schon durch meine Zwischenfrage zur Kenntnis nehmen, dass dies eine Maßnahme ist, die der Stabilitätsrat in der letzten Woche ausdrücklich noch einmal gelobt hat, dass wir strukturelle Maßnahmen brauchen gegenüber dem Stabilitätsrat, und dass wir auch in der Zeit vom Haushaltssorgenland zu zumindest einem Land geworden sind, das sich auf einem guten Weg befindet - so der Stabilitätsrat. Das hängt auch mit Maßnahmen wie der Grunderwerbsteuererhöhung zusammen. Das kann man eben nicht ausblenden. Es kommt ja nicht alles von selbst.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, auch der Kollege Koch hat das Bedürfnis, eine weitere Zwischenbemerkung oder -frage zu stellen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, natürlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön, Herr Koch.

Tobias Koch [CDU]: Ihre Argumentation, Herr Kollege Andresen, lautete ja, eine Steuererhöhung in der Vergangenheit rechtfertigt jetzt die nächste Steuererhöhung. Müssen sich da die Menschen in Schleswig-Holstein darauf einstellen, dass Sie mit dem Haushalt 2015 die Grunderwerbsteuer erneut anheben nach dem Motto: Haben wir letztes Jahr gemacht, machen wir nächstes Jahr auch noch einmal?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein.

(Tobias Koch [CDU]: Ach nein!)

Das können Sie nicht daraus schließen. Sie können aber aus der ganzen Debatte zu den Steuerfragen hier im Land schließen, dass wir ehrlich, offen und transparent von Anfang an gesagt haben, dass wir um diese Maßnahmen nicht herumkommen - das machen wir jetzt -, während Sie bei der Erbschaftsteuer - darauf verweise ich noch einmal - durch Trickserei probieren, die Einnahmenseite zu steigern. Es trägt halt nur nicht durch, und das wissen Sie auch. Aber Sie können das in der Opposition machen, weil Sie genau wissen, dass wir als verantwortungsvolle Koalition diesem Antrag gar nicht folgen können.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein Argument möchte ich aber noch nennen, warum wir an der Grunderwerbsteuerschraube drehen müssen. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass auf **Bundesebene** aus unserer - zumindest aus grüner - Sicht zu wenig passiert, um die Einnahmenseite der Länder zu stärken. Das hängt natürlich auch miteinander zusammen, weil wir nicht viele Möglichkeiten haben - das war auch der Hintergrund Ihrer Steuererhöhung damals -, weil wir nicht viele Hebel haben, durch die wir die Weichen im Steuerbereich stellen können. Bei der Grunderwerbsteuer geht das.

Wir erleben nämlich bei der Großen Koalition im Koalitionsvertrag leider - das haben auch schon andere gesagt -, dass es keine Abschaffung des **Kooperationsverbots** geben wird. Das wäre dringend geboten gewesen. Es gibt keine richtigen strukturellen Mehreinnahmen für die Länder. Das ist alles sehr, sehr stark im Vagen.

Was mich besonders ärgert, ist, dass auch die **Altschuldenfrage** noch komplett ungelöst bleibt. Diese Frage ist in der Arbeitsgruppe vertagt worden. Da kann man nur hoffen - das ist übrigens auch ein Beitrag an Ihre Adresse, Herr Koch -, dass Sie sich auch in der Altschuldenfrage in Ihrer Partei weiter durchsetzen. Sollte Minister Schäuble Minister bleiben, haben Sie doch sicherlich die Möglichkeit, in der Altschuldenfrage den Bundesfinanzminister zu drängen, damit wir da zu Lösungen kommen, die dem Land nachhaltig helfen und uns stärken.

Die Finanzministerin hat in einem Interview vor ein paar Tagen gesagt, dass sie glaube, dass wir die besseren Argumente hätten, dass unser Haushalt derjenige sei, der am schlüssigsten sei. Sie hat darauf verwiesen, dass viele Sachen, die Sie hier als Oppositionsfraktion in die Debatte eingebracht ha-

(Rasmus Andresen)

ben, so nicht zusammenpassen. Ich glaube sogar, dass wir die Einzigen sind, die hier heute einen Haushalt vorlegen, dem man wirklich mit gutem Gewissen zustimmen kann, nicht nur, weil er starke politische Schwerpunkte hat, sondern weil er auch auf Taschenspielertricks verzichtet. Der Gegenentwurf ist am deutlichsten bei der CDU zu sehen.

Sie sind sich nicht einig. Das heißt, es gibt eigentlich kaum eine gute Alternative zur Küstenkoalition. Ich bin froh und dankbar, dass wir gleich über diesen Haushalt abstimmen werden und dass wir damit den Politikwechsel fortsetzen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Auch die Fraktion der PIRATEN hat noch Restredezeit. Mir ist nicht klar, ob Sie diese nutzen möchten. Weiterhin sind zwei Dreiminutenbeiträge zu den Tagesordnungspunkten 17 und 22 angemeldet. - Herr Krumbeck, bitte klären Sie uns auf.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Die Reihenfolge der Redner ist so, dass zunächst der Fraktionsvorsitzende und dann der finanzpolitische Sprecher spricht. Da unser Herr Schmidt beides in einer Person ist, haben wir darauf verzichtet, auch in der zweiten Runde einen Beitrag zu halten. Herr Dr. Breyer würde allerdings gern noch etwas sagen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Sind damit die Anmeldungen für Dreiminutenbeiträge zu den Tagesordnungspunkten 17 und 22 aufgehoben?

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Diese wollten wir im Anschluss an die anderen Dreiminutenbeiträge halten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das ist dann geklärt. Jetzt hat der Kollege Dr. Patrick Breyer von der Fraktion der PIRATEN das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Liebe Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Aus aktuellem Anlass und als Antwort auf die Demonstration von heute Morgen vor dem

Landeshaus möchte ich gern etwas zu der Situation der **Verbraucherzentralen** in unserem Land sagen. Bei der Verbraucherberatung haben wir die Situation, dass der Zuschuss im Bereich der institutionellen Förderung schon unter der schwarz-gelben Koalition überproportional stark gekürzt worden ist. Gleichzeitig steigen jedoch die Kosten der Verbraucherzentrale jedes Jahr, weil Tarifierungen weiterzugeben sind und der Beratungsbedarf sehr stark ansteigt. Schon heute können unsere Verbraucherzentralen 30 % der eingehenden Anrufe nicht mehr beantworten, weil es ihnen an Personalkapazitäten fehlt.

In diesem Jahr haben die Verbraucherzentralen ein Defizit von 92.000 € zu verzeichnen. Wenn es also bei dem eingeplanten Zuschuss bleibt, dann wird man in den Beratungsstellen Personal abbauen müssen, und zwar über 10 % der Menschen, die in den fünf Beratungsstellen in Schleswig-Holstein beschäftigt sind. Ganz konkret bedeutet dies kürzere Öffnungszeiten. Weiterhin steht die Unterstützung der Kommunen vor Ort infrage, weil diese sich fragen, warum sie eine Verbraucherzentrale bezuschussen sollen, die nur noch an einem oder zwei Tagen in der Woche geöffnet ist. Hier droht der Beginn eines Teufelskreises, wenn keine Anpassungen vorgenommen werden.

Besonders überzeugt hat mich der **Vergleich der Bundesländer** untereinander. Im Vergleich der Zahlungen der einzelnen Bundesländer an ihre Verbraucherzentralen im Bereich der institutionellen Förderung liegt Schleswig-Holstein schon im Jahr 2011, als der Zuschuss noch bedeutend höher war, im ganzen Bundesgebiet an drittletzter Stelle. Das heißt, dass wir im Ländervergleich sehr wenig Geld für die Verbraucherberatung ausgeben. Das kann nicht sein, weil der Beratungsbedarf nicht zurückgeht. Immer mehr Menschen brauchen Informationen, wenn sie sich zum Beispiel um Finanzanlagen kümmern. In der Vergangenheit haben einige Finanzanlagen dazu geführt, dass Menschen ihr gesamtes angespartes Vermögen verloren haben. Auch im Bereich des Internets gibt es Probleme, zum Beispiel mit Abzocke. Es gibt infolge unserer Wirtschaft viele Unsicherheiten, die einen Beratungsbedarf auslösen.

Eine ordentliche Beratung ist im Übrigen auch ein Beitrag zur **Wirtschaftsförderung**. Es kann unsere Wirtschaft unterstützen, wenn Menschen die Sicherheit gegeben wird, dass das, was gekauft werden soll oder worüber ein Vertrag abgeschlossen werden soll, richtig ist. Daher sprechen viele Gesichtspunkte dafür, die Verbraucherberatung zu

(Dr. Patrick Breyer)

stärken, nämlich das Transparenzinteresse, aber auch die Wirtschaftsförderung.

Ich verstehe nicht, dass in diesem Haushalt kein Geld vorhanden sein soll, um den Zuschuss an die Verbraucherzentralen zu erhöhen. Im letzten Jahr war mehr Geld vorhanden, als in diesem Jahr eingeplant ist. Wir haben das Projekt Dachmarken-Standortförderung gekürzt. Dies haben - wie ich es sehe - alle Oppositionsfraktionen zu Recht beantragt. Wir stellen deshalb heute separat zur Abstimmung, den Zuschuss an die Verbraucherzentralen im nächsten Jahr um den Fehlbetrag, den sie in diesem Jahr aufweisen, nämlich um 92.000 €, zu erhöhen, und zwar gegenfinanziert aus dem Projekt Standortmarketing.

Ich glaube, dass ein aufgeklärter Verbraucher und Transparenz am Markt wichtiger sind als Werbung für unseren Standort. Für einen Standort, an dem Menschen, die es nötig haben, am wenigsten Hilfe und Beratung erhalten, sollte man nicht werben.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung Ihres Kollegen Dudda?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Gern.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Herr Kollege Breyer, sind Sie wie ich besonders überrascht darüber, dass das Geld für die Verbraucherzentralen angesichts des Inhalts des Koalitionsvertrages dieser Regierung weiter gekürzt wird?

- Das ist genau richtig. Im Koalitionsvertrag ist das genaue Gegenteil versichert worden, nämlich dass das Beratungsangebot in Schleswig-Holstein erhalten und sogar noch ausgebaut werden soll. Davon ist nicht einmal im Ansatz die Rede. Wenn man den Verbraucherzentralen über Jahre hinweg sinkende und den Kostensteigerungen nicht angepasste Zuschüsse zuweist, dann beschwerten sich die Menschen zu Recht darüber, dass es ein Wortbruch ist, wenn man im Koalitionsvertrag Ankündigungen macht, jedoch keinen einzigen Euro in diese Richtung der Verbraucherberatung lenkt.

Es reicht nicht aus, für die Beratung immer auf **Projektmittel** zu verweisen. Die Verbraucherberatung und die Beratungsstellen vor Ort sind kein Projekt. Das ist eine ständige Einrichtung, bei der die Menschen die Sicherheit brauchen, nicht jedes Jahr Projektmitteln hinterherlaufen zu müssen. Es

reicht nicht, in Aussicht zu stellen, hier und da etwas beantragen zu können. Dafür haben die Stellen gar nicht genügend Personal.

Die Beratungsstellen vor Ort können auch nicht mit Energieberatern für die energetische Beratung von sozialschwachen Haushalten besetzt werden. Das hilft nicht weiter. Daher appelliere ich noch einmal: Schauen Sie sich unseren Antrag noch einmal genau an. Ich finde, er ist seriös gegenfinanziert. Über die Höhe der Summe können wir gern noch einmal sprechen. Ich finde aber, wir brauchen ein Signal in diese Richtung, das besagt, dass uns die Verbraucherberatung in Schleswig-Holstein etwas wert ist.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN?

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Ja.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Breyer, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass wir bereits über die Presse mitgeteilt haben, dass wir im Rahmen des nächsten Haushalts eine langfristige Lösung suchen? Wir finden es unsinnig, Projektmittel zu fordern. Ihre Gegenfinanzierung ist keine strukturelle Gegenfinanzierung. Es macht keinen Sinn, eine strukturelle Maßnahme einzubringen, ohne eine strukturelle Gegenfinanzierung zu haben. Genau diese werden wir zum nächsten Haushalt hin suchen.

- Ich nehme das zur Kenntnis. Ich will aber auch sagen, dass es den Verbraucherzentralen wenig hilft, wenn etwas für die Zukunft angekündigt wird. Es geht jetzt darum, dass in diesem Jahr ein Fehlbetrag von 92.000 € vorhanden ist. Wenn die entsprechenden Personalkapazitäten erst einmal abgebaut sind, dann kann für die abgebauten Fehlstunden nicht unmittelbar wieder Teilzeitpersonal eingestellt werden. Die Leute sind ja nicht auf Abruf bereit. Daher geht es uns auch darum, eine **Übergangslösung** für das nächste Jahr zu schaffen, damit das Personal nicht entlassen werden muss. Für die Folgejahre muss natürlich eine Regelung gefunden werden. Die Verpflichtungsermächtigung und die eingeplanten Mittel für die Verbraucherzentralen müssen angepasst werden. Daher glaube ich, dass wir eine Übergangsregelung brauchen.

(Dr. Patrick Breyer)

Wenn nichts unternommen wird, dann wird schon - so wurde es mir versichert - zum nächsten Jahr ein entsprechender Personalabbau stattfinden, denn die Verbraucherzentrale kann nicht aufgrund von Ankündigungen für die Zukunft ein Defizit von 92.000 € auflaufen lassen. Wir brauchen eine Übergangsregelung. Daher appelliere ich noch einmal daran, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich begrüße jetzt gemeinsam mit Ihnen auf der Tribüne Gäste der CDU-Fraktion, nämlich Bürgerinnen und Bürger aus Kiebitzreihe. - Ich heiße Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag in Kiel.

(Beifall)

Wir setzen die Debatte fort. Der finanzpolitische Sprecher des SSW, Herr Abgeordneter Lars Harms, hat noch Restredezeit. Er hat heute Morgen als Fraktionsvorsitzender des SSW bereits den ersten Teil seiner Rede vorgetragen.

Lars Harms [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich weiß nicht, ob der Finanzpolitiker oder der Fraktionsvorsitzende der Bessere ist, sei es drum. Ich wollte aber zumindest die Gelegenheit nutzen - ich will auch nicht zu lange reden -, noch zwei oder drei Dinge richtigzustellen, weil - wie ich finde - dies durchaus notwendig ist.

Wenn Herr Callsen sagt, wir hätten keinen langfristigen Plan, dann finde ich das ungerecht; denn jede Landesregierung hat einen langfristigen Plan, der niedergelegt wird in der **mittelfristigen Finanzplanung**. Auch Ihre Regierung hatte natürlich einen langfristigen Plan, als es darum ging, das Strukturdefizit abzubauen. Sie hat auch eine Meldung an den Stabilitätsrat gemacht, wie wir das ja auch tun und wie das, was die mittelfristige Finanzplanung angeht, möglicherweise auch die nachfolgenden Regierungen tun werden. Wir haben also alle einen Plan.

Den kann man kritisieren, und man kann sagen, man habe politisch eine andere Auffassung, man finde eine andere Maßnahme besser als die Maßnahme, die andere machten. Sich hier aber als Politiker hinzustellen und zu sagen, die anderen hätten alle keinen Plan, ist wohl nicht das Richtige. Denn das leistet auch wieder nur der Politikverdrossenen-

heit Vorschub. Deshalb sollten wir uns insoweit alle ein bisschen zurücknehmen.

Wenn wir uns einmal die Langfristigkeit anschauen, dann ist klar, dass ein Haushalt für 2014 nicht die **langfristigen Perspektiven** bis ins nächste Jahrzehnt hinein darstellen kann, sondern jetzt geht es um den Haushaltsvollzug im nächsten Jahr, an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch noch um ganz wenige Perspektiven, die sich über zwei, drei Jahre erstrecken. Das ist richtig, und das macht man dann über eine Verpflichtungsermächtigung. Aber ansonsten ist ein Haushaltsplanentwurf als langfristige Planung nicht zu gebrauchen.

Das heißt, wenn wir über Langfristigkeit reden, dann reden wir über die mittelfristige Finanzplanung. Diese sieht, das muss man sagen, zurzeit verdammt gut aus. Wir reden in der Tat auch über unsere **Sondervermögen**, bei denen wir uns dazu entschieden haben, mittelfristig dafür Gelder zur Verfügung zu stellen, die man dann in den nächsten Jahren für die Infrastruktur nutzen kann, was im Übrigen dann auch die kommenden Haushalte entlasten wird, nämlich bei den Kosten, die wir für die Unterhaltung und den Betrieb von Liegenschaften nutzen müssen. Insofern ist es richtig, dass wir eine entsprechende langfristige Finanzplanung machen.

Zweitens. Der Begriff „Taschenspielertricks“ drückt das eigentlich recht gut aus, wenn von **globalen Minderausgaben** die Rede ist, die die CDU nun ins Feld führt und sagt: Wir gehen mit dem Rasenmäher drüber und kürzen um 2 %; jeder muss irgendwie bluten. Ich glaube aber, es ist eher der Tatsache geschuldet, dass man seine erste Finanzierung, die man noch letzte Woche hatte, nämlich die Rückstellungen, nicht ausnutzen konnte, weil wir die Rückstellungen schon jetzt dem Haushalt entsprechend zugeführt haben. So musste man sich etwas einfallen lassen. Das Schnellste, was man machen konnte, waren möglicherweise diese globalen Minderausgaben. - Bitte, gern geschehen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann gestatten Sie, Herr Abgeordneter Harms, eine Zwischenbemerkung des Kollegen Koch. Dafür schalten wir nun das Mikrofon 4 an, Herr Kollege Tietze.

(Heierkeit)

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Harms, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass die gerade von Ihnen getätigte Ausnahme schlichtweg falsch ist, da die Auflösung der

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Rücklage und auch die Kürzungen in Form von globalen Minderausgaben zum Zeitpunkt unserer Haushaltsanträge Bestandteil dieses Konzeptes waren? Die globalen Minderausgaben waren von Anfang an Bestandteil, um die Mindererlöse bei der Grunderwerbsteuer auszugleichen. Und mit der Auflösung der Rücklage wollten wir erreichen, dass die Neuverschuldung entsprechend sinkt. Insofern hatten wir keinen Veränderungsbedarf, um uns damit neue globale Minderausgaben auszudenken, sondern wir haben lediglich darauf reagiert, dass die Finanzministerin die Rücklage bereits in diesem Jahr auflöst. Insofern können wir diese im nächsten Jahr nicht mehr auflösen. Eine Änderung unserer Position hat es an der Stelle also nicht gegeben.

Lars Harms [SSW]:

Das nehme ich so zur Kenntnis, Herr Kollege Koch. Ich hatte das ja auch als Vermutung geäußert. Ich stelle aber fest, dass das die globalen Minderausgaben nicht besser macht. Vor diesem Hintergrund muss man einmal über dieses Instrument reden. Insoweit bin ich, wenn man so will, ganz PIRAT. Man sollte das ein bisschen transparenter machen, und man sollte den Leuten auch ins Gesicht sagen, dass man bei ihnen kürzen will.

Dann wäre es eigentlich gerecht - das ist übrigens nicht mehr die Antwort auf Ihre Frage, sondern ich bin schon wieder in meiner Rede -, jedem einzelnen Zuwendungsempfänger vonseiten der CDU mitzuteilen, dass seine Zuwendung um 2 % gekürzt werden soll.

Diesen Mut haben die **FDP-Kollginnen und -Kollegen** immerhin gehabt; sie haben Haushaltsvorschläge eingebracht und haben gesagt, wem man etwas kürzen will. Dazu kann man sich verhalten, und das kann man gut oder auch schlecht finden. Sich aber irgendwo in die Büsche zu schlagen und zu sagen, wir machen mal eine zweiprozentige Kürzung, und das wird hoffentlich keiner merken, und dann kriegen wir auch keinen Ärger, ist doch wohl der falsche Weg. Dieser Weg ist auch intransparent. Wir dagegen haben uns zum Ziel gesetzt, sowohl einen transparenten Haushalt vorzulegen als auch einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu führen.

(Beifall SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Stegner?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Kollege Harms, an einer anderen Stelle wäre ich dankbar, wenn Sie noch ein bisschen für mehr Aufklärung sorgen würden. Der Kollege Koch hat ja vorhin das doch sehr seltene Lob an seine Fraktion zurückgewiesen, dass man die Position geändert habe bei der Minderheitenförderung an den **dänischen Schulen**. Er hat aber darauf hingewiesen, man habe quasi in Notlage für zwei Jahre eingegriffen und habe etwas vorgeschlagen, was wir nun umgesetzt hätten. Es sei eigentlich der kluge Vorschlag der CDU gewesen, den wir nun bei der Minderheitenförderung umsetzen wollten. Das hat mich doch so verwirrt, dass ich Sie um Aufklärung bitten möchte, an der ich dringend interessiert wäre.

- Das will ich auch gern tun, lieber Kollege Stegner. Das hatte ich übrigens eh vor. Aber so spare ich ein paar Minuten ein. Insofern ist es wunderbar, dass Sie diese Frage gestellt haben. Was die dänischen Schulen angeht, ist es, Herr Kollege Stegner, in der Tat nicht so, dass wir im Bildungsministerium in irgendeiner Weise die Glückseligkeit vorgefunden hätten, die da heißt, die CDU habe bereits alles ausgerechnet und habe einen tollen Plan vorgelegt, wie man freie Schulen und dänische Schulen unterstützen könne.

Dies haben wir nicht vorgefunden, sondern das ist durch diese Regierung in Zusammenarbeit mit den Fraktionen erarbeitet worden. Ich kann Ihnen von meiner Seite sagen, dass auch ich daran beteiligt war. Ich kann also auch aus eigenem Erleben schildern, dass dies keine leichten Arbeiten waren, sondern dass dies durchaus komplizierte und schwierige Arbeiten waren, die mir aber sehr viel Freude bereitet haben, weil das, was am Ende für die dänischen Schulen und für die Schulen in freier Trägerschaft herausgekommen ist, wirklich etwas ganz Tolles ist, weil es ihnen Planungssicherheit gibt. Es gibt diesen Schulen auf Dauer mehr Geld, und es gibt ihnen Sicherheit. Das ist eine Politik, die wir beide ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen vertreten. Es ist gut, dass es uns in diesem Land gibt und dass wir dieses Land regieren.

(Lars Harms)

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Das sage ich ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Kollegen Koch?

Lars Harms [SSW]:

Auch das.

Tobias Koch [CDU]: Zurück zu den globalen Minderausgaben. Herr Kollege Harms, ist Ihnen bewusst, dass unser Vorschlag exakt der Vorgehensweise der Finanzministerin entspricht, weil die Finanzministerin zu Beginn der Haushaltsberatungen auch allen Häusern eine zweiprozentige Kürzung auferlegt hat, die die Häuser genauso umsetzen mussten, wie es im Fall unserer globalen Minderausgabe der Fall wäre?

- Ja, aber wir schreiben es in den Haushalt rein und sagen, wen wir am Ende quälen werden. Das ist nämlich das Entscheidende. Sie schreiben es nicht hinein, weil Sie nicht den Mut haben, den Leuten ins Gesicht zu sagen, dass Sie bei denen kürzen wollen. Wenn Sie diesen Mut gehabt hätten, dann hätten Sie Haushaltsanträge gestellt, in denen dezidiert aufgeführt worden wäre, bei wem und an welcher Stelle Sie kürzen wollten.

Dass wir zum Beispiel die Ansätze für die **Verbraucherzentrale** nicht erhöhen können, tut uns weh, und das ist schwierig für uns. Das müssen wir aber ausstehen, und wir müssen auch mal eine Demonstration aushalten; denn das ist völlig okay. Aber wir sagen es zumindest vorher und verschleiern es nicht und sagen nicht einfach: Wir machen eine globale Minderausgabe, und dann werden die von der Volkshochschule und die von den Verbraucherzentralen das schon nicht merken. Genau dies tun wir nicht, und dies unterscheidet uns in der Tat von der Politik, die Sie in der Vergangenheit getrieben haben. Wir wollen mit den Leuten reden. Auch dann, wenn es schwieriger wird, reden wir mit den Leuten, und wir werden auch zu vernünftigen Lösungen kommen. Deswegen werden wir auch mit den Verbraucherzentralen zu einer vernünftigen Lösung kommen, weil wir mit denen auch im nächsten Jahr ausreichend reden und am Ende eine Lösung finden werden, wie wir sie institutionell unterstützen können und wie wir den Verbraucherzentralen, möglicherweise auch durch Projektförderungen, entsprechend helfen können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun aber zurück zu meiner Rede und zu den 4 Minuten, die ich noch habe. Aber keine Angst. Ich will es ganz kurz machen. Es geht mir letztlich um fünf Punkte, meine Damen und Herren, die diesen Haushalt kennzeichnen. Der Kollege Peter Eichstädt ist schon ganz nervös. Aber ich werde diese Punkte nicht weiter ausführen, Peter.

Es geht einfach nur um folgende Punkte: Die Neuverschuldung sinkt. Der Bildung geht es besser. Dem sozialen Bereich geht es besser. Was Infrastruktur und Landesvermögen angeht, arbeiten wir sehr nachhaltig. Und Minderheitenpolitik - lieber Kollege Kubicki, das ist gerade wichtig für Sie - machen wir auch besser als die Vorgängerregierung.

Das heißt, der gesamte Haushalt ist gut für das Land und ist gut für das Image des Landes, das wir auch gern befördern.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, mir liegen nun noch zahlreiche Wortmeldungen für Dreiminutenbeiträge vor. Ich möchte Sie vorab fragen, ob Sie Ihre Dreiminutenbeiträge noch vor der Rede der Finanzministerin halten wollen oder erst nachher. - Vorher.

Dann fahren wir jetzt fort. - Herr Kollege Arp, hat mir mein Vorgänger richtig notiert, dass auch Sie sich noch einmal für drei Minuten zu Wort melden wollen?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nein!)

- Das ist nicht der Fall. Dann komme ich nun zu der ersten Wortmeldung, zu der Wortmeldung des Kollegen Patrick Breyer von der Piratenfraktion, der sich noch einmal für drei Minuten zu Tagesordnungspunkt 17 zu Wort melden möchte. Ich erteile Ihnen nunmehr dafür das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute lange und ausführlich geredet und gestritten über die Finanzplanung für das nächste Jahr, aber noch sehr wenig über den Haushaltsvollzug, also über das, was tatsächlich aus unserer Planung wird.

(Dr. Patrick Breyer)

Leider hat in den vergangenen Jahren unser Vorgehen gegen Steuerverschwendung und Haushaltsuntreue nicht Schritt gehalten mit dem Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, was teilweise schon exzessiv und missionarisch ausfällt. Stichwort: Ankauf von gestohlenen Steuerdaten und Ähnlichem.

Deswegen haben wir PIRATEN einen Antrag vorgelegt mit dem Ziel, eine Bundesratsinitiative einzuleiten, um das Vorgehen gegen **Haushaltsuntreue** zu verschärfen. Wir schlagen drei Punkte vor.

Erstens sagen wir: Wenn ein zuständiger Beamter beziehungsweise eine zuständige Beamtin vorsätzlich **gegen einen Haushaltsplan verstößt**, muss dies als Haushaltsuntreue bestraft werden. Das ist deswegen wichtig, weil im Moment Strafbarkeitslücken in diesem Bereich bestehen.

Es gibt zum Beispiel den Fall eines Bürgermeisters in Bayern, der Kredite in viel größerer Höhe aufgenommen hat, als eigentlich vom Gemeinderat beschlossen worden ist. Dies hat er aber kaschiert, so dass der Gemeinderat über Jahre hinweg mehr Geld ausgegeben und Schulden aufgenommen hat als er hätte aufnehmen wollen. Die Gerichte haben daraufhin entschieden, dass das nicht strafbar ist, weil der Tatbestand der Untreue nicht erfüllt war und weil der Gemeinde kein Schaden entstanden ist, da für die entsprechenden Kosten auch etwas reingekommen ist.

Es kann aber nicht sein, dass ein Gemeinderat oder ein Parlament vorsätzlich an der Nase herumgeführt werden kann und dies völlig ohne Konsequenzen bleibt.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- Ich will nicht hoffen, dass das tatsächlich so ist. Ich finde, wir sollten ausschließen, dass so etwas passieren kann. Wenn es dafür konkrete Beispiele gibt - ich habe eine Gemeinde benannt -, dann sollte uns das zum Handeln veranlassen.

Unsere zweite Forderung lautet: Wer eine vorgeschriebene **Ausschreibung** eines Auftrags unterlässt und stattdessen freihändig vergibt, muss ein Bußgeld zahlen. Wir wissen, dass freihändige Ausschreibungen viel teurer sind. Sie sind im Durchschnitt 10 % bis 20 % teurer als wenn eine Ausschreibung erfolgt. Deswegen darf das nicht länger ohne Konsequenzen bleiben.

Drittens. Wenn bei einer **Rechnungsprüfung** zum Beispiel durch den Landesrechnungshof der Verdacht aufkommt, dass bei der Verwendung von Haushaltsmitteln eine Straftat begangen worden sein könnte, muss das auch angezeigt und von der

Staatsanwaltschaft untersucht werden. Nur so ist gewährleistet, dass diese Fälle transparent gemacht, aufgeklärt und im Zweifelsfall auch vor einem Strafgericht verhandelt werden. Das Vertrauensverhältnis kann keinen Vorrang vor dem Vorgehen gegen strafbare Haushaltsuntreue haben. Bei den steuerlichen Prüfungen ist es schon längst so, dass angezeigt werden muss, wenn bei einer Außenprüfung ein Tatverdacht auftaucht. Das darf bei der Innenprüfung nicht anders sein.

Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Vorstoß gegen Steuerverschwendung und Haushaltsuntreue. - Danke.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Piratenfraktion hat sich zu Tagesordnungspunkt 22 der Abgeordnete Sven Krumbeck für einen Dreiminutenbeitrag gemeldet. Dieser sei ihm hiermit gewährt.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das **Konsensprinzip** sollte das primäre Demokratieprinzip sein. Dann muss keine **Minderheit** in einer Demokratie Angst haben. Das ist eine gute Annahme. In Teilen wird das in Schleswig-Holstein auch so gelebt. Wir schützen Minderheiten im kulturellen Bereich. Wir schützen Minderheiten im politischen Bereich, sofern sie als Minderheiten anerkannt sind und auch anerkannt werden.

Bei den **Schulen in freier Trägerschaft** scheint das deutlich anders zu sein. Im Bildungsausschuss wurde uns ein gelungener Kompromiss vorgegaukelt. Alle Beteiligten seien angetan gewesen von den Regierungsplänen zur Reform der Finanzierungsstrukturen von Schulen in freier Trägerschaft. Langsam aber sicher würden alle an transparente und faire Finanzierungsgrundlagen herangeführt.

Ich gebe zu, ein gutgläubiger Mensch wie ich war im ersten Moment sehr zufrieden mit den Leistungen der Regierung in diesem Bereich. Gut, dass wir dann noch mit allen Beteiligten gesprochen haben, und zwar mit wirklich allen; denn die Welt sieht anders aus. Sie ist nicht von Fairness geprägt. Im Gegenteil. Die Pläne der Regierung bringen so manche Bildungseinrichtung in schwere **Existenznot**.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Es wird Gewinner und Verlierer geben. Ich war immer der Auffassung, dass diese Regierung keine Bildungsverlierer produzieren will. Sie tut es aber

(Sven Krumbeck)

doch. Sie tut es sogar sehenden Auges, und das trage ich nicht mit.

Insofern begrüße ich ausdrücklich den **Antrag der FDP**, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, ihrem Auftrag nachzukommen und ein wirklich faires System zu etablieren. Denn darin sind sich alle einig: Wir brauchen ein gerechtes schützendes Finanzierungssystem. Vor allem die Träger der **freien berufsbildenden Schulen** geraten durch den angestrebten Erstattungskostenbeitrag von nur 65 % des Schülerkostensatzes enorm unter Druck. Dieser niedrige Satz widerspricht den arbeitsmarktpolitischen Anforderungen.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Werfen wir einen Blick insbesondere auf die Mangelberufe im Sozial- und Gesundheitsbereich. Hier steht ohnehin viel zu wenig Nachwuchs zur Verfügung. Dann drehen wir von Landesseite auch noch freien beruflichen Schulen auf diesem Sektor zusätzlich den Geldhahn zu.

Das ist keine Piratenpolitik. PIRATEN lieben, was gut ist. Wir stehen auf alles, was Vielfalt widerspiegelt. Wir wehren uns dagegen, das kaputtzumachen, was sich bewährt hat, nur weil es nicht zu unserem finanz- oder bildungspolitischen Konzept passt.

Manche Schulen beschreiben die zu erwartenden Konsequenzen als existenzbedrohend. Andere geben sich moderat, sagen aber dasselbe, so zum Beispiel die „Lernwerft“ aus Kiel: Wir hoffen, dass der aus unserer Sicht verbleibende Regelungsbedarf noch zu einer für alle Seiten befriedigenden Lösung geführt werden kann. - So die Aussage. Wir hoffen das auch. Darum unterstützen wir den FDP-Antrag, der eine gute Chance zum Nacharbeiten liefert.

Ich wende mich einmal an alle Kolleginnen und Kollegen, die die mündliche Anhörung im Bildungsausschuss zu diesem Thema verfolgt haben. Danach kann eigentlich keiner von Ihnen den vorgelegten Änderungen zustimmen. Jeder von Ihnen müsste den Handlungsbedarf erkennen.

Tun Sie an dieser Stelle das Richtige und eröffnen Sie jeder guten Schule in diesem Land die Chance auf ihre Existenz! Beenden Sie die immer wieder angeführten Hinweise auf die hundertprozentige Förderung der dänischen Schulen! Lassen Sie nicht zu, dass der Eindruck entsteht, dass hier Klientelpolitik betrieben wird! Arbeiten Sie Ihre Hausaufgaben nach!

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie hatten heute Nachmittag noch nicht die Ehre, einen FDP-Redner zu hören. Deswegen möchte ich Sie jetzt von dieser Sehnsucht befreien und noch ein paar Angaben zum **Wasserabgabengesetz** machen.

Das Wasserabgabengesetz ist ein komplett neues Gesetz. Gleichzeitig werden zwei bestehende Gesetze außer Kraft gesetzt, und zwar das Grundwasserabgabengesetz und das Oberflächenabwasserabgabengesetz. Diese umfassenden Änderungen wollen Sie heute beschließen, ohne dass wir wirklich darüber diskutiert haben. Im Ausschuss gab es weder eine Diskussion noch eine Anhörung dazu. Die erste Lesung erfolgte ohne Aussprache. Das ist ein wirklich sehr fragwürdiges Verfahren.

(Beifall FDP und CDU)

Sie haben das auf den letzten Drücker in das **Haushaltsbegleitgesetz** eingebaut. Das kann man natürlich machen. Das zeigt aber auch, dass Sie im wahren Sinne des Wortes mit allen Wassern gewaschen sind. Dialogbereitschaft sieht anders aus, meine Damen und Herren!

Ich möchte noch konkret auf das Gesetz eingehen. Die Zusammenführung der soeben genannten Gesetze ist begrüßenswert, da sie eine Verwaltungsvereinfachung mit sich bringt. Das ist keine Frage. Sie wollen damit aber sämtliche **Abgabesätze erhöhen**. Hierzu gab es eine Verbandsanhörung im Rahmen der Kabinettsbefassung. Die Abgabesatzerhöhung wurde von jedem stark kritisiert. Was die Regierung dazu sagt, das können wir nachlesen im Umdruck 18/2139. Ich zitiere:

„Die Stellungnahmen der Verbände sind ... sehr allgemein geblieben und haben daher zu keiner Änderung ... geführt.“

Auch an dieser Stelle zeigt sich wieder einmal die großartige Dialogbereitschaft der Landesregierung. Wenn Sie diese Erhöhung vornehmen - offenbar wollen Sie sie vornehmen -, sind wir bundesweit ganz oben. Herzlichen Glückwunsch! Auch da haben Sie es wieder geschafft, eine Abgabe ganz nach oben zu schrauben. Ihnen scheint völlig egal zu sein, dass Sie zum einen die privaten Haushalte belasten und dass Sie zum anderen die Unternehmen

(Oliver Kumbartzky)

in Schleswig-Holstein in großem Umfang belasten und damit den Wirtschaftsstandort massiv schädigen.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf SPD)

- Dass es eine Abgabe gibt, ist ja richtig. Ich halte es aber für den falschen Weg, damit gleich wieder eine Spitzenposition einzunehmen. Ich möchte Ihnen zwei Beispiele nennen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, bevor Sie das tun, gestatten Sie eine Bemerkung der Kollegin Beer?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ja, gern.

Angelika Beer [PIRATEN]: Herr Kollege, Sie haben vorhin kurz darauf hingewiesen, dass der Umweltausschuss in keiner Weise formgerecht befasst wurde. Hinterher wurde versucht, durch Sondersitzungen das Notwendige noch zu flicken. Abgesehen davon, dass wir uns einig sind, dass dies eine Verletzung der parlamentarischen Arbeit darstellt, möchte ich Sie fragen, ob Sie der Meinung sind, dass die Landesregierung nicht kann oder nicht will.

(Zuruf CDU: Beides!)

- Die Kollegen haben bereits geantwortet, dass beides der Fall ist. Ich will das an einem weiteren Beispiel festmachen.

Es gibt einen **Abgabenbeirat**, beziehungsweise es gab einen Abgabenbeirat. Dieser wird nun mir nichts dir nichts völlig grundlos abgeschafft. Das ist der Beleg dafür, dass die Landesregierung schlicht keine Lust mehr hat, über diese Abgabe zu diskutieren.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung, und zwar der Kollegin von Kalben?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hätte Ihre Fraktion einer Ausschusssitzung während der Landtagssitzung zugestimmt?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Können wir machen, ja.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, morgen!)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist interessant. Ich habe gefragt: Hätten Sie zugestimmt? Ich habe an anderer Stelle die Fraktionsvorsitzenden der Opposition gefragt, ob es richtig ist, dass es eine Ablehnung gibt. Mir wurde von den Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt, es gibt keine Bereitschaft, dieses Gesetz in einem normalen Verfahren zu verabschieden.

(Johannes Callsen [CDU]: Solche Unterstellungen hier! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit mir wurde nicht geredet! Mit wem haben Sie geredet? - Johannes Callsen [CDU]: Dass wir es in der Sache ablehnen, aber nicht wegen der Formalitäten! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit mir haben Sie gar nicht geredet!)

- Ja, weil Sie sich in dem Gremium regelmäßig vertreten lassen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat - erstens - der Kollege Kumbartzky, und zum Zweiten wird sich das in der Form, wie Sie es zu klären versuchen, möglicherweise nicht klären lassen. Deswegen schlage ich vor, es auf anderem Wege zu tun und, Herr Kollege Kubicki, den Kollegen Garg möglicherweise für eine Zwischenbemerkung zu Wort kommen zu lassen. Ich frage den Abgeordneten Kumbartzky, ob er das zulässt.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich möchte ganz kurz auf die Frage antworten. Sie können gern sitzen bleiben, Frau von Kalben. - Es war wirklich eine denkwürdige **Ausschusssitzung**. Es wurde angeregt, eine schriftliche Anhörung zu machen, wie es sich bei einem solchen Gesetz gehört. Es wurde eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung verlangt; sie dauerte 15 Minuten. Dann wurde vorgeschlagen, kurzfristig eine Anhörung zu machen, auch kurzfristig während des Plenums. Ich finde, das ist kein sauberer parlamentarischer Weg.

(Beifall FDP und CDU)

(**Oliver Kumbartzky**)

Ja, ich gestatte eine Bemerkung des Abgeordneten Garg.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Garg, bitte schön.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin! Lieber Kollege Kumbartzky! Ich bin ein wenig betrübt, dass die Abgeordnete von Kalben mich mit Wolfgang Kubicki verwechselt. In der Tat hat sie mit mir darüber geredet, und in der Tat war ich für die FDP-Fraktion der Auffassung, dass ein geordnetes parlamentarisches Verfahren mit einer Ausschusssitzung, die im Januar stattzufinden hat, wo alle zu ihren legitimen Anhörungsrechten kommen, der Weg ist, den die FDP-Fraktion einschlagen wollte.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Da haben Sie im Sinne der FDP-Fraktion und auch in meinem Sinne gehandelt. Vielen Dank dafür.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Gut, dass wir das öffentlich geklärt haben!)

Ich möchte kurz - ich bin unterbrochen worden - auf zwei **Beispiele** eingehen. Das eine ist das **Pumpspeicherkraftwerk Geesthacht**. Wir haben im Jahre 2011 einmütig beschlossen, die Abgabe nach dem OWAG zu senken, damit das Kraftwerk wieder rentabel wird. Nun schrauben Sie die Abgabe wieder hoch, und das Pumpspeicherkraftwerk wird nicht mehr rentabel sein.

Ein weiteres Beispiel: Der VCI hat auch eine Stellungnahme abgegeben und am **Beispiel des Bayer-Werks in Brunsbüttel** berechnet, dass allein dieses Werk 170.000 € im Jahr zusätzlich bezahlen muss. Sie schaden nachweisbar massiv dem Industriestandort Schleswig-Holstein. Wenn Teil Ihrer Westküsteninitiative sein soll, dass Sie der Industrie in Brunsbüttel immer wieder Knüppel zwischen die Beine werfen wollen, dann Prost Mahlzeit, meine Damen und Herren!

(Beifall FDP und CDU)

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass mich ein Punkt in dem Gesetz zum Schmunzeln angeregt hat. Es ist der Punkt, dass 70 % zweckgebunden sein sollen. Das ist ein Antrag der FDP aus dem letzten Jahr gewesen. Das hat Herr Winter damals noch in Bausch und Bogen abgelehnt. Heute kommt es. Das freut mich ganz besonders. Ansonsten lehnen wir dieses Gesetz ab.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Ich habe einen Prozentsatz festgelegt, Frau Redmann, und zwar 70 %. Das können Sie nachlesen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich wollte mich noch für die Aufmerksamkeit bedanken. Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich danke Ihnen. - Bevor wir fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz hier im Parlament zu begrüßen. - Willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Kollegin Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte mich bei dem Kollegen Krumbeck für seinen Beitrag zum Thema **Ersatzschulfinanzierung** bedanken. Gemeldet habe ich mich aber aufgrund eines Zwischenrufs des Kollegen Habersaat auf die Frage des Kollegen Koch, welche Maßnahmen man zur **Verbesserung der Haushaltssituation** habe, er konkret etwas angemahnt hat und Herr Habersaat dazwischenrief: die Ersatzschulfinanzierung. Ich muss schon sagen: Wenn das so ist, wie ich es vernommen habe, dann finde ich das mehr als entlarvend und empfinde all Ihre Versprechungen als ziemlich leer. Ich habe den Eindruck, dass Sie mit der Ersatzschulfinanzierungsneuordnung den Menschen derzeit Sand in die Augen streuen wollen.

(Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

- Ich lasse jetzt keine Zwischenbemerkung zu, Herr Kollege Habersaat.

Sie haben sich auf den Weg gemacht. Wir haben einen Beschluss, dass wir die Ersatzschulfinanzierung neu ordnen wollen. Sie sollte fair und transparent sein. Das sollte im Dialog stattfinden. Wer der Anhörung im Bildungsausschuss gefolgt ist, weiß, dass sich die Berufsschulen angeboten haben. Sie

(Anita Klahn)

sind schlichtweg nicht einbezogen worden, sie sind nicht gehört worden.

Ich frage Sie: Was erwarten Sie von den **Schulen in freier Trägerschaft**, wenn denen nach Ablauf der Übergangsphase teilweise 40 % der Einnahmen fehlen? Was erwarten Sie von diesen Einrichtungen nach Ablauf von ein, zwei Jahren? Meinen Sie, dass die dann noch da sind, dass Sie mit ihnen noch reden können, um zu schauen, wie man in irgendeiner Form nachsteuern kann? Frau Eickhoff-Weber, Sie haben das **Institut KIN** in Neumünster. Wie werden Sie sich heute zu unserem Antrag verhalten, in dem wir die Übergangsregelung fordern? Werden Sie sich unserem Antrag anschließen und damit für KIN in den nächsten Jahren die Möglichkeit eröffnen, fortzubestehen? Das wäre sehr interessant. Das Gleiche frage ich auch die Kollegin Anke Erdmann, die sich in der letzten Legislaturperiode als Anwältin der Ersatzschulen dargestellt hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da war sie auch in der Opposition!)

Frau Erdmann, werden Sie Ihre Chance nutzen, Ihren Worten auch Taten folgen zu lassen? Werden Sie heute unserem Antrag folgen? Das würde mich sehr interessieren.

Ich bitte alle anderen Kolleginnen und Kollegen ebenfalls, unserem vorgeschlagenen Moratorium zu folgen, damit wir mit den Ersatzschulen im kommenden Jahr ausreichend Zeit haben, um genau zu berechnen, wie die fachgerechte finanzielle Ausstattung sein muss. Die **Berufsschulen** haben in der Anhörung deutlich gemacht, dass sie unterschiedliche Bedarfe haben und dass man das nicht pauschal über einen Kamm scheren kann. Ich möchte mich bei Frau Professor Dr. Oesser von dem Institut KIN in Neumünster ganz herzlich bedanken, dass sie heute dieser Beratung aufmerksam folgt und mit Sicherheit sehr gespannt ist, wie nachher unser Abstimmungsverhalten aussehen wird. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Dinge haben mich heute doch noch an das Rednerpult gebracht. Das eine war die Aussage der Fraktionsvorsitzenden der Grünen die **Schulsozialarbeit** hier im Land betreffend. Frau

von Kalben, Sie haben gesagt, Sie werden sich dafür einsetzen, dass die Schulsozialarbeit eine ausreichende Finanzierung hier im Lande Schleswig-Holstein erhalten wird. Frau von Kalben, das haben Sie selber in der Hand, Sie brauchen nicht an die Bundesregierung heranzutreten. Es gibt eine Vereinbarung, die **Grundsicherung im Alter** den Kommunen zur Verfügung zu stellen, damit die Finanzmittel da sein können, um die Schulsozialarbeit in den Kommunen sicherzustellen. Stellen Sie sicher, dass das im FAG so geregelt wird. Dann ist die Sicherung der Schulsozialarbeit hier im Lande Schleswig-Holstein auch gegeben.

(Beifall CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das zweite Thema, das mich umtreibt, ist die **Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft**. Es ist in der Tat so, dass wir in diesem Haushalt 5,1 Millionen € mehr ausgeben werden. Das führt aber nicht dazu, dass alle Schulen in freier Trägerschaft davon gleichmäßig profitieren werden. Herr Kollege Krumbeck hat es dankenswerterweise schon aufgezeigt: Es sind insbesondere die Gymnasien, es sind die Waldorfschulen, und es sind vor allen Dingen die **beruflichen Fachschulen**, die unter dieser Finanzierung leiden werden. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir in dieser Legislaturperiode in diesem Landtag den Beschluss gefasst haben, und zwar auf Antrag der Regierungsfractionen, dass die Schulen in freier Trägerschaft bei der Finanzierung schrittweise bessergestellt werden sollen. Sie verstoßen, wenn Sie heute dieser Ersatzschulfinanzierung zustimmen, gegen einen Landtagsbeschluss, den Sie an der Stelle selber eingebracht haben.

Meine Anmerkung geht auch in Richtung der Regierung, und zwar an den Wirtschaftsminister, den wir in diesem Land haben. Herr Meyer, Sie wollen Fachkräfte für dieses Land. Diese beiden **Fachschulen**, insbesondere die in Kiel, das ist die Technische Fachschule, aber auch das KIN Institut in Neumünster, decken drei Bereiche ab, die wir nicht über berufliche Schulen in diesem Land anderweitig abdecken, was diesen speziellen Ausbildungsbereich betrifft. Das ist zum einen die Lebensmitteltechnik, zum anderen die Medizintechnik und als Drittes auch die Umweltschutztechnik.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Das heißt, das betrifft auch das Sozialministerium und insbesondere auch den Bereich des Umweltministers, Herr Habeck. Ich frage mich, wie sich ein Kabinett an der Stelle, bei drei so wesentlichen

(Heike Franzen)

Bereichen, in denen wir als Land nicht ausbilden, davon verabschieden kann, dass junge Leute die Möglichkeit haben, hierzu in Schleswig-Holstein eine berufsbildende Schule zu besuchen.

(Beifall CDU, FDP und Sven Krumbeck [PI-RATEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Tat werden auch wir dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen. Er schlägt einen vernünftigen, gangbaren und praktikablen Weg vor. Ich werbe hier dafür, diesen Weg im Sinne der Schulen zu gehen. Die Vertreter beider Schulen haben im Ausschuss deutlich gemacht - Frau Dr. Oesser sitzt oben auf der Tribüne -, wenn die Finanzierung so kommt, wie Sie sie jetzt vorschlagen, dann brauchen Sie 2015 mit einigen dieser Institute im Land nicht mehr zu reden, weil es sie nicht mehr geben wird. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und Sven Krumbeck [PI-RATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute durch einen Beitrag des Kollegen Lars Harms gelernt, dass wir, wenn wir die Regierung oder die regierungstragenden Fraktionen kritisieren, zur Politikverdrossenheit beitragen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich glaube, dass eher die Debatte des heutigen Tages zur Politikverdrossenheit beiträgt und möchte das an wenigen Punkten deutlich machen.

Zunächst einmal kann ich mich erinnern, dass in den letzten vier Jahren der Kollege Dr. Stegner keine Tagung ausgelassen hat, um zu erklären, dass die FDP Klientelpolitik für Hoteliers und reiche Erben machen würde. Ich stelle heute fest - in der Hoffnung, dass die Große Koalition kommt -: Diese Politik wird nahtlos fortgesetzt, weil von den Maßnahmen, die ins Werk gesetzt worden sind, nichts geändert wird. Die Sozialdemokraten sind nun auch für diese Form der Politik verantwortlich.

An sich würde es sich gar nicht lohnen, auf die Ausführungen des Kollegen Andresen einzugehen, und man sollte das einfach mit dem Mantel seiner mangelnden Lebenserfahrung zudecken. Aber zwei

Dinge möchte ich dann doch anmerken, die sich auf den **Kampf gegen Rechts** bezogen haben.

Herr Kollege Andresen, das erste ist: Ich habe in diesem Parlament schon gegen Rechts gekämpft, da waren sie noch im Kindergarten. Das können Sie vielleicht in den Protokollen nachlesen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Spricht das jetzt für oder gegen mich? - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Aber die Anmaßung zu erklären, dass, wenn wir gegen die Schaffung neuer **Koordinierungsstellen** in der Größenordnung von 200.000 € sind, der Kampf gegen Rechts in Schleswig-Holstein behindert würde, stellt alles das in den Schatten, was wir vor diesen Maßnahmen gemacht haben. Denn wir haben den Kampf gegen Rechts auch schon geführt, bevor es diese Stellen gegeben hat, Frau Midyatli und andere. Daran möchte ich nur einmal erinnern.

(Serpil Midyatli [SPD]: War ich da vielleicht auch noch im Kindergarten?)

- Ja, Sie können das ins Lächerliche ziehen. Manchmal habe ich das Gefühl, Sie müssen das aufblasen und aufpumpen, diese Gefahr von Rechts, weil sonst ein Teil Ihrer Existenzberechtigung nicht mehr da ist. Das gilt übrigens auch für das **NPD-Verbot**. Die NPD ist momentan tatsächlich keine unmittelbare Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat in Deutschland, weil sie an Bedeutung bei den Wahlen und auch sonst verliert. Das ist übrigens eins der Kriterien, liebe Kolleginnen und Kollegen, die notwendig sind, die erfüllt sein müssen, bevor ein Verbotsantrag überhaupt die Chance hat, begründet zu sein.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Kubicki, wir haben vorhin festgestellt - dazu ist ja auch nichts Kritisches zu sagen -, dass die FDP zu den Parteien gehört, die hier regelmäßig gegen Rechts auftreten. Ich bitte aber schon darum, hier nicht zu formulieren, dass die Sozialdemokratie im Kontext mit Rechtsextremismus irgendetwas aufblasen

(Wolfgang Kubicki)

müsse. Wer die Geschichte unserer Partei kennt, der weiß, dass solche Anmutungen nur schwer erträglich sind. Man kann das mit den Anträgen kritisieren, aber ich bitte schon darum, die Zusammenhänge nicht so zu wählen, dass das für die SPD kaum hinzunehmen ist.

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich hoffe, Sie haben aufmerksam zugehört. Sie sind heute Abend bei Willy Brandt, ich bin da auch. Denn das war einer meiner ersten großen Wahlkämpfe, an denen ich habe teilnehmen dürfen. Niemals würde ich den Sozialdemokraten unterstellen, sie würden im Kampf gegen Rechts irgendetwas aufblasen wollen oder nicht. Ich habe mich ausdrücklich an Herrn Andresen gewandt, gegen seine Art zu formulieren. Das will ich ausdrücklich noch einmal feststellen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. Vielleicht erst einmal etwas zur Kenntnis: Beim NPD-Verbot bin ich wahrscheinlich näher an Ihrer Position als an der von Herrn Kollegen Stegner. Auch das kommt ausnahmsweise einmal vor.

Noch eine andere Sache: Würden Sie bitte auch zur Kenntnis nehmen oder akzeptieren, dass ich zumindest versucht habe zu sagen, dass man sich auf unterschiedliche Weise gegen Rechtsextremismus engagieren kann. Ich habe aber bisher nicht verstanden, warum Sie, ohne sich vorher zum Konzept der Landesregierung durch Kritik in Presseerklärungen oder anders geäußert zu haben - jedenfalls ist mir das nicht bekannt -, und ohne zu sagen, was andere Ansätze sein könnten, einfach diesen Haushaltsantrag stellen. Darauf bezog ich mich. Damit will ich der FDP nicht absprechen, dass sie sich gegen den Rechtsextremismus engagieren würde. Das läge mir fern.

- Herr Kollege Andresen, wenn Sie mich fragen: Statt der Schaffung neuer **Koordinierungsstellen** wäre es für mich viel wichtiger, die **politische Bildungsarbeit** zu forcieren, damit junge Menschen

gar nicht erst in die Situation kommen, sich mit rechtsextremem Gedankengut auseinandersetzen zu müssen. Ich würde Projekte fördern, ich würde Leute einladen, beispielsweise einmal in Konzentrationslager zu fahren, statt das Geld für Koordinierungsstellen auszugeben. Das hat aus meiner Sicht mit dem Kampf gegen Rechts überhaupt nichts zu tun, sondern ist nur ein Beschäftigungsprogramm für Leute, die ansonsten keine weitere Beschäftigung haben.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie eine weitere Frage oder Bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann noch einmal zwei Punkte. Die eine Antwort passt gut dazu, dass Ministerin Spoorendonk an einem **Gedenkstättenkonzept** arbeitet. Da freuen wir uns dann auch auf Ihre Unterstützung.

- Ja.

- Der andere Punkt ist allerdings, dass bei diesen dezentralen Beratungsstellen, die in ganz, ganz vielen Kreisen eröffnet wurden, dieser Ansatz verfolgt wird, den Sie gerade beschrieben haben. Sie sollen gerade mit jungen Leuten, mit Schulen, mit Hochschulen, mit Jugendverbänden an diesem Ansatz arbeiten. Ich würde Sie gern einladen, sich beispielsweise in Flensburg oder auch an anderen Orten mit mir diese Beratungsstellen anzugucken. Dort soll genau diese Arbeit gemacht werden.

- Ich werde die gern besuchen, aber ob ich das mit Ihnen gemeinsam machen werde, weiß ich noch nicht.

- Das kann auch allein sein. Ich lege auf den gemeinsamen Besuch keinen Wert. Mir war nur die Anmerkung wichtig.

- Gut. Herr Kollege Andresen, ich werde die Einrichtungen besuchen, wenn sie dann entstehen oder entstanden sind.

- Sie sind schon eröffnet.

- Ja, das ist ja wunderbar. Wenn die entsprechenden Koordinierungsstellen vorhanden sind, werde ich

(Wolfgang Kubicki)

mich von der **Arbeit der Koordinierung** überzeugen. Ich glaube, dass man die Mittel im Kampf gegen Rechts anders hätte sinnvoller einsetzen können. Das müssen Sie mir freundlicherweise auch zugestehen.

Noch einmal zum NPD-Verbot. Wir hatten schon einmal ein Vorverfahren. In dem Zusammenhang gab es eine ganze Reihe von Diskussionsveranstaltungen. Herr Kollege Dr. Stegner, Sie erinnern sich daran. Da habe ich damals die Position vertreten: Ich glaube nicht, dass das durchgehen wird. Und auch diesmal habe ich die große **Befürchtung**, dass allein aufgrund von **juristischen Argumenten** schon beim Bundesverfassungsgericht, spätestens aber beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, sich die Bundesrepublik Deutschland und die Länder damit eine blutige Nase holen werden. Ich glaube, dass ein **Misserfolg dieses Verbotsantrages** weitaus gravierendere Folgen im Kampf gegen Rechts haben wird als die Möglichkeit eines Erfolges. Wir sollten diese Machenschaften politisch bekämpfen, wir sollten die Glatzköpfe tatsächlich als solche demaskieren.

(Beifall FDP, PIRATEN und Peter Lehnert [CDU])

Und wir sollten nicht versuchen, mit bei allen beteiligten Personen vorhandenen rechtsstaatlichen Bedenken ein Verfahren in Gang zu setzen, dessen Ausgang wirklich extrem ungewiss ist. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Klahn, zunächst Grüße von Martin Habersaat. Er lässt Folgendes ausrichten: Sein Einwurf war genau so zu verstehen, wie Sie es auch schon in der letzten Legislaturperiode hätten ablesen können. Die Frage, wie mit **Pensionslasten** im Bereich der **Freien Schulen** umgegangen wird - das hat Herr Dr. Klug immer wieder gesagt -, ist eine Aufgabe, die angegangen werden muss. Das ist jetzt Teil der Lösung. Das ist an der Stelle auch ein Teil der Konsolidierung.

(Martin Habersaat [SPD]: Strukturell!)

- Strukturell. Darüber hinaus erachten wir den ersten Teil Ihres Antrags als erledigt. 20 % mehr Mittel gehen in den Bereich der Schulen in freier Trägerschaft - bei 12 % mehr Schülerinnen und Schülern. Da kann man mit den Achseln zucken, Herr Dr. Garg, aber das ist Fakt, und das sind Taten statt Worte.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das bestreitet niemand!)

- Ja, ich sage nur, dass das der erste Teil Ihres Antrags ist. Wir geben wirklich mehr Mittel in diesen Bereich. 1,5 Millionen € **Qualitätszuschlag** waren es in diesem Jahr, im nächsten Jahr sind es 3 Millionen €. Das wird weiter aufwachsen. Das ist wirklich gut, davon haben die Schulen etwas.

Auch ich war bei der Anhörung im Ausschuss mit dabei - logischerweise. Interessant war, dass selbst die LAG der Freien Schulen und die LAG der Waldorfschulen gesagt haben, die Grundrichtung sei wirklich gut. Die Grundrichtung wurde begrüßt, und es wurde ausdrücklich gesagt, dass es wunderbar sei, dass die neue Landesregierung sich dieser Fragen angenommen hat.

Dann gab es - das ist unstrittig - Fragen zur Nachsteuerung, dazu, an welchen Stellen es eine Unwucht gibt. Da liegen wir nicht auseinander. Herr Dr. Stegner hat bereits heute Morgen in der Debatte gesagt, dass die Regierungskoalition und auch die Landesregierung schon zugesagt haben, dass es eine **Evaluation** geben wird.

Dem zweiten Teil können wir dennoch nicht zustimmen, weil - auch das ist in der Anhörung deutlich geworden - das zweite Quartal dafür kein vernünftiger Zeitpunkt ist. Denn es geht darum, wann die neuen **Schülerkostensätze** und die neuen Zahlen verfügbar sind.

Meines Erachtens haben Sie schon in Ihrer Regierungszeit beim Thema der Freien Schulen die Arbeit verweigert. Ihr jetziger Antrag zeigt eher eine Konsumhaltung. Wir werden für die Begründung zum Schulgesetz einen Passus formulieren, in dem es um genau diese Evaluationsfragen geht, der aber auf den Erkenntnissen aus der Anhörung basiert. Darin wird es möglicherweise um die Frage der Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze und auch die Frage der Technikerschulen geht. Das haben wir bereits gesagt. Auch bei der Frage des **Inklusionszuschlags** muss man noch einmal genauer hinschauen. Deswegen stimmen wir Ihrem Antrag nicht zu. Der zweite Absatz ist für uns nicht fachgerecht; wir wollen das über das Schulgesetz gern

(Anke Erdmann)

schneller regeln als Sie und erachten den ersten Teil für erledigt.

Wenn Sie sagen, wir hätten uns zum Fürsprecher der Freien Schulen gemacht, dann antworte ich Ihnen, bei uns geht wirklich mehr Geld in diesen Bereich, auch für Qualität und nicht nur wegen zusätzlicher Schülerzahlen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Erdmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung der Frau Abgeordneten Klahn?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Natürlich.

Anita Klahn [FDP]: Liebe Frau Erdmann, all das wird nicht in Abrede gestellt. Aber wir müssen doch ganz deutlich erkennen, dass ein ganz erheblicher Anteil der Schulen durch die Umstrukturierung, die Sie jetzt vornehmen, bis zu 40 % ihrer Einnahmen verlieren werden. Wie lange werden diese Schulen das Ihrer Meinung nach überbrücken können, bis Sie Zeit haben, mit ihnen eine Evaluierung durchzuführen und eventuell neu zu verhandeln?

(Beifall CDU und PIRATEN)

- Frau Klahn, aus diesem Grund haben wir den ersten Vorschlag hinterfragt, der in der Anhörung zur Sprache kam, nämlich sich 2015 zusammensetzen. Deswegen wird es um 2014 gehen, aber nicht um das zweite Quartal. In der Anhörung ist klar geworden, dass das nicht der Zeitpunkt ist, um den es geht. Wir wollen Evaluation. Das haben wir deutlich gemacht.

Ich komme jetzt zu dem, was Frau Franzen vorhin angemahnt hat: Die Gymnasien verlieren. Die **Gymnasien** verlieren deshalb, weil im öffentlichen Bereich der **Schülerkostensatz** für die Bereiche der Sekundarstufen I und II gesunken ist, während er im Primarbereich angestiegen ist. Alle haben gesagt, dass sie es sinnvoll finden, wenn es Vergleichbarkeit und transparente Sätze gibt. Das ist die Folge. Ich denke, wir alle haben uns im Ausschuss gewundert, wie stark die Verschiebung bei den Schülerkostensätzen in den vergangenen Jahren war. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem vorerst letzten Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Erdmann, Sie haben sich zwar viel Mühe gegeben, zu erklären, warum Sie unserem Kompromissvorschlag zur **Finanzierung der Ersatzschulen** nicht zustimmen wollen. Dennoch vergessen Sie dabei aus meiner Sicht das Wesentliche. Wir haben einen Vorschlag unterbreitet, der nicht in Abrede stellt, dass eine Novelle der Ersatzschulfinanzierung dringend notwendig ist. In Ihrem Beitrag haben Sie auch vergessen, dass wir den Weg, den Sie einschlagen, gar nicht kritisieren. Wir kritisieren nicht, dass Sie mehr Mittel zur Verfügung stellen, im Gegenteil. Das ist alles in Ordnung. Ihr Vorschlag bewirkt allerdings, dass Sie einige Schulen deutlich schlechterstellen. Wenn daraufhin dann im Ausschuss herauskommt, dass Sie noch einmal nachrechnen wollen - jetzt nennen Sie das Evaluierung -, so ist das auch in Ordnung. Diese Evaluierung nützt aber den Schulen nichts, die das nächste Jahr im Zweifelsfall nicht überstehen werden.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Vor diesem Hintergrund haben wir Ihnen einen aus meiner Sicht wirklich gangbaren Weg vorgeschlagen, der erstens Ihre Reform überhaupt nicht infrage stellt - Sie können sie an den Start schicken - und der zweitens dafür sorgen will, dass die Verlierer Ihrer Reform nächstes Jahr nicht verlieren, sondern in der Zeit, in der die Nichtverlierer weiterhin am Markt bestehen bleiben können, nachrechnen und im Zweifelsfall nachvollziehbar nachjustieren können.

Ich kann nicht verstehen, warum Sie diese ausgestreckte Hand, nur weil sie von der Opposition kommt, nicht ergreifen und nicht sagen: Ja, an dieser Stelle haben wir nicht bis zu Ende gedacht.

Herr Habersaat, Sie haben vorhin die Zwei gezeigt. Und wenn es nur zwei Schulen sind, die über die Wupper gehen, dann sind das in diesem Feld zwei Schulen zu viel.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Selbstverständlich.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Garg, ich freue mich über die, wie ich finde, versöhnlichen Töne. Ich bin davon überzeugt, dass wir in der Sache keinen Dissens haben. Ich habe vorhin dargestellt, dass wir einen anderen Weg wählen werden, nämlich über das Schulgesetz. Ich denke, dass es über die inhaltlichen Punkte, die auch Frau Klahn im Hinterkopf hatte, im Ausschuss einen Konsens gibt. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir in der Sache wahrscheinlich dicht beieinander liegen. Wir werden einfach einen anderen Weg wählen, und das im Rahmen des Schulgesetzes mit verabschieden.

- Frau Kollegin Erdmann, ich habe dargestellt, dass ich es für richtig halte, die Existenz dieser Schulen gar nicht erst aufs Spiel zu setzen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Anita Klahn [FDP]: So ist es!)

Die Möglichkeit dazu besteht. Ich bitte einfach darum, dass Sie wenigstens an dieser einen Stelle über Ihren Schatten springen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Dreiminutenbeiträge liegen nicht vor. - Das Wort für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehrere Monate Haushaltsberatungen liegen hinter uns. Ich sage vor allem eines: Danke! Danke an den Finanzausschuss, der sehr intensiv gearbeitet hat. Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landtagsverwaltung, in den Fraktionen, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachministerien und natürlich ein ganz großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Finanzministerium, die unheimlich viel geleistet haben.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, Haushalt ist das **Königsrecht des Parlaments**. Deshalb kann und darf es keine Kritik daran geben, wenn ein Parlament den Haushalt verändert. Das ist für uns als Regierung nicht immer schön, das ist selbstverständlich. Für mich passt es daher nicht ganz dazu, wenn mit einer globalen Minderausgabe die Verantwortung sozusagen wieder an die Regierung zurückgegeben wird.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Denn wenn Sie eine **globale Minderausgabe** in Höhe von 17,8 Millionen € hineinschreiben, dann würden wir das auf die einzelnen Bereiche herunterbrechen und Ihre Kontrolle wäre dahin. Deshalb war und bin ich immer eine Verfechterin davon, globale Minderausgaben niedrig zu halten, auch wenn sie sich nicht immer vermeiden lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Das Jahr 2013 war ein sehr gutes Jahr für Schleswig-Holstein. Ich wünsche mir, dass wir uns alle miteinander darüber freuen können. So viel Glück im finanziellen Bereich hatte unser Land lange nicht mehr. Da wir harte Jahre der Konsolidierung hinter und noch vor uns haben, ist es einfach gut zu sagen: Schön, dass in Schleswig-Holstein auch einmal etwas anderes vorkommt und dass wir Mittel haben, die wir investieren können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir liegen im Jahr 2014 nicht nur voll im Plan, sondern wir stehen sehr gut da, haben wieder Vorsorge eingeplant und liegen weit unter der zulässigen Verschuldung. Das ist sehr gut so; denn wir wissen ja, dass ein großer Teil der guten Zahlen auch **konjunkturabhängig** ist. Wir wissen, dass die Verschuldung, wenn sich die Konjunktur ändert, natürlich wieder steigen kann. Die schwarze Null, wann immer sie kommt, ist strukturell fest eingeplant für das Jahr 2020. Das werde ich immer sagen, auch wenn es einmal schwieriger wird. Wir hatten uns die Zehn-Jahres-Schritte vorgenommen. Ich meine, es ist wichtig, diese Zehn-Jahres-Schritte einzuhalten und nicht nur über die Verschuldung, sondern auch über die **verdeckte Verschuldung** in Form von **Infrastrukturstau** zu reden und zu versuchen, ihn aufzulösen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich war letzte Woche beim **Stabilitätsrat** und sage Ihnen, mit dem Stabilitätsrat ist nicht gut Kirschen

(Ministerin Monika Heinold)

essen. Wir haben sehr intensiv über zwei andere Bundesländer diskutiert. Deshalb werde ich auch weiterhin dafür werben, dass wir den **Konsolidierungskurs** nicht nur fest im Blick haben, sondern einhalten. Wir können uns über die Maßnahmen, die wir wählen, streiten. Dann mögen die einen sagen: Lasst uns doch mehr sparen! - Vielleicht ist für die eine Seite dieses Hauses die Konsolidierung auch insofern spürbar, als sie sagen können, dass sie diesem oder jenem Verein Geld weggenommen haben. Das mag so sein.

Die Erhöhung von Einnahmen oder die Kürzung von Ausgaben ist gegenüber dem Stabilitätsrat ein gleichwertiges Instrument zur Haushaltskonsolidierung. Die Gebührenerhöhung im Wasserbereich

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

und die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sind zwei Entscheidungen, die natürlich die Menschen im Land treffen, aber es sind zwei große Entscheidungen zu **strukturellen Einnahmeverbesserungen**. Aber sie helfen uns, nicht kleinteilig in ganz viele Bereiche hineinschneiden zu müssen, wo es verdammt wehtun würde.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Gerne.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Frau Ministerin, wir machen einen konstruktiven Vorschlag, zum Konsolidierungskurs beizutragen. Das ist die Einführung des **Prüfungsrechts des Landesrechnungshofs** bei einer Stelle, die ein großes Volumen im Landshaushalt ausmacht. Wie ist Ihre Meinung dazu?

- Ich bin mir in der Einschätzung nicht sicher, ob das Prüfungsrecht tatsächlich zu einer wirtschaftlichen Führung in den Einrichtungen führen würde, weil ich den Einrichtungen, in denen die Menschen mit Behinderung leben oder in denen sie ambulant betreut werden, nicht unterstellen möchte - in keinster Weise -, dass sie den Staat betrügen. Das ist die Unterstellung, die damit einhergeht.

Sie wissen wahrscheinlich, dass ich mich als Abgeordnete immer für das Prüfungsrecht eingesetzt habe und traurig war, dass kein Weg dafür gefunden

wurde. Alle, die hier im Raum sitzen, wissen das. Ich gehe davon aus - so habe ich das heute mitgenommen -, dass das Parlament die Debatte noch nicht beendet hat, sondern mit den Wohlfahrtsverbänden und dem Rechnungshof hoffentlich eine Lösung findet, die Transparenz in das System bringt, ohne mit Unterstellungen zu arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir hätten es gern schon früher!)

In den nächsten Jahren erwartet uns **Planbares und nicht Planbares**. Es wird neue Herausforderungen geben. Es wird neue Chancen für unser Land geben. Das ist gut so. Wir haben viele Bereiche, die wir nur begrenzt steuern können. Bei der Zinsentwicklung können wir ein bisschen dazu beitragen, dass das Risiko nicht zu groß wird. Die Konjunktur innerhalb Europas können wir aus Schleswig-Holstein nur begrenzt beeinflussen. Wir können das, was wir an Chancen haben, nutzen, um es positiv zu beeinflussen. Den Konsolidierungspfad können und werden wir beeinflussen und einhalten. Die finanziellen Auswirkungen des Koalitionsvertrags sind noch ein bisschen unsicher. Aber ich sehe an dem optimistischen Gesicht des Abgeordneten Koch, dass er dazu beitragen wird, dass viel Geld aus Berlin in Schleswig-Holstein ankommt. Herr Koch, ich hoffe, dass Sie uns das gönnen und heftig dafür kämpfen.

Wir haben Bundesleistungsgesetze, die für uns in der Auswirkung nicht steuerbar sind, angefangen beim BAföG über das Wohngeld bis zum Asylbewerberleistungsgesetz. Wir haben die Frage der Tarife, der Besoldung, die von uns nur teilweise steuerbar sind, weil wir im Verbund und in der Pflicht unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber stehen, eine gute Verwaltung zu organisieren. Wir haben die Abarbeitung der verdeckten Schulden, wahrscheinlich an die eineinhalb Milliarden € Infrastruktur, wo wir insgesamt nachbessern müssen, Straßen und Landesliegenschaften, Krankenhäuser, kommunale Infrastruktur, und wir haben immer wieder Unplanbares wie Flut oder Sturm. Auch dieses muss innerhalb eines Haushaltes bewältigt werden.

Deshalb hat die Landesregierung auch in 2014 lieber mit Netz und doppeltem Boden geplant. Herr Koch, Sie können uns das vorwerfen. Sie sagen, bei der Erbschaftsteuer hätten wir 60 Millionen € zu wenig eingeplant. Ich weiß nicht, wie sich die Erbschaftsteuer entwickelt, weil ich nicht weiß, wie viele Menschen hinübergehen

(Ministerin Monika Heinold)

(Heiterkeit)

und dann nicht mehr unter uns sein werden. Aber ich sage auch an dieser Stelle: Besser, wir planen zu vorsichtig und wünschen allen Menschen in Schleswig-Holstein ein langes Leben, als dass wir 60 Millionen € einplanen, die wir nachher nicht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Immer wieder gerne.

Tobias Koch [CDU]: Frau Ministerin, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir Ihnen vorwerfen, dass Sie die Grunderwerbsteuer prophylaktisch erhöhen. Es gäbe keine wirkliche Notwendigkeit dafür, wenn Sie die Haushaltstitel richtig veranschlagt hätten.

- Erstens lasse ich nicht stehen, dass wir nicht richtig veranschlagt hätten. Ich sage: Wir planen mit **Vorsorge**, mit Netz und doppeltem Boden. Lieber am Ende des Jahres ein gutes Ergebnis als ein schlechtes Ergebnis.

Zweitens hat die **Grunderwerbsteuer** nichts mit fiktiven Einnahmen zu tun, die kommen oder auch nicht kommen. Die Grunderwerbsteuer ist ein Teil der Haushaltskonsolidierung. Herr Koch, Sie werden wahrscheinlich Folgendes nicht abstreiten: Im Jahr 2014, so gut die Zahlen auch sind, haben wir trotz Erhöhung der Grunderwerbsteuer noch ein strukturelles Defizit von 600 Millionen €. Dieses müssen wir miteinander auflösen. Es ist keine Antwort zu sagen: Ich schreibe einfach einmal 60 Millionen € bei der Erbschaftsteuer rein, ich schreibe einfach einmal weniger Ausgaben bei Zinsen und Beihilfe rein, und dann passt es schon, dann brauche ich die Erhöhung der Grunderwerbsteuer nicht mehr. Es ist strukturell keine Lösung, Planbares durch nicht Planbares zu ersetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Ministerin, es gibt den Bedarf nach einer weiteren Zwischenfrage.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Na gut.

Tobias Koch [CDU]: Frau Ministerin, bekommen die Menschen die gezahlte Grunderwerbsteuer von Ihnen zurück, wenn am Ende des Jahres feststeht, dass mit niedrigeren Zinsausgaben ein struktureller Haushaltsausgleich gelungen ist?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat ja eine hohe Qualität, die Vorschläge der CDU!)

- Ich mache folgendes Versprechen, Herr Koch: Sollten wir Ende 2014 in Schleswig-Holstein kein strukturelles Defizit mehr haben, dann bin ich bereit, mit Ihnen ehrlich darüber zu diskutieren, ob wir die Grunderwerbsteuer wieder senken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, auch wenn drei Buchstaben heute nicht gefallen sind, will ich sie erwähnen, auch wenn das immer ein bisschen schwierig ist. Das sind die Buchstaben HSH. Wir wissen, dass die Bank ein schwieriges Jahr vor sich hat. Wir wissen, dass die Anträge auf Garantiegenehmigung bei der EU laufen. Wir wissen, dass sich die Schifffahrt nach wie vor schwierig entwickelt. Wir wissen, dass die **HSH Nordbank** nach wie vor ein großes **Haushaltsrisiko** ist.

Umso wichtiger ist es mir, dass es uns in diesem Jahr mit wenigen Gegenstimmen gelungen ist, die Wiederaufstockung der Garantie vorzunehmen. Die Kapitalquote der Bank liegt jetzt bei 16 %. Dies ist - so hoffe ich jedenfalls - eine gute Grundlage, um Bilanz- und Stresstests der EZB gut zu überstehen. Ich wünsche der Bank auf jeden Fall alles Gute für das nächste Jahr. Ich glaube, wir sind gut beraten, dieses gemeinsam zu tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Bevor auch ich hier die Adventszeit einläute, vielleicht noch kurz etwas zu der **fiktiven Rücklage**. Ich werde draußen im Land auch gefragt: Was macht ihr damit? Wir hatten eine Rücklage in Höhe von ungefähr 150 Millionen €, in der aber kein Geld steckte. Unsere Haushaltssystematik ist so, dass ich diese Haushaltsrücklage ohne Geld nehmen kann, um die Nettokreditaufnahme zu senken. Ich senke die Nettokreditaufnahme auf dem Papier. Was ich nicht absenke, ist die Verschuldung. Deshalb waren Ihre optimistischen Formulierungen,

(Ministerin Monika Heinold)

Herr Callsen, Herr Koch, Sie würden mit dieser Rücklage die eingeplante Neuverschuldung senken, ein bisschen kreativ.

Es ist gut, dass wir diese Rücklage herausgenommen haben, denn wir wollen nicht zur alten Politik der einfachen Verschuldung zurück. Deshalb ist diese Rücklage, diese Kreditermächtigung, gestrichen. Wir wollen sie nicht. Wir brauchen sie nicht. Wir haben jetzt Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Wir haben eine gute Grundlage für den Haushalt 2014.

Im dem Sinne: fröhliche Abstimmung! - Ich will Sie aber nicht um Ihr Wort bringen, Herr Abgeordneter Koch.

Präsident Klaus Schlie:

Damit hat der Abgeordnete Koch jetzt das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Würden Sie mir recht geben, Frau Ministerin, dass es ohne die Streichung der Rücklage möglich gewesen wäre, im nächsten Jahr sowohl die geplante Neuverschuldung in Höhe von 280 Millionen € zu tätigen und darüber hinaus alte Restkreditermächtigungen in Höhe von 154 Millionen € in Anspruch zu nehmen, so dass deshalb die Streichung der Rücklage eine sinnvolle Maßnahme ist, um die Kreditaufnahme des Landes zu reduzieren?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Die Streichung der Rücklage ist absolut sinnvoll. Sie hätte eigentlich 2010 mit dem neuen System raus gemusst. Ich weiß auch nicht, warum ich in der Opposition nicht darauf gekommen bin. Es ist auf jeden Fall absolut vernünftig und eher zu spät als zu früh, denn mit der alten Form der Restkreditermächtigung, mit der wir einfach Schulden aufnehmen können, wollen wir überhaupt nichts mehr zu tun haben. Sie passt auch nicht mehr in das neue System. Wir haben eine Ausgabebegrenzung. Das ist auch richtig so. Insofern großer Weihnachtsfrieden mit Ihnen, Herr Koch! - Schönen Abend.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich habe mitgeteilt bekommen, dass der Abgeordnete Dr. Garg eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten machen will.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Sozialdemokraten heute in Lübeck den 100. Geburtstag von Willy Brandt feiern, will ich zum Abstimmungsverhalten meiner Fraktion Folgendes bekannt geben: Im Laufe der Abstimmung werden namentliche Abstimmungen beantragt werden. Die FDP-Fraktion wird sich an diesen Abstimmungen mit bis zu vier Kolleginnen und Kollegen nicht beteiligen, weil wir den Sozialdemokraten Pairing zugesagt haben und bis zu vier Kollegen der Sozialdemokraten an den Abstimmungen aus Zeitgründen möglicherweise nicht mehr teilnehmen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Bevor wir in die Abstimmung zum Haushalt 2014 eintreten, lasse ich über die weiteren Tagesordnungspunkte aus der gemeinsamen Beratung abstimmen.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 3: Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Verkehrsinfrastruktur, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1236, Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1403.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 18/1403 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und zwei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die restlichen Abgeordneten der PIRATEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/1236 abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und ein Abgeordneter der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten von CDU, FDP und die weiteren Abgeordneten der PIRATEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 4: Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung

(Präsident Klaus Schlie)

von Artikel 53 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/1291.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 17: Veruntreuung von Haushaltsgeldern und Verschwendung öffentlicher Mittel bestrafen, Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/1344.

Die Fraktion der PIRATEN hat beantragt, den Antrag dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 22: Verbesserte Förderung der allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1376.

Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 33: Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Haushaltsstrategie, Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/1387.

Die Fraktion der PIRATEN hat beantragt, den Antrag dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die

Abgeordneten des SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 36: Keine Spekulation mit Steuergeldern, Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1283, Bericht- und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 18/1354.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/1283 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und PIRATEN. Haben sich alle Abgeordneten der PIRATEN enthalten? - Zwei Abgeordnete der PIRATEN haben den Antrag abgelehnt, die anderen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN enthalten sich. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 37: Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2011 sowie Bemerkungen des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2011.

Erstens empfiehlt der Ausschuss, der Landesregierung gemäß Artikel 55 Abs. 2 der Verfassung und § 114 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2011 Entlastung zu erteilen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Weiter empfiehlt der Ausschuss die Annahme seiner Beschlussempfehlung Drucksache 18/1355 (neu) Abs. 2. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig so beschlossen. Drucksache 18/1355 (neu) Abs. 2 ist damit ebenfalls einstimmig angenommen.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 49: Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012, Drucksache 18/1360. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1360 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um

(Präsident Klaus Schlie)

das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor wir die Abstimmungen zum Haushaltsentwurf 2014 beginnen, weise ich zum Ablauf darauf hin, dass zunächst - wie bereits im vergangenen Jahr - die Änderungsanträge nach Stärke der Oppositionsfraktionen und dann die der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung aufgerufen werden.

Wir treten jetzt ein in die Abstimmungen zum Haushaltsgesetz zum Haushaltsplan 2014, Drucksache 18/941, sowie zum Haushaltsbegleitgesetz zum Haushaltsplan 2014, Drucksache 18/942, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 18/1350, Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/1345 (neu), Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/1346, Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/1347, Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1348, Änderungsantrag der Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN, Drucksache 18/1404.

Ich rufe den Gesetzentwurf der Landesregierung Haushaltsbegleitgesetz, Drucksache 18/942, in der durch den Finanzausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 18/1350, auf.

Ich rufe zunächst auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus Drucksache 18/1346, Seiten 15 und 16, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. - Gegenprobe! - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und zwei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die restlichen Abgeordneten der PIRATEN und die Abgeordneten der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Die Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN haben zu ihrem Änderungsantrag Drucksache 18/1404 namentliche Abstimmung beantragt. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten oder zwei Fraktionen verlangt wird. Die Fraktionen haben gegenseitige Unterstützung für ihre Anträge auf namentliche Abstimmung erklärt. Das erforderliche Quorum ist damit gegeben. Ich bitte, die Schriftführungen, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Änderungsantrag Drucksache 18/1404 haben 30 Abgeordnete zugestimmt, 33 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1348 Nr. 2 auf betreffend die Einführung eines neuen Artikel 7 - Entwurf eines Wasserabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein. Wer den Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ich habe mich enthalten!)

- Der Abgeordnete Dr. Breyer enthält sich. Der Antrag ist dennoch angenommen.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW führen wir eine Einzelabstimmung über Artikel 6 Nr. 6 - Förderung der Schulen der dänischen Minderheit - durch. Wer dem Artikel 6 Nr. 6 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN bis auf Herrn Dr. Breyer und die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind Herr Abgeordneter Dr. Breyer und die Abgeordneten der FDP. Damit ist der Artikel 6 Nr. 6 angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2014 im Übrigen. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/942 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, geändert durch den soeben angenommenen Antrag Drucksache 18/1348, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz 2014 in der geänderten Fassung angenommen worden.

Treten wir nunmehr in die Abstimmung zum Haushaltsgesetz und zu den Einzelplänen ein.

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe Einzelplan 01 - Landtag - auf.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1345 (neu) laufende Nummer 1 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/1346 laufende Nummer 1 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN bis auf den Abgeordneten Dr. Breyer. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und die Abgeordneten Dr. Breyer und Beer für die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1347 laufende Nummern 11 und 12 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 01. Wer den Änderungen zu den Titeln 0102-428 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der FDP. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und vier Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das ist der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU. Jetzt habe ich vergessen, die FDP einzuordnen.

(Zurufe: Dafür!)

- Dafür. - Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 02 - Landesrechnungshof - auf.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/1345 (neu) laufende Nummer 2 auf. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der FDP. Wer enthält sich? - Das sind einige Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Wir waren dafür!)

- Die anderen Abgeordneten der PIRATEN haben dafür gestimmt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, fünf Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der CDU-Fraktion ist der Einzelplan 02 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/1345 (neu) laufende Nummern 3 bis 14 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/1346 laufende Nummern 2 bis 9 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 03. Wer den Änderungen zu den Titeln 0301-422 01 sowie 0301-428 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten

(Präsident Klaus Schlie)

der CDU-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 03 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 04 - Innenministerium - auf.

Zunächst rufe ich auf den Antrag der Fraktion der CDU Einzelabstimmung über die Nummer 22 des Änderungsantrages „Sanierung öffentlicher Sportanlagen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus Nummern 15 bis 21 und 23 bis 30 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Antrag der Fraktion der FDP Einzelabstimmung über die Nummer 15 des Änderungsantrages „Dienst zu ungünstigen Zeiten“: Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion der FDP und 4 Abgeordneter der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 10 bis 14 sowie 16 bis 20, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? -

Das ist die Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Einzelabstimmung auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW über Titel 0410-533 66, „Kostenerstattung im Rahmen des Landesprogramms Demokratieförderung und Rechtsextremismus bekämpfen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Titel 0410-533 66 angenommen.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 05 - Finanzministerium - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 31 bis 40, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 21 bis 35, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie - auf.

(Präsident Klaus Schlie)

Zunächst rufe ich auf Antrag der Fraktion der CDU Einzelabstimmung über die Nummern 53 bis 55, „Zuführung an das Sondervermögen Verkehrsinfrastruktur/Landesbetrieb Straßenbau“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie der Herr Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die Nummern 41 bis 52, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW sowie die Abgeordneten Dr. Breyer und Beer von der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge bei Enthaltung der übrigen Mitglieder der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 36 bis 50, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie zwei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und drei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der PIRATEN, Einzelabstimmung über die Nummer 1, „Zusätzliche Mittel für die Verbraucherzentrale“, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummern 2 und 3, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 06. Wer der Änderung zu Titel 0601-422 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 07 - Bildung und Wissenschaft - auf.

Zunächst auf Antrag der Fraktion der CDU Einzelabstimmung über die Nummern 62 bis 67, „Beschäftigungsentgelte für Vertretungskräfte an Schulen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die Nummern 56 bis 61 sowie 68 bis 73, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 51 bis 56, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummern 4 bis 7, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abge-

(Präsident Klaus Schlie)

ordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Einzelabstimmung über Titel 0710-422 16, „Gewinnung von Fachkräften im Schulbereich“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Das ist einstimmig so beschlossen.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 09 - Ministerium für Justiz, Kultur und Europa - auf.

Zunächst kommen wir zum Antrag der Fraktion der CDU, Einzelabstimmung über die Nummern 94 und 105 des Änderungsantrags, „Zuweisungen an den Heimatbund sowie Verband politischer Jugend“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP sowie drei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Zwei Mitglieder der Fraktion der PIRATEN enthalten sich. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die Nummern 74 bis 93 sowie 95 bis 104, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und FDP und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 57 bis 81, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie zwei

Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion und die übrigen Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummer 8, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Mitglieder der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW, außerdem die Abgeordneten der CDU und der FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN bis auf den Abgeordneten Dr. Breyer, die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Wer enthält sich? - Das ist der Abgeordnete Dr. Breyer. Damit ist der Einzelplan 09 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 10 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung - auf.

Zunächst auf Antrag der Fraktion der CDU Einzelabstimmung über die Nummern 119, 122, 123 und 135 des Änderungsantrags „Ausbildung in der Altenpflege, Fonds für Barrierefreiheit, Trauma-Ambulanzen und Informationskampagne Pflegeberufe“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie vier Abgeordnete der PIRATEN.

(Zuruf PIRATEN)

- Die Fraktion der PIRATEN enthält sich insgesamt?

(Zuruf PIRATEN)

- Eine Gegenstimme. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die Nummern 106 bis 118, 120, 121 sowie 124 bis 134, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie zwei Abgeordnete der PIRATEN. Wer enthält sich? -

(Präsident Klaus Schlie)

(Zuruf FDP)

- Die Mitglieder der FDP-Fraktion sind auch dagegen. Wer enthält sich? - Das sind drei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 82 bis 87, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW kommen wir zur Einzelabstimmung über Titel 1004-533 01, „Erstellung eines Demenzplanes“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Damit ist der Titel 1004-533 01 angenommen.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW kommen wir zur Einzelabstimmung über Titel 1012-892 01, „Zuschüsse zwecks Ausbau psychiatrischer Tageskliniken“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist das einstimmig angenommen.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Einzelplan 10 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung - auf.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben mit ihren Änderungsanträgen zu Titel 1101-053 04 - Grunderwerbsteuer - namentliche Abstimmung beantragt. Ich rufe daher zur namentlichen Abstimmung auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Nummer 137 sowie den Änderungsantrag der FDP-Fraktion

² Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

Nummer 88. Ich bitte die Schriftführungen, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)²

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Den Änderungsanträgen zu Titel 1101-053 04 haben 28 Abgeordnete zugestimmt, 32 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Die Änderungsanträge sind damit abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 136 sowie 138 bis 151, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktion der FDP Einzelabstimmung über die Nummer 196, „Übertragung Tarifabschluss auf Beamte“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion sowie zwei Abgeordnete der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und Herr Dr. Breyer. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 89 bis 95 sowie 97 bis 103, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie ein Abgeordneter der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die restlichen Abgeordneten der Piratenfraktion und die Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummer 9, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie FDP. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW kommen wir zur Einzelabstimmung über Titel 1116-325 01, „Nettokreditaufnahme“. Wer zustim-

(Präsident Klaus Schlie)

men will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer ist dagegen? Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN, der CDU und der FDP. Damit ist der Titel 1116-325 01 angenommen.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das ist der Abgeordnete Dr. Breyer. Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 152 bis 157, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 104 bis 106, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP. Wer ist dagegen? - Die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 12 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 13 - Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 158 bis 179, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und zwei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP. Wer enthält sich? - Das sind zwei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 107 bis 130, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP und drei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie Herr Dr. Breyer von den PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Einzelabstimmung über Titel 1313-533 07, „Landesweite Biotopkartierung“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Damit ist der Titel 1313-533 07 angenommen.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von PIRATEN, CDU und FDP. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Einzelplan 13 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 180 bis 183, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummer 10, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer

(Präsident Klaus Schlie)

enthält sich? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 14 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN und CDU. Damit ist der Einzelplan 14 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 15 - Landesverfassungsgericht - auf.

Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 15 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Der Einzelplan 15 ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Feststellung eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2014.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/1346 betreffend die Übergangsbestimmungen für die Zuschüsse an Ersatzschulen abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, die Drucksache 18/1348 laufende Nummer I, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und CDU sowie Herr Dr. Breyer. Wer ist dagegen? - Das sind drei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne und den Anträgen zum Haushaltsgesetz kommen wir

nun zur Feststellung des Haushaltsplanes und zur Schlussabstimmung.

Ich stelle für das Haushaltsjahr 2014 fest: Das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 13.418.391.800 €. Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 917.704.000 €. Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt 3.675.766.200 €.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich, wer dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2014 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen zustimmen will. Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Das Haushaltsgesetz 2014 ist angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung insgesamt. Wer dem Haushaltsgesetz 2014, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der beschlossenen Änderungen zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Damit ist der Haushalt 2014 angenommen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:27 Uhr

Namentliche Abstimmung

42. Sitzung am 11. Dezember 2013

Änderungsantrag der Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN zur Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014

Änderungsantrag der Fraktionen von FDP, CDU und PIRATEN

Drucksache 18/1404

(Seite 3434 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	-
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	-
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	-
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	-	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	-	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	-
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Simone Lange	Nein	Lars Harms	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Flemming Meyer	Nein
Birte Pauls	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein		
Sandra Redmann	Nein	Zusammenstellung:	
Thomas Rother	Nein	Abgegebene Stimmen	63
Olaf Schulze	Nein	davon	
Dr. Ralf Stegner	Nein	Jastimmen	30
Dr. Gitta Trauernicht	Nein	Neinstimmen	33
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-

Anlage 2

Namentliche Abstimmung

42. Sitzung am 11. Dezember 2013

Änderungsantrag der Fraktion der CDU zur Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 18/1345 (neu) Nr. 137

(Seite 3439 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	-
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	-
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	-
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	-
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	-	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	-	Dr. Patrick Breyer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	-
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Simone Lange	Nein	Lars Harms	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Flemming Meyer	Nein
Birte Pauls	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein		
Sandra Redmann	Nein	Zusammenstellung:	
Thomas Rother	-	Abgegebene Stimmen	60
Olaf Schulze	Nein	davon	
Dr. Ralf Stegner	-	Jastimmen	28
Dr. Gitta Trauernicht	Nein	Neinstimmen	32
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-